

Die Nachricht über unmittelbar bevorstehende Verhandlungen zwischen Vertretern der venezolanischen Regierung und der Opposition auf Einladung der norwegischen Regierung, gab Ende Mai Anlass zur Hoffnung. Es scheint, dass sich im Umfeld des selbsternannten „Interimspräsidenten“ Guaidó nach zwei erfolglosen Umsturzversuchen die Einsicht durchgesetzt hat, dass diese Strategie der gewaltsamen Konfrontation nicht erfolgversprechend ist. Wie der kritische Chavist *Edgardo Lander* im Interview im Schwerpunkt dieser Ausgabe erklärt, gibt es in dieser Situation nur zwei Möglichkeiten: „entweder eine gewaltsame Eskalation oder eine Lösung durch Verhandlungen“. Für letztere stellt er fest: „An einem Abkommen zwischen beiden Parteien führt kein Weg vorbei“.

In diesem Sinn ist den Verhandlungen ein baldiger erfolgreicher Abschluss zu wünschen. Damit sollte auch ein Ende der aktuellen Sanktionen verbunden sein, wie sie nicht nur die USA, sondern auch eini-

## EDITORIAL

ge europäische Staaten verhängt haben. Sie verschlimmern die bereits katastrophalen Lebensbedingungen der Bevölkerung. Ihr muss unsere Solidarität gelten und nicht der Regierung Maduro, die für die aktuell dramatische Situation mitverantwortlich ist. Durch „Autoritarismus, Korruption, Ineffizienz und Privilegien einiger weniger“ (Lander) hat sie der Idee einer sozialistischen Transformation im-

mens geschadet. *Raul Zelik*, Exponent der europäischen Linken, sekundiert: Die Linke müsse sich „selbstkritisch mit der Tradition des Autoritarismus in ihren Reihen auseinander setzen“.

Die Folgen der venezolanischen Krise bekommen auch Länder wie Kuba, Nicaragua oder Haiti zu spüren, die bisher über das Programm *PetroCaribe* billiges Erdöl aus Venezuela bezogen hatten, das jetzt immer spärlicher fließt. Wir werfen in diesem Heft einige Schlaglichter auch auf Entwicklungen, die vom venezolanischen Konflikt überschattet werden: die Rolle der Justiz im Vorfeld der Wahlen in Guatemala, die Demontage der Friedensverträge durch Kolumbiens Präsident Duque, die Proteste gegen die Politik von Präsident Bolsonaro in Brasilien ... Anregende Lektüre wünscht **Hermann Klosius**.

## INHALT

### THEMA: VENEZUELAS KRISE UND DIE FOLGEN

Patt zwischen den Fronten in Venezuelas Krise. . . . . 4  
Von Leo Gabriel

„An einem Abkommen führt kein Weg vorbei“  
Interview mit Edgardo Lander . . . . . 6  
Von Tobias Lambert

Propaganda am Abgrund . . . . . 9  
Von Kristofer Lengert

„Der undemokratische Staat ist eine logische  
Konsequenz“, Interview mit Raul Zelik . . . . . 11  
Von Ralf Leonhard und Benjamin Haas

Bolívar oder Monroe? . . . . . 12  
Von Peter Gärtner

Unaufhaltsamer Niedergang? . . . . . 14  
Von Oly Millán Campos

Kuba: Sorge um die abhängige Insel. . . . . 16  
Von Robert Lessmann

Haiti kommt nicht zur Ruhe . . . . . 18  
Von Martin Link  
Menschenrechtsdelegation verurteilt  
politisch motivierte Massaker . . . . . 19

### AKTUELLES & ANALYSE

Mexiko: Die widersprüchlichen Mühen der Ebene. . . . . 20  
Von Leo Gabriel

Guatemala: Justiz trifft Wahlentscheidung . . . . . 21  
Von Miguel Mörth

Kolumbien: Brüchiger Friede und sozialer Kampf . . . . . 23  
Von Ralf Leonhard

Ecuador: Rechtsruck unter Präsident Moreno? . . . . . 24  
Von Pablo Ospina Peralta

Brasilien: Ein Vize mit Ambitionen . . . . . 26  
Von Jürgen Kreuzroither

Uruguay: Schatten der Vergangenheit . . . . . 27  
Von Roberto Kalmar  
Trotz Cannabislegalisierung: Keine Rauchschwaden  
über Uruguay . . . . . 28  
Von Robert Lessmann

Drogenpolitik: Erfolge oder Ernüchterung? . . . . . 29  
Kommentar von Robert Lessmann

Extremadura, Land der Eroberer . . . . . 30  
Reportage von Ralf Leonhard

Argentinien: Tanz um die Tote Kuh. . . . . 33  
Von Laurin Blecha

Mexiko: Adiós, Enrique! . . . . . 35  
Nachruf von Leo Gabriel

Kurznachrichten . . . . . 36

Buchbesprechungen: Die Gestalt der Ruinen;  
Conquistadoren und Azteken; . . . . . 38



# PATT ZWISCHEN DEN FRONTEN IN VENEZUELAS KRISE

Wenn in der internationalen Lateinamerika-Berichterstattung eine Nachricht die andere jagt, bedeutet das meist nichts Gutes. Der Fall von Venezuela (im Doppelsinn des Wortes) ist da keine Ausnahme. Oberflächlich betrachtet erinnert dieses breit kolportierte Krisenszenario an Chile 1973, Panama 1989, Irak 2003 und Libyen 2011, wo im Vorfeld von militärischen US-Interventionen die Ereignisse im Tages- oder Stundentakt meist recht einseitig wiedergegeben wurden. Diesmal weisen jedoch viele Anzeichen darauf hin, dass der einem politischen Autismus verfallene US-Präsident die Rechnung ohne den Wirt gemacht hat: Die beiden groß angekündigten Putschversuche am 23. Februar und am 30. April endeten im Nirwana, weil sie auf der irrigen Annahme beruhten, ein großer Teil der venezolanische Armee würde die Seite wechseln.

Von Leo Gabriel

**D**abei schien die für den 23. Februar geplante Aktion zunächst ganz gut zu laufen: In der kolumbianischen Grenzstadt Cúcuta hatten sich am Vorabend Tausende Schaulustige bei einem Rockkonzert getroffen, um die Stimmung für die zivilgesellschaftlichen Kämpfer anzuheizen, welche einige mit Hilfslieferungen beladene Lkw auf venezolanisches Territorium bringen sollten. Der von der US-Regierung ausgedachte Plan bestand darin, dass die als Zivilisten verkleideten kolumbianischen Paramilitärs gemeinsam mit abtrünnigen Soldaten und Offizieren der venezolanischen Armee so weit wie möglich in Richtung Maracaibo vorrücken sollten, wo sich ein Großteil der Erdölfelder Venezuelas befindet.

## Misslungene Putschversuche

Dieser geplante „Aufstand“ wurde in einem längeren Schlagabtausch mit den Kontingenten der von der venezolanischen Armee beschützten AnhängerInnen des im Vorjahr wiedergewählten Präsidenten Nicolás Maduro sozusagen im Keim erstickt. Die Angreifer waren derart nervös, dass einer ihrer Molotowcocktails einen mit Hilfsgütern beladenen Autobus in Brand setzte. Das Bild dieses verbrannten Autobusses ging um die Welt.

Der Hauptgrund für das Scheitern dieser Aktion war aber die Tatsache, dass nur eine geringe Anzahl von Soldaten und Offizieren die Seite gewechselt hatten, obwohl ihnen vom selbsternannten Präsidenten Juan Guaidó Straffreiheit und eine mehr oder minder großzügige Geldspende von 10.000 bis 20.000 US-Dollar zugesichert worden war.

Aus demselben Grund scheiterte zwei Monate später, am 30. April, der für den 1. Mai geplante Putschversuch Juan Guaidós, der – umringt von einem Kontingent von venezolanischen Soldaten mit blauer Armbinde – zunächst seinen unter Hausarrest befindlichen politischen Ziehvater Leopoldo López befreite und zu einem Marsch auf den Präsidentenpalast im Stadtteil Miraflores ansetzte. Nachdem dieser Plan dem Präsidenten Maduro vorzeitig bekannt geworden war, war es für diesen relativ leicht, seine eigenen AnhängerInnen zu mobilisieren. Es gab zwar Dutzende Verletzte bei verschiedenen gewaltsamen Zusammenstößen, doch musste sich Leopoldo López zunächst in die chilenische, dann in die spanische Botschaft zurückziehen und auch Guaidó, der Strahlemann der venezolanischen Opposition, trat, umringt von seiner teilweise uniformierten Anhängerschaft, den Rückzug an.

Es bleibt die Frage, wie es jetzt in Venezuela weitergeht. Bereits in Cúcuta war niemand geringerem als dem US-Vizepräsidenten Mike Pence klar geworden, dass es der Opposition nicht gelingen würde, ein Szenario aufzubauen, das eine direkte militärische Intervention der USA rechtfertigen könnte. Es gibt zwar Gerüchte, denen zu Folge ein aufsehenerregender Mord an Guaidó, der angesichts der Rahmenbedingungen sofort Maduro in die Schuhe geschoben werden würde, ein solcher Auslöser sein könnte. Aber realistisch sind diese Szenarien nicht. Vielleicht ist das auch der Grund, warum US-Außenminister Mike Pompeo kürzlich bei einem Treffen mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow gesagt haben soll, dass eine militärische Intervention der Ver-

einigten Staaten in Venezuela nicht mehr in Frage käme.

## Der leidige Wirtschaftskrieg

Aber die Krise in und um Venezuela ist weitaus vielschichtiger. Bereits seit einigen Jahren setzen die USA auf die Wirkung von wirtschaftlichen Sanktionen, die jedoch eher die Bevölkerung als die politische Führung in Mitleidenschaft ziehen.

Das US-Finanzministerium hat in Aussicht gestellt, bisherige Handelsgeschäfte mit der venezolanischen Regierung an den selbsternannten „Interimspräsidenten“ Juan Guaidó zu übergeben. Dazu sollen auch diejenigen gehören, an denen staatliche Unternehmen wie der Erdöl-Konzern *Petróleos de Venezuela* (PDVSA) beteiligt sind. Damit sollen wichtige Einnahmen des venezolanischen Staates der Regierung entzogen und den Putschisten übergeben werden, damit diese, nach den Worten des US-Außenministers, das südamerikanische Land „führen und voranbringen“ können.

Die Umsetzung dieser Pläne käme einer totalen Wirtschaftsblockade Venezuelas seitens der USA gleich. Die *Washington Post* machte allerdings inzwischen eine Rechnung auf, welche die Wirksamkeit einer solchen Stützung Guaidós, unabhängig von den völkerrechtlichen Implikationen, fragwürdig erscheinen lässt.

Venezuelas größte Einnahmequelle in den USA ist *Citgo*, ein Unternehmen mit Hauptsitz in Houston, Texas. Es gehört zum venezolanischen Erdölkonzern PDVSA und betreibt in den USA drei Raffinerien und eine Kette von mehr als 5.000 Tankstellen in 30 Bundesstaaten. Falls die US-Behörden die Einnahmen umleiten sollten, dürfte Venezuela den Nachschub an Öl stoppen. Viele Gläubiger des Unternehmens in den USA haben ihre Schuldtitel nicht zuletzt für in Venezuela enteignetes Produktiveigentum zugesprochen bekommen. Zu den Großgläubigern gehört auch Russland, das als Sicherheit für Kreditvergaben an Venezuela 49,9 Prozent Anteile an *Citgo* hält. Der angedachte Schritt des US-Finanzministeriums würde es Russland, wie auch US-Gläubigern, erlauben, vor Gerichten in den USA ihre Schuldtitel bei den neuen „Eigentümern“ einzuklagen.

Die Sanktionen – sie sollen das Land bis Anfang März 24 Mrd. USD gekostet



Die Krise geht auch an den chavistischen Basisstrukturen nicht spurlos vorbei

haben – spitzten die Krise der von Inflation und Devisenmangel gebeutelten Wirtschaft Venezuelas weiter zu. Sie bewirkten eine rasende Spirale von Geldentwertung, Devisenverknappung, Rückgang der Ölproduktion und Vertrauensverlust der Bevölkerung. Viele werden einwenden, nicht die USA, sondern die Regierungen Chávez und Maduro hätten Venezuela mit einer falschen Wirtschaftspolitik in eine Sackgasse getrieben (siehe den Beitrag von Oly Millán in diesem Heft). Niemand wird bestreiten, dass es in den letzten beiden Jahrzehnten auch größere hausgemachte Fehler gab. Wer aber Schuldige in der Vergangenheit sucht, muss konsequent sein und die Frage stellen, warum in den 1970er- und 80er-Jahren US-Energiekonzerne durchsetzen konnten, dass das erdölreichste Land der Welt keine einzige Raffinerie bauen konnte, um sein Öl selbst zu raffinieren.

Heute aber wird die Drohung mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch völkerrechtswidrig als Waffe gegen eine unliebsame Regierung verwendet. Laut UN-Charta dürften die USA, Russland oder China gegen ein Land nur dann wirtschaftliche oder militärische Gewalt anwenden, wenn der Sicherheitsrat eine solche Intervention einstimmig beschließt, weil eine Regierung die Bevölkerung im eigenen Land nicht vor Genozid, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen oder schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit schützt.

Der Sicherheitsberater von Donald Trump, John R. Bolton, hält allerdings nicht viel von Völkerrecht oder internationalen Abkommen. 1994 hatte er in einem Forum der *Federalist Society* gesagt: „Es gibt eigentlich keine Vereinten Nationen. Es gibt eine internationale Gemeinschaft, die aber nur von einer einzigen verbleibenden Supermacht angeführt werden kann, den USA“.

Die Folgen dieses Wirtschaftskriegs, der derzeit von den USA mit der Unterstützung fast aller Länder der Europäischen Union<sup>1</sup> geführt wird, sind bekannt: Laut Schätzungen der WHO sind mindestens 40.000 VenezolanerInnen an den Folgen heilbarer Krankheiten gestorben, weil sie keinen Zugang zu Medikamenten hatten. Und die Kindersterblichkeit, die noch vor zehn Jahren um zwei Drittel geschrumpft war, hat heute wieder einen historischen Höchststand erreicht.

Alle diese Phänomene sind aus der Geschichte hinreichend bekannt. Die Waffe des Wirtschaftskrieges wurde von den USA unter George W. Bush bereits vor dem Irakkrieg eingesetzt. Solange die US-Regierung die Option eines militärischen Eingreifens offen lässt, versperrt sie damit jeder politischen Lösung den Weg.

### Zivilgesellschaftlicher Lösungsansatz

Denn neben der militärischen und wirtschaftlichen Krise gibt es noch die politische Patt-Situation, die von zwei einander

bekämpfenden Hierarchien im Staatsaufbau herrührt: Zusätzlich zu den zwei Parlamenten, der *Asamblea Nacional* (AN) und der *Asamblea Nacional Constituyente* (ANC) und den Obersten Richtern, von denen einige nach Kolumbien geflüchtet sind, gibt es jetzt auch zwei Präsidenten (Nicolás Maduro und Juan Guaidó), die einander nicht anerkennen.

Der bekannte venezolanische Soziologe Edgardo Lander, der ebenfalls in diesem Heft ausführlich zu Wort kommt, meint deshalb: „Solange weder die Regierung noch die Opposition ihre jeweiligen Gegner weder menschlich noch politisch anerkennen, wird es in Venezuela keine Demokratie und auch keinen Frieden geben“. Deshalb, so schlägt Lander im Rahmen der von ihm mit gegründeten *Plataforma Ciudadana* vor, sollte ein Referendum über eine einzige Frage abgehalten werden: „Sind Sie bereit, innerhalb der nächsten sechs Monate den gesamten Staatsapparat (Legislative, Exekutive und judizielle Gewalt) neu zu wählen?“

Inzwischen kann dieser Vorschlag mit der Unterstützung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen rechnen, aber auch mit dem Wohlwollen einiger Regierungen innerhalb der Europäischen Union. Denn es wird von Tag zu Tag offensichtlicher, dass weder die Militaristen in den USA noch die Geopolitiker in Russland oder China einen glaubhaften Vorstoß machen können, um den Konflikt zu lösen. Dennoch haben am 20. Mai in Oslo Sondierungsgespräche zwischen Vertretern der Regierung und der Opposition begonnen; obwohl sich Juan Guaidó zunächst von diesen Gesprächen distanziert hat, wurde am 26. Mai der Beginn von Verhandlungen für die letzte Maiwoche angekündigt. ■

<sup>1</sup> So schrieb Jean Feyder Anfang März 2019 in *Weltwirtschaft&Entwicklung* unter dem Titel „Das Versagen der EU in der Venezuela-Krise“: Die englische Zentralbank weigerte sich, Venezuela 14 Tonnen Gold im Wert von 1,2 Mrd. Dollar zurückzuerstatten. Die Clearinggesellschaft Euroclear mit Sitz in Brüssel stoppte Überweisungen im Wert von 2 Mrd. Dollar an Venezuela. Die spanische Fluggesellschaft Iberia lehnte den Transport von 200.000 Dosen Medikamente nach Venezuela ab, die zur Behandlung von chronischen Krankheiten dienen sollten. Die Deutsche Bank, die Commerzbank und andere europäische Banken haben Finanztransaktionen mit Venezuela zurückgewiesen.

## Interview mit Edgardo Lander

Tobias Lambert sprach in Berlin mit dem kritischen Chavisten Edgardo Lander über den politischen Machtkampf in Venezuela und die Notwendigkeit einer Verhandlungslösung

**Es ist bereits drei Monate her, dass sich Juan Guaidó selbst zum Interimspräsidenten ernannt hat. Präsident Nicolás Maduro ist aber weiter im Amt. Wieso hat sich die rechte Opposition derart verschätzt?**

Sie hat dies seit Hugo Chávez' erstem Wahlsieg 1998 getan. Anfangs dachten die rechten Politiker, sie könnten den neuen Präsidenten direkt wieder loswerden, wenn sie nur mit dem Finger schnippen. Doch das Land hatte sich verändert. Die Bevölkerung in den ärmeren Vierteln spielt eine andere Rolle als vorher und Chávez verstand es immer, aus Krisen gestärkt hervorzugehen. Die Regierung Maduro hat diese Eigenschaft zwar nicht und verfügt auch kaum mehr über die finanziellen Mittel, um die Sozialpolitiken aufrecht zu erhalten, aber die rechte Opposition hat noch immer das Problem, dass sie die Realität des Landes nicht anerkennt.

**Inwiefern?**

Guaidós gesamter Plan, eine Übergangsregierung zu bilden und Neuwahlen auszurufen, basiert darauf, dass Maduro bedingungslos kapituliert. Aber das wird nicht passieren. Als Guaidó am 23. Februar die angebliche humanitäre Hilfe von Kolumbien aus nach Venezuela bringen wollte, waren er und die US-Regierung davon überzeugt, dass dies der Anfang vom Ende der Regierung sein werde. Drum herum veranstalteten sie eine große Show mit Konzert und es kamen mehrere Präsidenten, um von der Tribüne aus alles live zu verfolgen. Doch nichts von dem, was sich die rechte Opposition erhoffte, traf ein.

## „AN EINEM ABKOMMEN FÜHRT

**Wieso hält sich Maduro trotz einer derart tiefgreifenden Wirtschaftskrise weiter an der Macht?**

Die Regierung kontrolliert praktisch den gesamten Staatsapparat. Sie hat den Rückhalt des Militärs, auch wenn niemand weiß, wie es dort im Inneren wirklich aussieht. Zudem gibt es regierungstreue bewaffnete Gruppen, so genannte *colectivos*. Und nicht zuletzt steht hinter Maduro noch immer ein Teil der Bevölkerung. Dieser Anteil ist zwar in den vergangenen Jahren kleiner geworden, zeichnet sich aber durch einen hohen Grad an Loyalität aus.

**Wie ist es zu erklären, dass die Regierung noch immer Rückhalt hat?**

Dazu muss man die jüngere Geschichte betrachten. Im ersten Jahrzehnt der Chávez-Regierungen hatten sich die Lebensbedingungen in Venezuela deutlich verbessert. Es gab Zugang zu preiswerten Lebensmitteln, zu Gesundheit und Bildung. Wohl noch wichtiger waren aber die politisch-kulturellen Veränderungen: die Übertragung von Entscheidungsbefugnissen auf die Bevölkerung, das Gefühl der Würde und der Möglichkeit, Einfluss auf die eigene Zukunft zu nehmen. Viele Menschen fühlten sich als Teil eines Transformationsprozesses und nicht mehr als marginalisierte Gruppe, die zuvor im politischen Diskurs überhaupt keine Rolle gespielt hatte. Dies trug bei Vielen zu einer ausgeprägten politischen Loyalität bei, die auch dadurch nicht vollends aufgebraucht wird, dass die Lebensbedingungen heute sogar schlechter sind, als sie es kurz vor dem ersten Wahlsieg von Chávez waren. Hinzu kommt ein System des Klientelismus und der Kontrolle. Viele Familien hängen weitgehend von direkten Zuwendungen der Regierung ab. Und es gibt Mechanismen um zu registrieren, wer an den chavistischen Kundgebungen teilnimmt und wer nicht.

**Gehen die Menschen nur deswegen zur Unterstützung der Regierung auf die Straße? Ohne Zuwendungen wie Lebensmittelkisten gäbe es in Venezuela doch wirklich eine humanitäre Krise.**

Auf politischer Ebene ermöglicht es diese Abhängigkeit der Regierung, Druck auszuüben, etwa damit zu drohen, dass die Lieferungen an Oppositionelle ausbleiben. Dadurch sind die Leute vorsichtiger darin sich zu positionieren, vor allem wenn sie im öffentlichen Sektor beschäftigt sind. Aber ich habe nicht ohne Grund zuerst die politisch-kulturelle Dimension des Chavismus genannt. Ohne diese große politische Loyalität, die sich aus der Anfangszeit des bolivarianischen Prozesses speist, würde die klientelistische Kontrolle überhaupt nicht funktionieren. Und als weiteres stabilisierendes Element kommt die Angst hinzu, unter einer neuen Regierung alle erkämpften Rechte zu verlieren.

**Die ärmeren Schichten hätten mit einem Regierungswechsel tatsächlich nicht viel zu gewinnen. Was könnte Guaidó ihnen überhaupt anbieten?**

Das einzige ist eine wirtschaftliche Stabilisierung. Die USA sind besessen davon, der Welt zu beweisen, dass „der Sozialismus“ gescheitert sei. Auf der anderen Seite wollen sie zeigen, dass sich die Situation anschließend wieder verbessern wird. Allein die Aufhebung der Sanktionen und einige schnelle Investitionen könnten in absehbarer Zeit bereits positive wirtschaftliche Effekte haben. Natürlich löst dies nicht die strukturellen wirtschaftlichen Probleme Venezuelas und würde es dabei nicht um die Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung gehen. Nur gibt es unter der Maduro-Regierung überhaupt keine Aussicht auf die geringste Verbesserung.

**Bis vor kurzem galt die rechte Opposition noch als notorisch zerstritten. Wie lange kann die neue Einheit angesichts ausbleibender Erfolge halten?**

Schon unter Chávez gab es einen radikaleren Oppositionsflügel, der auf einen schnellen Sturz der Regierung setzte, und einen Flügel, der einen Regierungswechsel über Wahlen anstrebte. Ab 2006 gewann die Strategie, gemeinsam an Wahlen teilzunehmen, Oberhand. Mitte 2017 konnte die Opposition die Wahl zur Verfas-

## KEIN WEG VORBEI“



Foto: Leo Gabriel

sunggebenden Versammlung (ANC) nicht verhindern, worauf die alten Konflikte wieder offen ausbrachen. Dass dann im vergangenen Jahr nur ein kleiner Teil der Opposition an der Präsidentschaftswahl teilnahm, der größere Teil aber zum Boykott aufrief, symbolisiert die absolute Niederlage. Als Juan Guaidó Anfang Januar dieses Jahres den Vorsitz der Nationalversammlung übernahm, stand er für ein neues politisches Projekt.

### Worauf basiert dieses Projekt?


Vor allem auf der Einmischung von außen durch die Staaten der sogenannten Lima-Gruppe und der USA. Diese streben einen *regime change* an, bei dem Guaidó einen Baustein darstellt. Er erschien fast aus dem Nichts, war bis dahin nur im Umfeld seiner Partei *Voluntad Popular* bekannt. Diese zählt zum radikaleren Flügel der Opposition. Die Politiker der anderen Parteien waren von Guaidós Selbstausrufung als Interimspräsident überrascht, während Trump davon wusste und Guaidó innerhalb von zehn Minuten anerkannte. Es folgten etwa 50 weitere Länder, was den Rest der Opposition dazu bewegte, sich zunächst mit Kritik zurückzuhalten. Doch schon in dem Moment, als die Popularität Guaidós am größten war, melde-

te sich Liliana Tintori zu Wort und sagte, ihr Ehemann Leopoldo López solle Präsident werden. Nach dem 23. Februar setzte sich langsam die Erkenntnis durch, dass der in Aussicht gestellte schnelle Regierungswechsel nicht stattfinden würde. Mittlerweile gibt es innerhalb der Opposition kritische Stimmen, die Guaidós Vorgehen insgesamt anzweifeln. Die Option einer US-Militärintervention verliert an Rückhalt.

### Was sind also die Szenarien für den noch immer laufenden Machtkampf?

Die Situation ist sehr heikel. Die politische Krise hat interne Dimensionen wie den wirtschaftlichen Kollaps und den zunehmenden autoritären Charakter der Regierung. Aber sie hat auch damit zu tun, dass Venezuela geopolitisch eine wichtige Rolle spielt, was den Konflikt zusätzlich anheizt. Sowohl Regierung als auch Opposition verfolgen eine Politik des Alles oder Nichts. Das Ziel besteht darin, den jeweils anderen politisch auszulöschen. Dies aber ist ohne Gewalt undenkbar. Die Bedingungen dafür, dass eine Seite freiwillig aufgibt, sind nicht gegeben. In dieser Situation gibt es nur zwei Möglichkeiten:

entweder eine gewaltsame Eskalation oder eine Lösung durch Verhandlungen.

 **Sie haben aus der regierungskritischen Linken heraus einen Vorschlag zur Überwindung der politischen Krise gemacht, der zunächst ein Referendum vorsieht. Was fordern Sie konkret?**

Wir brauchen Mechanismen für eine demokratische, friedliche und verfassungsmäßige Lösung. Dazu muss es Regeln geben, die beide Seiten anerkennen. Und diese lassen sich nur in der Rückbesinnung auf die Verfassung finden. Die ist der einzige Rahmen, auf den sich beide Seiten regelmäßig beziehen, obwohl die rechte Opposition die Verfassung 2002/2003 als chavistisch und kommunistisch brandmarkte und wieder abschaffen wollte. Ein Konsultativreferendum ist ein verfassungsmäßiger Weg zur Überwindung des Patts. Die einzige Frage wäre: „Sind Sie damit einverstanden, dass alle staatlichen Gewalten neu gewählt werden?“ Im Gegensatz zu allgemeinen Wahlen ließe sich ein Referendum innerhalb eines Monats organisieren. Es braucht dazu nur eine minimale Vereinbarung über eine Neubesetzung des Nationalen Wahlrates. Statt zuerst Maduro zu stürzen und danach Wahlen abzuhalten, wie die rechte Opposition es wünscht, würde somit die Bevölkerung über den weiteren Fortgang entscheiden.

### Aber wer sollte solch ein Referendum durchsetzen?

Laut Verfassung kann ein Konsultativreferendum vom Präsidenten, der Nationalversammlung oder zehn Prozent der Wahlberechtigten durch ihre Unterschrift eingeleitet werden. Diese zwei Millionen Unterschriften zu sammeln ist zurzeit nicht sehr realistisch, zumal es keinerlei Garantie gäbe, dass der Wahlrat die Unterschriften auch formal anerkennen würde, oder das Oberste Gericht das Referendum zuließe. Wenn Präsident oder Nationalversammlung ein Referendum einseitig ausriefen, würde die jeweils andere Seite es boykottieren. An einem Abkommen zwischen beiden Parteien führt also kein Weg vorbei.

### Beide politischen Lager scheinen aber in Parallelwelten zu leben. Ob es nun um die Ursachen der

weiter Seite 8 ➔

⇒ von Seite 7: INTERVIEW MIT EDGARDO LANDER

**Krise und der Stromausfälle oder die Frage geht, welche politischen Instanzen legitim sind, Regierung und rechte Opposition haben grundlegend andere Ansichten. Wie soll es zu einer Verständigung kommen?**

Es ist richtig, dass beide Seiten an ihre eigenen Wahrheiten glauben. Das macht es schwer, dass sich die einen in die anderen hineinversetzen können. Auch haben beide Seiten aus unterschiedlichen Gründen ein tiefes Misstrauen gegenüber einem ernsthaften Dialog. Die Regierung sieht darin ein Instrument des US-Imperialismus, der militärisch intervenieren will, während die rechte Opposition der Regierung keine ernsthaftige Bereitschaft zum Dialog abnimmt.

Zunächst einmal müssen beide anerkennen, dass sie sich jeweils nicht bedingungslos durchsetzen können und es so nicht weitergehen kann. In der Opposition beginnen die ersten Politiker bereits damit, sich kritisch über Guaidós Strategie zu äußern. Und die Regierung muss begreifen, dass die Mehrheit der Bevölkerung Veränderungen will, dass das Land und alle öffentlichen Dienstleistungen kollabieren und sie nicht in der Lage ist, eine wirtschaftliche Erholung herbeizuführen. Aufgrund des wirtschaftlichen Kollapses wird sie sich nicht ewig behaupten können.

**Aber auch auf internationaler Ebene gibt es, von wenigen Ausnahmen wie Mexiko oder Uruguay abgesehen, kaum Akteure, die sich für eine Verhandlungslösung stark machen.**

Die meisten Länder fallen tatsächlich als Vermittler aus, da sie in dem Konflikt auf einer der beiden Seiten stehen. Wir wissen aber aus dem Umfeld des UNO-Generalsekretärs, dass sich die Vereinten Nationen bisher bewusst zurückhalten, um sich eine mögliche Rolle als Mediator offen zu halten. Das könnte im richtigen Moment der letzte Trumpf zugunsten einer Verhandlungslösung sein.

**Anfang Februar haben Sie sich als Teil der Bürgerplattform zur Verteidigung der Verfassung mit Guaidó getroffen und ihm Ihren**

**Vorschlag unterbreitet. Angenommen hat er ihn offensichtlich nicht, dafür aber versucht, das Foto mit den kritischen Chavisten öffentlich für seine Zwecke zu instrumentalisieren. War das Treffen unter diesen Umständen eine gute Idee?**

Der Grund für dieses Treffen war für uns die konkrete Gefahr eines Krieges. Unser Ansatz ist, alles Notwendige zu unternehmen, um diesen zu verhindern. Wir haben beschlossen, dass es in dieser polarisierten und konfrontativen Lage notwendig ist, sowohl mit Guaidó in seiner Funktion als Vorsitzender der Nationalversammlung als auch mit Maduro als Staatspräsident zu sprechen. Uns war klar, dass dies politische Kosten haben kann. Wir haben uns aber dazu entschieden, dass die kleinste Chance darauf, die Eskalation zu vermeiden, wichtiger ist.

**Was haben Sie mit Guaidó konkret besprochen?**

Wir haben ihm gesagt, dass seine Politik der Parallelregierung, die Forderung nach der unmittelbaren Ablösung Maduros und der Ruf nach einer Militärintervention das Land in ein Desaster führen und er dafür eine große Verantwortung trägt. Guaidó hat uns lächelnd und mit offenen Türen empfangen, zugehört, sich Notizen gemacht und ist anschließend nicht einen Millimeter von seiner Haltung abgerückt. Gleichzeitig haben wir einen Brief an Maduro geschrieben, in dem wir die unbedingte Notwendigkeit eines Dialogs betont und ihn um ein Treffen gebeten haben. Im Präsidentenpalast haben wir drei Tage lang versucht, unseren Brief abzugeben. Aber es hat ihn nicht einmal jemand entgegen genommen.

**Teile der internationalen Linken zeigen sich weiterhin solidarisch mit der Regierung Maduro. Was für eine Art von Solidarität bräuchte Venezuela?**

Es gibt immer noch einen Dogmatismus, der die Welt in Begriffen des Kalten Krieges denkt. Auf der einen Seite stehen die Imperialisten und auf der anderen die Antiimperialisten, die man unabhängig davon, was sie machen, als Freunde ansieht. Die Linke begeht die gleichen Fehler wie früher, indem sie es unterlässt, Kri-

teik zu äußern. Wir bräuchten aber Solidarität mit den Völkern und nicht mit Regierungen und Parteien. In Venezuela warten wir darauf, dass irgendjemand versteht, was in dem Land passiert, aber weder die Linke noch die Rechte bieten Venezuela wirkliche Solidarität an. Eine solidarische Linke sollte auf Verhandlungen hinwirken, sich für ein Ende der Sanktionen und ein echtes Hilfsprogramm einsetzen. Nicht die falsche humanitäre Hilfe von USAID, die darauf ausgerichtet ist, die Regierung zu stürzen, sondern Hilfe der UNO.

**Was bleibt angesichts der ernüchternden Ergebnisse des bolivarianischen Prozesses vom Chavismo?**

Als Erfahrung bleibt die immense soziale Mobilisierung der ersten Jahre. Doch je länger Maduro an der Regierung ist, desto mehr wird die Erinnerung an den Chavismo verloren gehen. Die Idee einer sozialistischen Transformation an sich hat gelitten. Viele Menschen, auch in den ärmeren Sektoren, verbinden mit Sozialismus und linker Politik heute Autoritarismus, Korruption, Ineffizienz und Privilegien einiger weniger. Der Schaden, der dadurch der Linken zugefügt wird, ist immens. Venezuela ist das erste etatistisch-sozialistische Transformationsprojekt des 21. Jahrhunderts. Und wenn das Sozialismus sein soll, wird es wohl auch das letzte sein. ■

Das Interview fand im April 2019 statt.

Der Text wurde auch auf

<https://www.rosalux.de/publikation/id/40325/> veröffentlicht.

## ZUR PERSON

**Edgardo Lander** ist emeritierter Professor für Soziologie an der Zentraluniversität in Caracas (UCV) und einer der wichtigsten Linksintellektuellen Venezuelas. Er ist Mitglied der Arbeitsgruppe „Alternativen zur Entwicklung“ der Rosa Luxemburg Stiftung. Als Vertreter eines „kritischen Chavismus“ engagiert er sich unter anderem in den Bewegungen „Bürgerplattform zur Verteidigung der Verfassung“ und „Allianz für ein Konsultativreferendum“. Diese setzen sich jeweils aus regierungskritischen linken AkademikerInnen und AktivistInnen zusammen, darunter mehreren früheren MinisterInnen unter Hugo Chávez.

## PROPAGANDA AM ABGRUND

Venezuela befindet sich seit Jahren in einer tiefen Krise, die gesellschaftlichen Kräfte sind politisch gespalten und führen auf den Straßen eine schwere Auseinandersetzung um die Zukunft des Landes. Und auch in den Medien ist ein wirkmächtiger und international geführter Informationskrieg um die Deutungshoheit der konfliktrelevanten Geschehnisse entbrannt.

Von Kristofer Lengert

Der 3. Mai war der Internationale Tag der Pressefreiheit. Zu diesem Anlass berichteten auch namhafte deutschsprachige Medien, darunter der *Standard*, die *Presse*, ORF, *Spiegel* und *Tagesschau*, über die Lage der Pressefreiheit in Venezuela: Das Land steht auf der von Reporter ohne Grenzen veröffentlichten Rangliste der Pressefreiheit auf Platz 148 (von 180). Im Jahr 2018 seien mehr JournalistInnen Opfer von Übergriffen und Repression geworden als je zuvor, zahlreiche Medienschaffende hätten aus diesem Grund das Land verlassen. Angeführt werden Hetzkampagnen der Regierung gegen oppositionelle Stimmen, gesetzliche Verschärfungen, Drohungen und Übergriffe, Festsetzungen bzw. Verschleppungen und Verhaftungen von JournalistInnen sowie die Schließungen bzw. der Verkauf von vormals kritischen Medienhäusern, die Ausweisung bzw. Aussperrung ausländischer JournalistInnen, die Abschaltung von Webseiten und die Drosselung des Internets.

Zunehmend wurde das Internet zum zentralen Austragungsort des medialen Konflikts. Die Opposition nutzte WhatsApp, Facebook und Twitter, um ihre Versionen der Geschehnisse den Erzählungen der staatlich kontrollierten Medien gegenüberzustellen. Die sozialen Medien sind ein gewaltiger Antriebsverstärker, in der Lage die gewünschten Informationen und Bilder in rasender Geschwindigkeit global zu verbreiten. Noch nie waren dabei die technischen Möglichkeiten der Manipulation und Desinformation so mächtig und die Möglichkeiten zur Überprüfung von Meldungen auf ihren Wahrheitsgehalt so schwach.



Maduros Erklärungen zu den Ursachen der Stromausfälle überzeugten nicht

### Geostrategische Interessen und Einmischung

Kaum denkbar wäre die derzeitige mediale Eskalation im Venezuela-Konflikt ohne internationale Einmischung. Die Regierungen der USA und wichtiger Staaten der Europäischen Union einerseits, Russlands und Chinas andererseits versuchten Einfluss auf die Geschehnisse zu nehmen und begannen in ihrem Zusammenspiel mit den nationalen und internationalen Presseagenturen und Medienunternehmen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der konfliktrelevanten Ereignisse beizutragen.

Besonders deutlich wurde dies, als im Januar 2019 der turnusmäßige Vorsitzende der entmachteten venezolanischen Nationalversammlung, Juan Guaidó, sich selbst zum Interimspräsidenten erklärte und binnen kürzester Zeit von zahlreichen VertreterInnen der westlichen Hemisphäre anerkannt wurde (neben den USA waren auch Frankreich, Spanien, Großbritannien, Deutschland und natürlich Österreich sowie sämtliche rechtsgerichteten Regierungen Lateinamerikas zur Stelle, mittlerweile haben 54 Staaten Guaidó als Inte-

rimspräsidenten anerkannt). Nicolás Maduro konnte demgegenüber neben der Rückendeckung der wenigen verbleibenden Links-Regierungen in Lateinamerika auf die Unterstützung durch Russland zählen, welches erklärte, dass die Anerkennung von Guaidó schlicht unzulässig sei, und gemeinsam mit China und Indien in einem Kommuniqué einforderte, dass die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und das Völkerrecht geachtet werden müssten.

### Umkämpfte Wirklichkeiten

Gabriel Hetland schrieb an früherer Stelle in dieser Zeitschrift: „Es zirkulieren derzeit zwei einander widersprechende Einschätzungen zu Venezuelas Krise. Die erste davon, die in westlichen Massenmedien vorherrscht, zeichnet die Regierung als diktatorisches Regime, das brutal eine heroische Opposition unterdrückt, die friedlich für eine Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen demonstriert. Die zweite Sichtweise, die von der Regierung und einer (vermutlich schrumpfenden) Gruppe internationaler SolidaritätsaktivistInnen vertreten wird, sieht eine demokratisch gewählte Regierung unter dem



## ⇒ von Seite 9: PROPAGANDA AM ABRUND

Ansturm einer zügellos gewalttätigen Opposition, die eine kleine reiche Elite vertritt, volle Unterstützung durch den US-Imperialismus genießt und auch zu illegalen und amoralischen Mitteln greift, um einen Regimewechsel zu erreichen (...)“ (*lateinamerika anders* 3/2017).

Diese beiden gegensätzlichen Narrative prägen die Berichterstattung zum venezolanischen Konflikt. Dabei spielt eine, wie auch immer zu verortende Wahrheit nur noch eine untergeordnete Rolle, wenn es darum geht, das Ereignis im eigenen Erzählmuster unterzubringen. Berichte werden auf der Basis ungeprüfter Behauptungen, Auslassungen, suggestiver oder falscher Informationen geschrieben und veröffentlicht – und sodann, wenn sie nicht widerlegt werden können, von der Gegenseite systematisch in Zweifel gezogen.

### Beispiele des Informationskrieges

Zwei Beispiele der jüngsten Vergangenheit zeigen eindrücklich, wie Propaganda und Fake News mit der Schaffung diskursiver Ereignisse verbunden waren:

1. Der in Brand geratene Hilfstransport an der Grenze von Kolumbien zu Venezuela;
2. Der tagelange Blackout in weiten Landesteilen nach einem Vorfall im größten Kraftwerk des Landes.

### Lässt Maduro Hilfslieferungen durch Militärs brandschatzen?

Guaidó war erst seit wenigen Tagen „Interimspräsident“, als er Anfang Februar verkündete, Hilfe (Nahrungsmittel und Medikamente) für die notleidende Bevölkerung organisieren und von Kolumbien aus ins Land bringen zu wollen. Er organisierte Massenkundgebungen an der Grenze, um Spenden zu sammeln und die Transporte durchzusetzen.

Präsident Maduro erklärte, die Hilfslieferungen seien ein Manöver, eine weitere Eskalation im Konflikt herbeizuführen, um den USA einen Vorwand für eine militärische Intervention zu liefern. Es sei eine patriotische und antiimperialistische Pflicht, die Transporte zu verhindern.

Zunächst erlangte ein Bild Bekanntheit: Die Brücke *Tienditas* nahe der kolumbianischen Grenzstadt Cúcuta, versperrt mit dem Auflieger eines Lastzugs und großen Containern. Nur: Seit ihrer Fer-

tigstellung im Jahr 2016 wurde die Brücke nie eröffnet. Außerhalb des Bildausschnitts hätte man sehen können, dass auch auf kolumbianischer Seite die Grenzbrücke blockiert war. „Maduro lässt Hilfslieferungen blockieren“ war die Schlagzeile, die sich in Windeseile über den Globus verbreitete.

Am 23. Februar setzten sich dann mehrere LKW, beladen mit Hilfsgütern und begleitet von einer großen Menschenmenge, in Richtung Grenze in Bewegung. Auf der Brücke *Francisco de Paula Santander* wurden sie von venezolanischen Sicherheitskräften gestoppt. Als Protestierende die Blockade durchbrechen wollten, um dem Konvoi die Weiterfahrt zu ermöglichen, kam es zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung. Die Sicherheitskräfte schossen mit Tränengasgranaten und Gummigeschossen. Die Protestierenden warfen Steine und Molotowcocktails. Plötzlich brannten die Lastwagen.

Über Twitter verbreiteten sich Fotos und Videos von den brennenden Trucks schon kurze Momente nach dem Vorfall, angetrieben von den Internetmedien der venezolanischen Opposition und Mitgliedern der US-Regierung. Dann berichteten die großen Agenturen und Medienunternehmen unter Berufung auf Augenzeugen und Zuhilfenahme des Foto- und Videomaterials. Und am nächsten Tag meldeten auch deutschsprachige Nachrichtensendungen und Tageszeitungen: Venezolanische Regierungstruppen hätten auf Befehl von Maduro den Hilfskonvoi in Brand gesteckt.

Zweifel an dieser Darstellung kamen auf, erhärteten sich aber erst am 10. März, nach einer Recherche der *New York Times*. In dem zur Verfügung gestellten Videomaterial der kolumbianischen Grenzüberwachung fehlten wichtige Sequenzen: jenes Zeitfenster, in dem der Transport in Flammen geriet. Den RedakteurInnen der *NY Times* gelang es, weiteres Filmmaterial ausfindig zu machen, das den kompletten Vorgang rekonstruierte. Diese Bilder zeigten, dass es ein Molotow-Cocktail war, der einem der Demonstranten entglitt und dann auf einem der Trucks einschlug und den Brand verursachte.

### Der Blackout: Cyberangriff auf Venezuelas größtes Kraftwerk?

Der Kampf um die Deutungshoheit, der mit vollkommen unterschiedlichen Versionen vermeintlicher Abläufe und Umstände erklärt wird, zeigte sich auch bei

einem darauf folgenden Ereignis: Am 7. März legte ein gewaltiger Blackout mehrere Tage lang die Energieversorgung der Hauptstadt Caracas und weiter Teile des Landes lahm. Nur langsam gelang es danach, die Stromversorgung wiederherzustellen, wiederholt kam es noch zu längeren Aussetzern.

In Venezuela sind Stromausfälle an der Tagesordnung. Das Versorgungsnetz ist in einem schlechten Zustand und störungsanfällig. Es gibt einen enormen Investitionsstau, die Technik ist alt, die Mechanik schrottreif. Zudem fehlt es an technischem Fachpersonal. Vor allem aber ist die Stromversorgung im Land zu einem großen Teil von der Energieerzeugung aus einem einzigen Kraftwerk abhängig: dem Wasserkraftwerk am *Guri*-Staudamm.

Guaidó und seine UnterstützerInnen schlugen sofort mit einer Serie an Tweets in diese Kerbe: Korruption und Mismanagement hätten zum Verfall der Infrastruktur geführt, der nun aufgrund des Zusammenbruchs der Stromversorgung Dutzende Tote verursacht hätte. Guaidó versprach ein Ende von „Finsternis, Hunger und Elend“, wenn die „unrechtmäßige“ Herrschaft Maduros beendet würde.

Maduro verkündete wenig später: Der schwere Stromausfall sei durch einen massiven, aus den USA und von Guaidó gesteuerten Sabotageakt auf die nationale Stromversorgung verursacht worden: Mit einem Cyberangriff auf das Kraftwerk, dem Einsatz elektromagnetischer Wellen und Brandstiftung in Umspannwerken sei die nationale Stromversorgung zum Erliegen gekommen. Diese schwer nachvollziehbaren Erklärungen wurden in Frage gestellt: Ein Cyberangriff sei unmöglich, da die Steuerungssysteme des Kraftwerks nicht mit einem externen Netzwerk verbunden seien. Die Umsetzbarkeit eines (ja von niemandem beobachteten) zerstörerischen Angriffs mit elektromagnetischen Wellen sei zudem schwer vorstellbar, da die erforderliche Energie, die für einen solchen Angriff freigesetzt werden müsste, einer Atombombe bei ihrer Explosion entspräche. Zwar gehörten Sabotageangriffe auf die Stromversorgung zum Standardrepertoire der Maßnahmen bei sogenannten Kriegen niedriger Intensität zur Destabilisierung von Staaten, wie sie in zahlreichen weltweiten Konflikten zur Anwendung kamen. Ganz ohne die nötigen Belege blieben die offiziellen Erklärungen der venezolanischen Regierung aber eine grotesk klingende Science-Fiction. ■



## „DER UNDEMOKRATISCHE STAAT IST EINE LOGISCHE KONSEQUENZ“

Interview mit  
**Raul Zelik**

**Die Bolivarianische Revolution ist am Ende. Abgesehen von der unsicheren Zukunft für Venezuela selbst, was bedeutet das für die Länder, die jahrelang billiges Öl bekommen haben, allen voran Kuba und Nicaragua?**

Für Nicaragua kann ich es nicht beurteilen, aber für Kuba sind die Öllieferungen Venezuelas mit Sicherheit für die Versorgungslage von großer Bedeutung. Dementsprechend wird sich die soziale und ökonomische Situation in Kuba deutlich verschlechtern.

**Wird sich Unasur als Gegenmodell zur OAS auflösen?**

Es ist schon augenscheinlich, dass die Organisation Amerikanischer Staaten, die ja eigentlich Ende der 2000er Jahre gar keine Rolle mehr gespielt hat, jetzt wieder auf der Bühne zurück ist. Sie ist viel stärker von den Interessen der USA gelenkt, während im Unterschied dazu *Unasur* eigene lateinamerikanische Interessen zu formulieren versucht hat. Mit der neuen Mehrheit an Rechtsregierungen in Lateinamerika ist auch das Interesse an dieser unabhängigeren Politik des Kontinents verloren gegangen. Bei allem, was man an den Linksregierungen kritisieren muss, ist dies sicherlich einer der dramatischen Aspekte dieses Wandels. Die Erlangung einer größeren Unabhängigkeit gegenüber den USA und der EU war positiv, selbst wenn diese mit einer Annäherung an Russland und China einherging. Ähnlich wie in den 1960er und 70er Jahren bei den Blockfreien haben sich die Länder Spielräume geschaffen, indem sie sich zwischen den Blöcken positionierten. Diese Spielräume haben sozial- und wirtschaftspolitisch einiges ermöglicht. Aber wie dauerhaft das gewesen wäre, ist wiederum eine andere Frage. Auch China geht es im Verhältnis zu Venezuela um Ressourcen, nicht um soziale Veränderungen. Trotz allem war die Gründung der *Unasur* ein wichtiger Schritt und eine völlig richtige politische Maßnahme, ebenso wie die Gründung der Freihandelszone ALBA als Gegeninitiative zur ALCA, auch wenn sie immer eher symbolisch geblieben ist.

**Wenn die ALBA eher symbolisch war, hat sie denn dann jemals funktioniert? Was wird ohne Venezuela davon bleiben?**



ALBA hat nie wirklich existiert, sie ist ebenso wie die *Banco del Sur* immer eher auf der Ebene der Absichtserklärungen verblieben. Es gab den schönen Witz, dass es bei ALBA darum gehe, Zucker gegen Panflöten zu tauschen. Die einzige mir bekannte wirtschaftliche Dimension von ALBA war der Austausch von Gesundheitsdienstleistungen durch kubanische Ärztinnen und Ärzte gegen venezolanisches Erdöl. Das war durchaus sinnvoll für die unteren Klassen beider Länder. Das war auch eine richtige Maßnahme, weil die venezolanischen Ärzte und Ärztinnen selbst nicht in den Armenvierteln arbeiten wollten. Kuba hat hier also wirklich eine Lücke gefüllt.

**Ist das Engagement Russlands mehr als Symbolpolitik? Kann Putin in Venezuela eine dauerhafte Militärpräsenz etablieren?**

Die venezolanische Verfassung verbietet die Einrichtung ausländischer Militärstützpunkte, das gilt natürlich auch für russische. Andererseits erschweren die russischen Waffenlieferungen an Venezuela mit Sicherheit die Möglichkeiten eines bewaffneten Umsturzes oder eine Militärintervention durch die USA und deren Verbündete wie Brasilien oder Kolumbien. Also ist Russland erstmal ein Gegengewicht, was positiv gesehen eine Balance eröffnet. Andererseits ist es für die venezolanische Bevölkerung fatal, weil diese militärische

Stärke die Regierung immer mehr in ein Regime verwandelt und ihr damit ermöglicht, sich an der Macht zu perpetuieren. Das ist natürlich überhaupt nicht im Interesse der unteren Klassen, denn selbst wenn man den Chavismus noch verteidigt oder die Regierung Maduro entschuldigt, muss man sehen, dass dieser Formierungsprozess das Land immer mehr zu einer Autokratie werden lässt. In Venezuela muss eine demokratische Option, jenseits geopolitischer Machtinteressen, eröffnet werden. Aber wie das funktionieren könnte, ist schwer zu sagen.

**Die Linke des Subkontinents hat Hugo Chávez als neuen Fidel gefeiert. Was bedeutet der Niedergang des Modells für die Attraktivität aller Parteien links der Mitte?**

Diese Situation ist fatal, weil sich die Linke Lateinamerikas nach wie vor mit Venezuela identifiziert. Aus gutem Grund. Wenn man die Wahl zwischen der Rückkehr des alten Neoliberalismus oder der Verteidigung der Maduro-Regierung hat, würde ich mich als Lateinamerikaner vermutlich auch eher für Maduro entscheiden. Aber der Deformierungs-, Zerfalls- und auch Korrumpierungsprozess hat nicht nur damit zu tun, dass die falschen oder korrupten Politiker an der Macht sind, sondern vor allen Dingen mit der Struktur der venezolanischen Rentengesellschaft, also mit der völligen Abhängigkeit von Erdöl und auch mit der Bedeutung des Staates. Dadurch dass der Chavismus die Gegenbalancen im Staat zurückgedrängt hat, konzentriert sich die Macht. Gleichzeitig ist der venezolanische Rentierstaat aber auch immer schon von Korruption bestimmt. Das ist eine unheilvolle Konstellation – und eine große Gefahr.

Die lateinamerikanische Linke sieht das nicht, weil sie meint, die venezolanische Regierung gegen den Angriff der USA oder auch der EU verteidigen zu müssen. Ich würde aber behaupten, dass es für eine Linke immer notwendig ist, eine

weiter Seite 12 →

⇒ von Seite 11: INTERVIEW MIT RAUL ZELIK

gewisse Unabhängigkeit von der Regierungsmacht zu wahren und jenseits dieser zu denken. Das würde ich auch von europäischen Linksparteien, die sich an Regierungen beteiligen, einfordern. Die eigentliche Perspektive muss aus der Gesellschaft heraus sein. Die Verteidigung der Interessen der unteren Klassen und von demokratischen und sozialen Grundrechten müssen der Ausgangspunkt für die lateinamerikanische Linke sein. Nur dann wird sie Bestand haben und sich nicht selbst vor der Bevölkerung diskreditieren.

**Hat die kapitalistische Weltsicht also wieder einmal gewonnen?**

Der Chavismus, bei allem was man Kritisches sagen kann, ist ja bereits Ausdruck davon gewesen, dass das neoliberal-kapitalistische Modell für Venezuela nicht funktioniert hat. Die Linkswende in Lateinamerika mag als scheiternd erscheinen, aber das Modell davor war ja auch bereits gescheitert. Der kapitalistische Weltmarkt sorgt dafür, dass immer mehr Teile der Welt nur noch als Rohstofflager verwertet werden, die Natur ausgeplündert wird und die Bevölkerung eigentlich überflüssig ist. Das Fehlen von Entwicklungsperspektiven befördert wiederum korrupte Formen der Staatsmacht. Für die Ausplünderung von Territorien ist ein korrupter, zwischen Netzwerken aufgeteilter Staat sehr funktional. Der undemokratische Staat ist also logische Konsequenz des Wirtschaftsmodells. Einen anderen Weg könnten die meisten lateinamerikanischen und afrikanischen Länder vermutlich nur einschlagen, wenn man die Weltwirtschaft auf einen anderen Sockel stellte. Dafür müssten wir aber auch bei uns neue Modelle entwickeln. Wir müssen also viel mehr über die grundlegenden ökonomischen Weltstrukturen reden.

**Wieso tappen linke Präsidenten immer in die Falle des Autoritarismus?**

Dass Chávez so stark polarisiert hat und so stark gegen die weißen Eliten mobilisierte, hatte auch damit zu tun, dass er mit aggressiven Formen der Klassenherrschaft konfrontiert war. Die Opposition reagierte mit rassistischem Hass darauf, dass der Reichtum Anfang der 2000er

Jahre etwas demokratischer verteilt werden sollte. Insofern war der Autoritarismus zumindest in Venezuela auch eine Antwort darauf, dass die bestehenden Klassenverhältnisse wenig mit Demokratie zu tun hatten.

**Diese Verhältnisse hätten demokratisch nicht aufgebrochen werden können?**

Ja genau. Das Problem ist ja auch, dass die Eigentumsverhältnisse – die ja zentrale Säulen von Macht sind – in bürgerlichen Gesellschaften unsichtbar gemacht werden. Wir reden viel über Regierung und Staatsmacht, aber die grundlegenden Machtstrukturen unserer Zeit sind die Eigentumsverhältnisse. Gerade auch in liberalen Demokratien: Man muss sich ja nur vergegenwärtigen, wie leicht ein Multimillionär eine Zeitung gründen und seine Meinung äußern kann, während selbst eine Gewerkschaft mit Millionen Mitglieder es nur schwer in die Medien schafft.

Trotzdem muss die Linke sich natürlich auch selbstkritisch mit der Tradition des Autoritarismus in ihren Reihen auseinandersetzen. Die bürgerliche Gewaltenteilung von Judikative, Exekutive und Legislative sowie die Existenz einer kritischen Öffentlichkeit sorgen für eine Dezentralisierung der Macht. Diese Gegengewichte, die zur Einbindung von sozialen Gruppen geschaffen wurden, schaffen sozusagen Mechanismen der Autokorrektur: Protest und Widerstand werden nicht von vornherein bekämpft, weil sie auf Probleme verweisen, die bearbeitet werden müssen. Die Linke dagegen hat immer wieder darauf gesetzt, die Macht in den Händen von Staat, Partei und politischem Führer zu konzentrieren. Der Chavismus war hier schon einen Schritt weiter als die sozialistischen Regime der Vergangenheit. Er war pluraler und offener, Chávez hat den Basisorganisationen viel Raum gegeben. Doch eine unabhängige Kontrolle war auch das nicht. Die Nachbarschaftsräte blieben von den Staatsgeldern und der Bürokratie abhängig, Kritik im Staatsfernsehen war nicht verboten, aber wurde nicht gern gesehen. Auch dem Chavismus fehlte eine Vorstellung davon, dass gerade auch Revolutionen demokratische *checks and balances* benötigen. ■

**Interview: Ralf Leonhard, Benjamin Haas**

Raul Zelik ist Politikwissenschaftler, Schriftsteller, Journalist und Aktivist. Er ist seit 2016 im Vorstand der Partei Die Linke in Deutschland.

## BOLÍVAR

### Die geopolitischen

Der Kampf um Venezuela ist in vollem Gange. Er polarisiert nicht nur die venezolanische Gesellschaft, sondern auch Lateinamerika und die internationale Öffentlichkeit. Der innenpolitische Machtkampf wird von einer Allianz westlicher und lateinamerikanischer Länder befeuert, die unter Führung der USA steht und Guaidó per diplomatischer Anerkennung die nötige internationale Legitimität verleihen soll. Da dieser inzwischen sein Pulver weitgehend verschossen hat, treten die geopolitischen Dimensionen der venezolanischen Krise in den Vordergrund und verleihen dem Konflikt eine neue Qualität.

Von Peter Gärtner

Venezuela ist für seinen Reichtum an natürlichen Ressourcen bekannt, wobei die Förderung und der Export von Erdöl inzwischen ein derartiges Übergewicht gewonnen haben, dass das Land als paradigmatischer Fall eines Petrostaates gilt. Der leichtfertige, ja fahrlässige Umgang mit den negativen Seiten des Ressourcenreichtums bildet die entscheidende strukturelle Grundlage der tiefen ökonomischen Krise des Landes. (...)

Zugleich wecken Venezuelas riesige Ölreserven, mit geschätzten 302 Milliarden Barrel die größten der Welt, die Begierlichkeiten externer Mächte. Die geopolitischen Aspekte ergeben sich aus zwei unverrückbaren Fakten: Nicht nur handelt es sich hier um die weltweit größten Ölvorkommen, sie liegen zudem am Südrand der Karibik, die zur unverzichtbaren Sicherheitszone Washingtons gehört. Damit rückt die US-amerikanische Geopolitik ins Zentrum der Auseinandersetzungen um Venezuela. (...) Es liegt auf der Hand, dass die von Trump angestrebte „energy dominance“ ohne Venezuela bestenfalls Stückwerk bleibt.<sup>1</sup>

Unter Chávez hat sich das südamerikanische Land zudem als Vorkämpfer gegen die Vormacht der USA profiliert (...). Auch wenn sich das kontinentale Kräfteverhältnis infolge der 2014 einsetzenden Rechtswende dramatisch zu Ungunsten der linken Kräfte verändert hat, bildet Vene-

## ODER MONROE?

Dimensionen der venezolanischen Krise



Foto: Leo Gabriel

Venezuelas Währung heißt zwar nach Bolvar, dem Befreier, ist aber wertlos

zuela dennoch das entscheidende Hindernis für die vollständige Rückgewinnung der US-Dominanz über Lateinamerika. Dabei verbinden sich der besondere energiepolitische Stellenwert des Landes und seine generelle Bedeutung als wichtigster Damm gegen den kontinentalen Gegenangriff der USA miteinander. Um seine geopolitischen Ziele durchzusetzen, ist Washington bereit, alle Optionen – einschließlich die der direkten militärischen Intervention – zu nutzen. Wie ernst es den USA damit ist, zeigt die Rede, die Trumps Sicherheitsberater John Bolton am 1. November 2018 in Miami gehalten hat. Darin bezeichnete er Venezuela, Kuba und Nicaragua als „Troika der Tyrannei“ und kündigte den „Zusammenbruch“ dieses „Dreiecks des Terrors“ an.

Was Venezuela, Kuba und Nicaragua in den Augen Trumps zu Zielscheiben des *regime change* predestiniert, ist vor allem die Tatsache, dass sie offen den realen oder vermeintlichen Interessen der USA Widerstand entgegensetzen. (...) Venezuela kann – im Unterschied zu Kuba – nicht auf eine radikale Revolution zurückblicken, die gleichermaßen politisch und sozial ist. Zugleich bilden beide Länder in Hinblick auf ihre enge Kooperation und Solidarität die strategische Achse des Widerstands gegen die imperialen Wunschträume im Weien Haus.

Nicaragua, ein kleines Land in Zentralamerika, hat – nach kubanischem Vorbild – ebenfalls eine antiimperialistische

Revolution versucht. Diese wurde jedoch durch die USA mittels Contra-Krieg und Regionalkonflikt blockiert und von den kriegsmuden Nicaraguanern im Februar 1990 abgewählt. Heute ist Nicaragua Washington vor allem deshalb ein Dorn im Auge, weil es sich mit seinem Beitritt zur ALBA dem kubanisch-venezolanischen Bündnis angeschlossen hat. (...) Auf sich allein gestellt, hätte das zentralamerikanische Land keine Chance, dem Druck Washingtons zu widerstehen.

Warum aber „erwählt“ Washington beim Versuch, der Troika den Garaus zu machen, ausgerechnet Venezuela als ersten Kandidaten? Neben der eher psychologisch motivierten Rache an Chavez und seinen Anhängern spielen zwei Befunde eine zentrale Rolle: Zum einen ist Venezuela das schwächste Glied in der Kette der verbliebenen linken und fortschrittlichen Länder in Lateinamerika; zum anderen handelt es sich um einen besonders lukrativen und geopolitisch wichtigen Kandidaten für ein kontinentales Rollback.

Bereits als US-Präsident James Monroe 1823 die nach ihm benannte Doktrin verkündete, erklärten die USA die westliche Hemisphere zu einer Zone, in der die Rekolonialisierung seitens europäischer Mächte „verboten“ war. Im Selbstverständnis Washingtons war mit dem Motto „Amerika den Amerikanern“ nichts anderes gemeint, als dass von nun an die USA über das Schicksal des Doppelkontinents zu entscheiden hatten. (...)

## Venezuela – ein *shatterbelt* in der westlichen Hemisphere?

Als „Bruckenland“, das sowohl zu Mittel- als auch zu Südamerika gehört, liegt Venezuela einerseits in der Sicherheitszone, über die die USA die absolute Vorherrschaft beanspruchen, zum anderen macht es seine Zugehörigkeit zu Südamerika möglich, geopolitisch in dieser Richtung aktiv zu werden. Unter Nutzung seines großen Olfreichtums hat Hugo Chavez genau dies getan: die Ausweitung seiner „Bolivarischen Revolution“ von Kuba und Nicaragua im Norden bis nach Südamerika hinein. Nach seinem Tod musste Venezuela diese Geopolitik der Gegenhegemonie gegenüber den USA allerdings aufgeben. Die ökonomische Basis des Petrostaates erwies sich als zu schmal und brüchig, um eine derartige Politik durchzuhalten. Aber immerhin schuf sie die Basis für eine geopolitische Allianz Venezuelas mit China und Russland.

Dies stellt für die USA eine noch größere Gefahr dar als Chavez' Petro-Diplomatie. Gerade die Krise verschafft den beiden Rivalen Washingtons weitere Vorteile, um ihren Einfluss in Venezuela und der Region auszuweiten und zu festigen. Dass es sich bei Venezuela um ein Bruckenland handelt, das zudem über riesige Naturreichtumer verfügt, macht die strategische Allianz mit China und Russland in den Augen von Trump und Bolton noch gefährlicher. Das zentrale Problem besteht darin, dass Washington fast alle Varianten des *regime change* unterhalb einer direkten militärischen Invasion ausgespielt hat. Eine weitere Eskalation birgt die Gefahr, dass sich aus der inneren Krise ein regionaler Konflikt entwickelt. (...)

Bei einer geopolitischen Konstellation, die in der Fachliteratur als „shatterbelt“ bezeichnet wird, handelt es sich um eine geographische Region, um deren Kontrolle Großmächte hart miteinander konkurrieren. Dabei geht es ihnen um die Durchsetzung wichtiger Interessen, wobei ihnen ausreichende Möglichkeiten für Bündnisse mit Staaten in der Region zur Verfügung stehen. Daraus ergibt sich ein großes Eskalationspotenzial, das den Konflikt in eine größere militärische Auseinandersetzung umschlagen lässt.

In Mittelamerika hat es im Rahmen des Kalten Krieges bisher nur zweimal Konflikte in Gestalt von *shatterbelts* gegeben: 1962 mit der kubanischen Raketenkrise und die Zentralamerikakrise in den 1980er Jahren. Die venezolanische Krise enthält

⇒ von Seite 13: BOLIVAR ODER MONROE?

derzeit alle Zutaten für einen dritten *shatterbelt* im Hinterhof der USA. Einzig Verhandlungen zwischen den inneren Konfliktparteien und die Deeskalation des US-amerikanischen Vorgehens können ein solches Szenario noch verhindern.

Mit ihrem Memorandum vom 4. April 2019 warnen die *Veteran Intelligence Professionals for Sanity* (VIPS) den US-Präsidenten genau vor einem solchen Szenario. Wörtlich heißt es darin: „Herr Präsident, die Venezuela-Politik Ihrer Regierung bewegt sich auf einen schlüpfrigen Hang zu, auf dem wir leicht in einen Krieg in Venezuela und eine militärische Konfrontation mit Russland schlittern könnten. Als ehemalige Geheimdienstler und für die Sicherheit unseres Staates Zuständige mit jahrzehntelanger Erfahrung fordern wir Sie auf, sich nicht aus Verärgerung über die Unruhen in Venezuela oder die russischen Aktivitäten auf der westlichen Halbkugel in eine Militäraktion drängen zu lassen. (...)

Die US-Aktivitäten in Venezuela haben die Krise, in der sich das Land befindet, nur vertieft, die Leiden seiner Bevölkerung vergrößert und die Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzungen auf nationaler Ebene deutlich erhöht. Präsident Maduros Miswirtschaft und seine autoritären Reaktionen auf Provokationen sollen nicht verteidigt werden; sie resultieren aber zumindest teilweise aus der Tatsache, dass er seit seiner ersten Wahl im Jahr 2013 (vor allem von den USA) mit Sanktionen unter Druck gesetzt wurde, mit dem Ziel, ihn aus dem Amt zu drängen. Unserer Ansicht nach sind die Ratschläge, die Sie von Ihren Spitzenberatern – dem Senator Marco Rubio aus Florida, Ihrem Nationalen Sicherheitsberater John Bolton, von Elliott Abrams, dem US-Sonderbeauftragten für Venezuela, und Ihrem Außenminister Michael Pompeo – erhalten haben und immer noch erhalten, schlicht und einfach falsch.“

Es bleibt nur zu hoffen, dass diese erste Botschaft bei Donald Trump offene Ohren findet. Ansonsten droht ein Krieg mit unabsehbaren Folgen. ■

Gekürzt entnommen aus [www.quetzal-leipzig.de/](http://www.quetzal-leipzig.de/)

<sup>1</sup> siehe <http://www.quetzal-leipzig.de/men/ressourcen-und-umwelt/fracking-the-world-trumps-energiepolitik-als-zeichen-imperialer-ueberdehnung-19093.html>.

## UNAUFHALTSAMER NIEDERGANG?

Derzeit durchlebt Venezuela eine in seiner republikanischen Geschichte beispiellose wirtschaftliche und soziale Krise. Während die Regierung dafür einen „Wirtschaftskrieg“ einheimischer Unternehmen ebenso verantwortlich macht wie von den USA verhängte Sanktionen, hat sie selbst durch Untätigkeit, Fehlentscheidungen und Korruption dazu beigetragen. Einseitige Schuldzuweisungen werden den komplexen Ursachen der Krise jedenfalls nicht gerecht.

Von Oly Millán Campos

Seit Jahren veröffentlicht die Regierung keine offiziellen Statistiken über Inflation und Staatsfinanzen mehr. Den letzten Bericht mit Daten über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bis zum Jahr 2016 übergab sie der *Securities Exchange Commission* (SEC) der USA im Dezember 2017. Ihm zufolge ist im Jahr 2016 das Bruttoinlandprodukt um enorme 16,5% gefallen, betrug die Inflationsrate 274,4%, haben die Währungsreserven beträchtlich abgenommen und lag das Budgetdefizit bei 17% der Wirtschaftsleistung.

Aus dem Bericht geht auch hervor, dass sich die venezolanische Wirtschaftslage zwischen 2012 und 2016 kontinuierlich und dramatisch verschärft hat. Diese Entwicklung mündete schließlich Ende 2017 in das für Venezuela neue Phänomen der Hyperinflation: Im Oktober 2017 betrug der Preisanstieg laut Informationen der Firma *Econométrica* gegenüber dem Vormonat 50,6%. Laut Daten des Internationalen Währungsfonds und der Wirtschaftskommission für Lateinamerika (*Cepal*) war die Inflationsrate Ende 2017 bereits dreistellig. Parallel zum Einsetzen der Spirale der Hyperinflation sackte das BIP dramatisch ab. Für 2018 hat die Nationalversammlung die Inflationsrate mit knapp 1,7 Millionen Prozent angegeben.

Zur aktuellen Krise hat das mehrdimensionale und systematische Zusammenwirken interner wie externer Faktoren beigetragen. In ihr kommt eine Wirklichkeit zum Ausdruck, in der es leider kurzfristig keinen Ausweg zu geben scheint, schon gar nicht eine Lösung, die eine Verbesserung der prekären Lebensbedingungen der venezolanischen Bevölkerung mit sich bringen würde. Wenn wir die Krise verstehen wollen, müssen wir uns vor einer vereinfachenden Schwarz-Weiß-Logik bei der Interpretation der Wirklichkeit hüten.

Zur Krise beigetragen haben sicher die Konzepte und Maßnahmen der unter Hugo Chávez und Nicolás Maduro betriebenen

Wirtschaftspolitik. Zu berücksichtigen ist aber die Erschöpfung des auf den Einnahmen aus dem Erdöl beruhenden Wirtschaftsmodells. Bereits Anfang der 1980er Jahre war die historische Währungsabwertung im Zuge des „Schwarzen Freitags“ (18.2.1983) ein diesbezügliches Warnzeichen.

Für ein tiefgreifendes Verständnis der Krise, ihres Entstehens und ihrer Entwicklung ist es auch nötig, die Verbindung der venezolanischen Ökonomie mit der Dynamik der kapitalistischen Weltwirtschaft zu analysieren sowie deren Widersprüche und die ihr zugrunde liegende internationale Ordnung.

Seit Beginn der Erdölförderung Anfang des 20. Jahrhunderts setzte eine Metamorphose von Venezuelas Wirtschafts- und Sozialstruktur ein, die sich im Modell, das sich im Laufe des Jahrhunderts herausbildete, niederschlug und seine ganz spezielle Eingliederung in das kapitalistische Weltsystem und damit in die Geopolitik des globalen Energiesystems mit sich brachte. Zwischen 1920 und 1995 wurden 91 Prozent des geförderten Erdöls exportiert. Dieser Umstand dauert heute nicht nur an, sondern hat sich noch verstärkt. Jede Veränderung im Bereich der internationalen Energiepolitik hat somit direkte Auswirkungen auf den Zustand der venezolanischen Wirtschaft.

Als der Ölpreis nach seinem Höhenflug zwischen 2006 und 2014 (ein Fass Öl kostete bis über 100 USD) stark fiel, wäre eine Korrektur der venezolanischen Wirtschaftspolitik (zu hohe Staatsausgaben, Kontrolle des Wechselkurses und Überbewertung der Währung, exzessive Verschuldung) erforderlich gewesen. Insbesondere hätte die Tendenz zu ständig steigenden Staatsausgaben beendet und gegen die exorbitante Unterschlagung und Kapitalflucht (auf 300 Mrd. USD geschätzt) vorgegangen werden müssen.

Das geschah jedoch nicht. Die Regierung Maduro zog es vor, dem Privatsektor

und der politischen Opposition vorzuwerfen, einen „Wirtschaftskrieg“ zu führen. Zugleich stellte sie Privatpersonen und Unternehmen weiterhin Dollar zu Vorzugspreisen zur Verfügung, ließ die Staatsausgaben weiter steigen und bediente pünktlich die Staatsschulden. Parallel dazu verstärkte sich das makroökonomische Ungleichgewicht und die doppelte Tendenz von fallenden Ölpreisen und zugleich abnehmender Tagesförderung wurde chronisch.

Dabei hat der Fall des Ölpreises der Wirtschaft des Landes weniger Schaden zugefügt als der systematische Rückgang der Fördermenge. Im Jahr 2013 hat Venezuelas Ölgesellschaft PDVSA laut OPEC-Zahlen durchschnittlich 2.789.000 Barrel pro Tag produziert, während es im Februar 2019 nach unterschiedlichen Quellen nur mehr 0,9 bzw. 1,2 Millionen Barrel waren, bei prognostizierter fallender Tendenz.

Zwar ist klar, dass die US-Sanktionen gegen PDVSA sich besonders 2018 und in diesem Jahr negativ auf die Ölproduktion ausgewirkt haben, doch ist die aktuell dramatische Lage der Ölindustrie auch auf eine Reihe endogener Ursachen zurückzuführen. Experten zufolge zählen dazu systematische Korruption, Überschuldung, Ineffizienz und Militarisierung in der Verwaltung, verknüpft mit falschen strategischen Entscheidungen.

Diese schwere Wirtschaftskrise Venezuelas hat ihre Entsprechung in einer ebenso tiefgreifenden sozialen Krise. Es handelt sich um einen enormen Rückschlag angesichts der Fortschritte, die der bolivarianische Prozess im sozialen Bereich erzielt hatte. Nach der jüngsten landesweiten Erhebung der Lebensbedingungen (ENCOVI) hat im Jahr 2018 die Anzahl der von Armut betroffenen Haushalte um 48% zugenommen, während sie schon 2017 um ebenso alarmierende 46% gestiegen ist. Außerdem ist der Konsum von Nahrungsmitteln pro Kopf der Bevölkerung dramatisch gesunken.

## Mangelhafter Krisenplan

Am 20. August 2018 ist Präsident Maduro zum ersten Mal davon abgegangen, die ganze Verantwortung für die Wirtschaftskrise auf den „Wirtschaftskrieg“ zu schieben, und hat die Umsetzung eines Plans namens „Programm für wirtschaftliche Erholung, Wachstum und Wohlstand“ angekündigt. Zum ersten Mal gestand er öffentlich die Erhöhung der Geldmenge

zur Finanzierung des Budgetdefizits ein. Zwischen 2017 und 2018 hatte die Regierung sie um das sage-und-schreibe 632-Fache erhöht.

Zu diesem Programm, das nach wie vor Gültigkeit hat, sind einige kritische Anmerkungen angebracht:

1. Es enthält keinerlei Diagnose des Zustands der venezolanischen Wirtschaft. Es wird weder erklärt, worin die (konjunkturellen oder strukturellen) Probleme bestehen, noch was ihre Ursachen sind. Venezuelas Beziehung zum kapitalistischen Weltsystem ist nicht berücksichtigt.

2. Mangels klarer Problemdiagnose sind die Ziele entsprechend wenig realistisch und schwammig definiert. Ein Beispiel dafür ist das Ziel eines Nulldefizits. Der Plan erscheint als eine Anzahl unzusammenhängender, wenig gangbarer Maßnahmen.

3. Das Programm war nicht Ergebnis einer breiten Diskussion und schon gar nicht eines Konsenses zwischen den wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Akteuren.

4. Es stützt sich auf die autoritäre Machtausübung durch die regierende Elite und somit auf die Missachtung der Verfassung; es verfügt über keine intern und extern anerkannte institutionelle Grundlage, da es auf den Entscheidungen der nicht verfassungskonformen Nationalen Versammlung beruht.

5. Es sagt nichts über die Krise in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Transport, essentielle Dienstleistungen und auch nichts über die Zunahme von Armut und Ungleichheit. Es berücksichtigt nicht die komplexe soziale Krise, unter der die Bevölkerung leidet.

6. Es erklärt nicht, wie die Produktion, besonders im strategischen Ölsektor, wieder angekurbelt werden kann; es schweigt auch zu den Themen Auslandsschulden und Hyperinflation.

7. Es erkennt das Drama der Auswanderung von VenezolanerInnen nicht an.

Acht Monate nach dem Start dieses Krisenplans hat sich die im Land herr-



Foto: Leo Gabriel

Suppenküche einer Pfarre: Viele sind auf Hilfe angewiesen

schende Wirtschaftskrise weiter vertieft. Auch wenn keine offiziellen Zahlen vorliegen, schätzt die CEPAL die Abnahme des BIP für 2018 auf 15%, womit es seit 2013 um insgesamt 44% gefallen wäre (ohne die weitere Schrumpfung seit Jahresbeginn). Die Preise setzen indessen ihren beschleunigten Anstieg fort, angetrieben durch das Sinken der Öleinnahmen, das Fallen der nationalen Produktion und die steigende Budgetfinanzierung durch Geldschöpfung.

Das Sinken der Öleinnahmen und das offensichtliche Scheitern der Kryptowährung *Petro* als Mechanismus zur Beschaffung von Devisen und zur Stabilisierung des Wechselkurses hat die Regierung zur Änderung der Strategie gezwungen. Sie versucht jetzt, Zugriff auf die Rücküberweisungen aus dem Ausland an Familienangehörige in Venezuela zu erhalten. In diesem Sinn hat die Nationalbank im Dezember begonnen, den offiziellen Bolívar (DICOM) abzuwerten, um ihn dem inoffiziellen Kurs anzunähern. Insgesamt erreichte diese Abwertung bis zum 28. April 3.331%.

Die Lage ist infolge der Vertiefung der politischen Krise und der Verschärfung der Sanktionen seitens des US-Außenministeriums noch schwieriger geworden. Für die Bevölkerung ist keine Entspannung ihrer Lebensbedingungen in Sicht. ■

Die Autorin ist venezolanische Ökonomin und Politikerin. Von 2004 bis 2006 fungierte sie als Ministerin für kommunale Wirtschaft unter Hugo Chávez. Später wandte sie sich gegen die Einrichtung der Verfassungsversammlung. International setzt sie sich für die Aberkennung illegitimer Schulden ein.

## SORGE UM DIE ABHÄNGIGE INSEL

Zum Jahreswechsel wurde auf Kuba der 60. Jahrestag der Revolution gefeiert. Eher bescheiden, steckt man doch in einer wirtschaftlichen Dauerkrise und die Perspektiven für die nahe Zukunft sind nicht günstig. Gleichzeitig wartet die Welt seit gut einem Vierteljahrhundert auf den Zusammenbruch des „karibischen Sozialismus“ – vergeblich. Das „grüne Krokodil“ am Übergang vom Atlantik zur Karibik erweist sich als erstaunlich vital – und das politische und wirtschaftliche System als erstaunlich überlebensfähig.

Von Robert Lessmann (Text und Fotos)

Sozialismus oder Tod“ war ein Slogan, der die kubanische Revolution viele Jahre lang begleitete. Doch dass der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft allein, auf einer kleinen, rohstoffarmen Insel vor der Küste der kapitalistischen Großmacht USA nicht würde gelingen können, war Che Guevara von Anfang an klar: „Schafft zwei, drei viele Vietnam“. Er propagierte und praktizierte den Revolutionsexport. Fidel Castro setzte darüber hinaus vor allem auf eine Allianz mit den Ländern des sogenannten real existierenden Sozialismus. Die Zuckerinsel fand darin eine probate Geschäftsgrundlage, die zwar zulasten einer wirtschaftlichen Diversifizierung und Eigenständigkeit ging, aber komfortable Vorzugsbehandlungen brachte, so lange man im Kalten Krieg als Brückenkopf diente. Kubanischer Zucker gegen Öl und Fertigwaren aus dem Ostblock (RGW). Dies erlaubte auch teilweise abenteuerliche wirtschaftspolitische Experimente, Kapriolen und Kurswechsel.

Beides ist längst Vergangenheit. Heute leistet Kuba befreundeten Staaten wie Venezuela Geheimdienst- und Sicherheitsberatung, exportiert Bildungsprogramme und Ärzte (letztere mehr als die WHO und gegen Devisen). Die Einnahmen daraus stellen heute vor den Familienüberweisungen und dem Tourismus den wichtigsten Devisenbringer dar. Mit der Implosion des Ostblocks brachen für Kuba auch 85 Prozent des so wichtigen Außenhandels weg. Zwischen 1989 und 1993 ging das BIP um 35%, die Agrarproduktion um 52% zurück. Innerhalb von vier Jahren war die Importkapazität auf ganze 21% gefallen, lag der durchschnittliche Kalorienkonsum bei dramatischen 1.780/Tag (in Industrieländern 3.500).

Die Antwort auf diese existenzielle Krise war die *período especial*, ursprünglich ein Plan zur Kriegsbewirtschaftung,

die eine erste Welle der Anpassungen und Strukturreformen brachte. Diese waren erfolgreich, wo sie konsequent umgesetzt wurden. So die Belebung des *Ley 50* aus dem Jahr 1982, zur Zulassung ausländischer Investitionen als „joint ventures“ in ausgewählten Schlüsselbereichen wie dem Tourismus: Der ist heute einer der wichtigsten Devisenbringer, und Kuba fördert heute einen Teil seines Energieverbrauches selbst.

sellschaft, denn ein Durchschnittsverdienst entsprach damals 2 USD. Reformen wie die Zulassung privater Restaurants und Arbeit auf eigene Rechnung (*cuenta propia*) waren nicht langfristig geplant, sondern improvisiert und erfolgten aus höchster Not. Fidel Castro dazu: „Es gibt Maßnahmen, die uns zuwider sind!“

Der seinerzeitige Reformprozess wurde mit einer Rede von Raúl Castro auf dem 5. Plenum des Politbüros am 23. März 1996 abrupt abgebrochen. Da traf es sich gut, dass ab Anfang 1999 mit Venezuela unter Hugo Chávez ein neuer Bündnispartner bereit war, Kuba mit billigem Öl großzügig zu unterstützen, was den Verzicht auf schmerzhaft Reformen oder deren konsequente Umsetzung erleichterte.

Was man heute möglicherweise bereut: Bereits im Jahr 2009 gingen Kubas Importe wieder um 38% zurück; 2008 lagen



Cuenta propia-Verkauf

Doch das ging nicht so rasch und war nicht ausreichend: Als vier Jahre nach dem Zusammenbruch des RGW klar wurde, dass man auch das Notwendigste an Importen nicht würde finanzieren können, beschloss man im Juli 1993 ad-hoc eine Reihe weitreichender Maßnahmen. Die Legalisierung des Devisenbesitzes und die Erhöhung der zulässigen Familienüberweisungen auf 300 USD pro Monat und Familie brachten eine Sauerstoffdusche für die ohnmächtige Wirtschaft – aber auch krasse Einkommensunterschiede und Gegensätze in der egalitären kubanischen Ge-

sellschaft bei 2,4 Mrd USD – schon das war nicht viel. Wenn man weiß, dass Kuba 80% seiner Nahrungsmittel importieren und dafür jährlich 1,5 Mrd USD (aktuell sind es 1,8 Mrd) ausgeben muss, kann man ermessen, wie dramatisch die Lage wieder war. Kuba ist Ende des letzten Jahrzehnts wohl knapp am Hunger vorbeigeschrammt! Ursache waren die Schäden von drei schweren Hurrikans im Jahr 2008, ein Verfall der Nickelpreise um zwei Drittel, Einbrüche beim Tourismus sowie bei den Familienüberweisungen infolge der Weltfinanzkrise – und natürlich die fortgesetzte Wirt-



Freier Bauernmarkt, Havanna

schaftsblockade Washingtons, die Kuba jährlich rund 500 Mio USD kosten dürfte, nach großzügigeren Schätzungen sogar zwei bis drei Milliarden.

## Verlorene Zeit: Von den *lineamientos* bis heute

Nach der Krise von 2008/2009 wurden die Reformen von 1993/94 in den sogenannten „*lineamientos*“ vom November 2010 wieder aufgegriffen, erweitert, ergänzt. Insbesondere sollte die Subventionierung unproduktiver Betriebe beendet werden. Dazu sollten 1,3 Mio. Arbeitskräfte sukzessive entlassen und vom Bereich der Kleinbetriebe (*cuenta propia*) absorbiert werden. Dazu fand 2011 auch wieder ein Parteitag statt – der insgesamt VI. – und erste seit 14 Jahren!

Die Zahl der *cuenta propia*-Betriebe hat stark zugenommen und sie genießen heute größere Freiheiten, dürfen auch Angestellte haben. Doch die Absorption von 1,3 Mio. Arbeitern und Arbeiterinnen, immerhin 10 Prozent der Gesamtbevölkerung, klappte nicht. Und von diesem Plan ist seit Jahren keine Rede mehr. Zumal die *cuenta propia* für gut ausgebildete Menschen nichts zu bieten hat.

Dass bei der seit vielen Jahren fortdauernden Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten 3,6 von 6,6 Millionen Hektar Staatsland brach lagen, macht fassungslos. Inzwischen wurden rund 1 Mio. ha an Kleinbauern verpachtet. Hier liegt eine der Hauptursachen für das chronische Handelsdefizit, Verschuldung und Liquiditätsengpässe. Der produktive Sektor nimmt

nur mehr ein Viertel der Wirtschaftsleistung ein, Dienstleistungen drei Viertel: „Dysfunktionale Tertiärisierung“ nennen das die Ökonomen. Heute ist sogar Zucker knapp und die einstige „Zuckerinsel“ importiert Zucker aus Frankreich. Aber nicht infolge einer planmäßigen Strategie.

Während Reformen im produktiven Bereich mehr oder weniger versandeten, wurde der Markt für Privatinvestitionen, zum Beispiel für Wohneigentum, liberalisiert. Vor dem Hintergrund der krassen Einkommensunterschiede zwischen Menschen mit bzw. ohne Zugang zu Devisen konnte das soziale Klüfte nur vergrößern. Familienüberweisungen haben sich zwischen 2007 und 2017 verdoppelt und stellen mit 3.5 Milliarden USD den zweitwichtigsten Devisenbringer dar. Reiseerleichterungen und Auslandsaufenthalte werden dazu genutzt, Devisen zu verdienen. Dass so ein systemzersetzender Grauzonen- oder Untergrundkapitalismus entsteht, ist sowohl den kubanischen Wirtschaftslenkern klar als auch ihren Widersachern in Washington und Miami. Man brauche halt das Geld, sagen die einen. Und die anderen haben viele Erleichterungen aus der Zeit der Annäherung unter Obama zurückgenommen, die Familienüberweisungen aber nur begrenzt, auf aktuell 1.000 USD pro Person und Quartal.

## Wachsender Druck der USA

Mit der Verschärfung des Drucks auf Venezuela trifft Washington auch Kuba. Otto Reich, Hardliner und Lateinamerika-

Berater von Präsident George W. Bush, sagte es unlängst explizit: Kuba sei „der Kern des Problems“. Mit der Ernennung von Kimberly Breier zur *Assistant Secretary of State for Western Hemispheric Affairs* hatte Präsident Trump bis zum 15. Oktober 2018 gut anderthalb Jahre lang gewartet. Ohnehin läuft unter ihm die Lateinamerika-Politik weitgehend am State Department vorbei und wird vom Weißen Haus (Mike Pence) und dem Nationalen Sicherheitsrat (John Bolton) bestimmt. Schlüsselfigur ist der Vorsitzende des entsprechenden Senatskomitees, Marco Rubio, der kubanische Wurzeln hat. Mit Mauricio Claver-Carone hat dieser nun einen weiteren exilkubanischen Hardliner im Sicherheitsrat platziert, der zuletzt mit der Ausarbeitung der Sanktionen gegen Venezuela beschäftigt war.

Prompt folgte nun Ende Februar eine Verschärfung des Helms-Burton-Gesetzes aus dem Jahr 1996, dessen Artikel III in Kraft gesetzt wurde. Dadurch werden Unternehmen aus Drittländern mit Sanktionen bedroht, die Geschäftsbeziehungen mit Kuba pflegen. Seit Anfang Mai sind somit auch Schadenersatzklagen gegen europäische Unternehmen möglich.

Klar ist indessen, dass auf Kuba erneut schwere Zeiten zukommen. Schon bisher sind venezolanische Öllieferungen um 50 Prozent zurückgegangen. Das Ende des Programms „*Más Médicos*“ mit Brasilien bedeutet für Kuba Einbußen in Höhe von 400 Mio. USD, was etwa den Einnahmen aus Nickelexporten entspricht. Und drei Viertel der kubanischen Serviceexporte betreffen Venezuela, wo sie ebenfalls bereits stark rückläufig sind, mit der Gefahr, ganz abgebrochen zu werden. Der Tourismus als drittwichtigster Devisenbringer ist zuletzt nicht nur nicht weiter gewachsen – wie nach den unter Obama vereinbarten Erleichterungen angenommen –, sondern ging unter dem Eindruck der Trump'schen Sanktionen um drei Prozent zurück. Der Tourismus hatte als einziger Bereich der traditionellen Wirtschaft richtig gut abgeschnitten und zwischen 2007 und 2017 ein Plus von 117 Prozent verzeichnet.

Während man auf diese ersten Verschlechterungen des außenwirtschaftlichen Klimas im Inneren nach wie vor schlecht vorbereitet ist, zeichnet sich schon wieder ein Lichtlein am überseeischen Horizont ab: Mit Peking (November 2017) und Moskau (November 2018) konnten neue Kooperationsabkommen unterzeichnet werden. ■



# HAITI KOMMT NICHT ZUR RUHE

H  
A  
I  
T  
I

Seit Februar 2017 ist Jovenel Moïse Präsident Haitis. Seine im Verein mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vollzogene Strukturanpassungspolitik und Korruptionsskandale – insbesondere die Veruntreuung von Milliarden aus dem von Venezuela initiierten *PetroCaribe*-Programm – treiben viele BewohnerInnen auf die Barrikaden. Moïse hat als Reaktion auf die Proteste schon zwei Premierminister entlassen. Nun soll der bisherige Kulturminister Jean-Michel Lapin als Interimspremier die Lage beruhigen. Ein Konzept dafür hat er nicht.

Von Martin Ling

vergangenen Präsidentschaftswahlen für seine Kahlkopf-Partei (*Parti haïtien tèt kale* – PHTK) ins Rennen schickte. Der Oberste Gerichtshof befand vergangenen November, dass auch Moïse selbst Geld veruntreut haben soll.

Wie gering der Rückhalt für Haitis Regierung ist, zeigte sich beim Misstrauensvotum gegen Premier Jean-Henry Céant am 19. März: 93 Abgeordnete gaben ihm den Laufpass, drei enthielten sich und nur sechs votierten für eine Fortsetzung seiner Regierungsführung. Bereits bevor Céant sein offizielles Rücktrittsgesuch einreichte, reagierte Moïse und erklärte kurzerhand den bisherigen Kulturminister Jean-Michel Lapin per Präsidialdekret zum Interimsministerpräsidenten. Lapin ist nun mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt und soll damit die Wogen glätten.

## Prekäre Lebensbedingungen

Viel spricht jedoch dafür, dass die Proteste in Haiti anhalten werden. Denn die HaitianerInnen begehren gegen die sich weiter verschlechternden Lebensbedingungen auf. Den Ausfall der billigen Öllieferungen aus Venezuela versucht die Regierung mit deftigen Preiserhöhungen beim Treibstoff zu kompensieren. Im Sommer 2018 hatten die vom IWF geforderten starken Preisanhebungen für Benzin, Diesel und Kerosin Krawalle in mehreren Städten ausgelöst. Die Regierung ruderte daraufhin zurück, korrigierte die Preiserhöhungen, und der damalige Premier Lafontant räumte seinen Posten.

Ob Lafontant, Céant oder nun Lapin: Der katastrophalen Entwicklung konnte bisher keiner Einhalt gebieten. Ein Liter Milch kostet in Haiti mehr als die Hälfte des täglichen Mindestlohns. Damit ist Milch für die meisten HaitianerInnen nicht zu haben. Der Preis für Hühnerfleisch hat sich in vier Jahren verdoppelt, sodass das einst wegen seiner relativen Preisgünstigkeit zum zentralen Bestandteil der haitianischen Ernährung avancierte Hühnchen in normalen Haushalten nur noch selten aufgetischt werden kann. Die Lebenshaltungskosten scheinen für viele BewohnerInnen des ärmsten Landes der westlichen Hemisphäre außer Kontrolle zu geraten.

„Unser Staat ist korrupt, kriminell und kaputt“, sagt Celigny Darius, Leiter der SOS-Kinderdörfer in Haiti. Die Situation



Foto: www.tagesschau.de

Die massiven Proteste im Februar 2019 wurden brutal unterdrückt

Präsident Jovenel Moïse spielt auf Zeit. Der ehemalige Bananenexporteur greift immer wieder zum selben Mittel des Machterhalts. Wächst der Druck der Opposition auf der Straße und im Parlament, wird der Premier geopfert. War es nach der Protestwelle im Sommer 2018 Jack Guy Lafontant, der gehen musste, traf es im März 2019 seinen Nachfolger Jean-Henry Céant. Moïse selbst macht derweil keine Anstalten, sein Amt aufzugeben, obwohl sich die Proteste gegen Regierung und Präsident gleichermaßen richten.

Ein oppositionelles Bündnis aus 20 unterschiedlichen Parteien und Organisationen fordert seit mehreren Monaten den Rücktritt von Präsident Jovenel Moïse und dem Großteil der Parlamentsabgeordneten. Korruption und wiederholte Erhöhungen der Treibstoffpreise auf „Empfehlung“ des Internationalen Währungsfonds (IWF) waren die Auslöser der Proteste 2018 und flammen seitdem im wahrsten Sinne des

Wortes immer wieder auf. Brennende Autoreifen und Barrikaden gehören in Haiti zur gängigen Protestkultur – oft fordern die Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften Menschenleben. Im Februar soll es mindestens 26 Tote gegeben haben, im März lief es glimpflicher ab.

Die Korruptionsvorwürfe sind durchaus begründet: Der Oberste Rechnungshof Haitis selbst hatte im November 2018 festgestellt, dass 15 ehemalige Regierungsfunktionäre für soziale Zwecke eingeplante Gelder veruntreut hätten. Dabei handelt es sich um 3,8 Milliarden US-Dollar aus einem Sozialfonds von *PetroCaribe*. Bei diesem, noch von Venezuelas verstorbenem Präsidenten Hugo Chávez initiierten Projekt lieferte Venezuela Öl zu Vorzugpreisen an bedürftige karibische Länder, um Spielraum für Sozialpolitik zu schaffen. Die Veruntreuung fand in den Jahren 2016 und 2017 unter Präsident Michel Martelly statt, der Jovenel Moïse bei den

## MENSCHENRECHTSDELEGATION VERURTEILT POLITISCH MOTIVIERTE MASSAKER

auf der Straße eskaliere, dem Karibikstaat drohe der Kollaps. Darius befürchtet, dass es mit dem Land immer weiter bergab geht: „Die Menschen ringen noch immer mit den Folgen von Hurrikan Matthew 2016 und Hurrikan Irma 2017. Tausende Familien sind obdachlos und ohne Einkommen“. Viele hätten kein Geld, ihre Kinder zur Schule zu schicken, ohnehin seien erst 25 Prozent der zerstörten Schulen wiederaufgebaut. Aktuell seien 2,6 Millionen HaitianerInnen auf Hilfe angewiesen. „Wir rechnen damit, dass diese Zahl weiter ansteigen wird, und erwarten mit größter Sorge die Hurrikan-Saison, die im Juni beginnt“, so Darius weiter.

Jerry Tardieu, der haitianische Abgeordnete für die Region Petiön-Ville, einem Vorort der haitianischen Hauptstadt Port-au-Prince, sieht das ähnlich: „Die Haitianer leben von Tag zu Tag. Ich erhalte viel Druck von meinen Wählern, die mich bitten und mich darauf hinweisen, dass das Wasser zur Neige geht, dass ihnen die Nahrungsmittel ausgingen. Sie sind kurz vor der Panik. Es kann sein, dass wir nicht weit von einer humanitären Notlage entfernt sind. Das ist real und ist eine ernste Situation.“

Dass die sozioökonomische Lage in dem Karibikstaat ernst ist, steht außer Zweifel. Laut Weltbank leben 59 Prozent der haitianischen Bevölkerung unter der nationalen Armutsgrenze von 2,41 US-Dollar pro Tag, während 24 Prozent sogar in extremer Armut mit weniger als 1,23 US-Dollar pro Tag überleben müssen.

Druck von den USA oder aus der EU muss Präsident Moïse so wenig wie sein Vorgänger Martelly fürchten. Die ehemalige Besatzungsmacht USA finanzierte den Wahlprozess und betrachtet den neoliberalen Martelly wie den Unternehmer Jovenel Moïse als Garantie dafür, dass in Haiti keine linken Experimente stattfinden. Die EU ist im „Hinterhof“ der USA grundsätzlich kaum als Stimme zu vernehmen. Und so ist der Totalprivatisierung, die der Bauernführer Jean-Baptiste Chavanne befürchtet, Tür und Tor geöffnet: „Die vergangenen Regierungen haben schon privatisiert. Nun gibt es den Plan der totalen Privatisierung, bis hin zum Gesundheits- und Bildungssektor.“ Zur Ruhe kommen wird Haiti so sicher nicht. ■

Übernommen aus: Lateinamerika Nachrichten  
538, April 2019

Angriffe in Armenvierteln waren Vergeltung für Proteste gegen die Regierung und nicht Akte krimineller Banden.

Eine aus AnwältInnen, AktivistInnen und einem Journalisten, der zu Berichten über eine monatelange Reihe tödlicher Angriffe in Elendsvierteln von Port-au-Prince recherchierte, bestehende Delegation hielt sich von 24. bis 27. April in Haitis Hauptstadt auf. Sie sichteten Berichte zur Lage der Menschenrechte sowie Filme und holten Aussagen von Opfern ein. Ergebnis: Die Angriffe wurden von Polizisten und von regierungsnahen Banden ausgeführt und sollten die BewohnerInnen – viele davon AnhängerInnen der *Fanmi Lavalas*-Partei – für ihre maßgebliche Rolle in einer Reihe von Demonstrationen bestrafen, die sich gegen die Korruption, Misswirtschaft und Brutalität der Regierung richteten.

Die Delegation untersuchte Angriffe, die zwischen Oktober 2018 und April 2019 stattgefunden hatten, darunter die Ermordung Dutzender Menschen, Vergewaltigung, Schläge und Folter, das Verbrennen von Häusern und Habseligkeiten. Sie sprach mit Augenzeuginnen, Opfern, AnwältInnen und früheren politischen Führungspersonen.

Der Schauspieler und Produzent Danny Glover angesichts der Berichte über solche Grausamkeiten: „Das sind eindeutig keine zufälligen Angriffe von Banden, sie richten sich gegen Menschen, die es wagten, Widerstand gegen die jetzige Regierung zu leisten und Bildung, Gesundheitsversorgung und Gerechtigkeit für alle zu fordern“. Es müsse alles getan werden, die Massaker zu beenden und der Bevölkerung Haitis Hoffnung zu geben.

Die Radiojournalistin Margaret Prescod beim US-Sender *Pacific Radio*, die zwei Mal das Elendsviertel Lasalin besucht hat, spricht von einer der größten Menschenrechtskrisen des ganzen Kontinents. Opfer berichteten ihr gegenüber, sie würden nicht nur als Oppositionelle verfolgt, sondern auch wegen ihrer Unterstützung der vom früheren Präsidenten Jean-Bertrand Aristide geleiteten politischen Organisation *Fanmi Lavalas*. Sie fordern den Rücktritt von Präsident Moïse, Rechenschaft über die verschwundenen *PetroCaribe*-Gelder sowie freie und faire Wahlen.

Für den Solidaritätsaktivisten Pierre Labossière gleichen die Korruption und Brutalität der heute Regierenden und die von der Polizei und den mit ihr verbundenen Todesschwadronen in Vierteln der Hauptstadt wie *Lasalin*, *Tokyo Site Vincent* und *Kafoufey* angewendeten Methoden jenen unter der Duvalier-Diktatur. Seit dem blutigen Staatsstreich vom Februar 2014 sei Haiti unter UN-Besatzung in die brutale Diktatur jener Zeit, in Mord und Korruption zurückgefallen. „Die Welt soll über die heutige Realität in Haiti Bescheid wissen und mit seiner Bevölkerung solidarisch sein.“

Rechtsanwalt Walter Riley erklärte seine Empörung angesichts der Aussagen von Opfern und der US-Unterstützung für die „korrupte Regierung Moïse“. Die Angriffe auf das Viertel Lasalin hätten als Vergeltung für die Demonstrationen begonnen, in denen Moïse wegen der Vertreibung von Venezuelas PetroCaribe-Geldern und systematischer Korruption zum Rücktritt aufgefordert wurde. Es gebe Zeugenaussagen über die Brutalität der Angriffe und Verbrechen gegen die Menschheit. „Sie belegen, dass diese Angriffe nicht einfach von Banden verübt werden, wie es die Presse und die US-Botschaft darstellen, sondern von Milizen, die von Regierungsmitgliedern unterstützt werden.“ Es handle sich um eine Politik der US-gestützten haitianischen Regierung.

Der Menschenrechtsanwalt Brian Concannon arbeitet seit 24 Jahren zu Fällen politischer Gewalt in Haiti. Er sieht deutliche Parallelen zu historischen Fällen staatlich gesponserter Unterdrückung in Haiti (z.B. Angriff auf die St. Jean Bosco-Kirche in Lasalin 1987; Massaker von Raboteau 1994). Das Motiv sei es dabei immer gewesen, die Rufe nach Gerechtigkeit und Demokratie zum Schweigen zu bringen und Oppositionelle zu terrorisieren, wobei die Verantwortung der Regierung verschleiert wurde. „Die Regierung versucht, sich den Weg aus einer durch ihre Korruption und Misswirtschaft verursachten politischen Krise frei zu schießen. Es wird mehr Opfer geben, wenn wir jetzt nicht Gerechtigkeit für Lasalin sicherstellen.“ ■

Auszüge aus dem am 8. Mai veröffentlichten Delegationsbericht, übersetzt von Hermann Klossius.

## DIE WIDERSPRÜCHLICHEN MÜHEN DER EBENE

Es ist schon sechs Monate her, da jubelten Millionen Mexikanerinnen und Mexikaner ihrem neuen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (kurz AMLO genannt), der die Wahlen vergangenen Juli beim dritten Anlauf mit einer ebenso überragenden wie überraschenden Mehrheit gewonnen hatte, lauthals zu. Zwar geben bei den Meinungsumfragen an die 80 Prozent an, dass sie AMLO noch immer als ihren Hoffnungsträger ansehen, doch sind weite Sektoren der mexikanischen Bevölkerung bereits auf Distanz zu ihm gegangen – und das mit gutem Grund.

Von Leo Gabriel

Nicht wenige Unternehmen akzeptierten die Lohnforderungen und Einmalzahlungen der ArbeiterInnen, die bisher in den Maquilabetrieben ein Sklavendasein geführt hatten.

Hinter dieser scheinbaren Großzügigkeit des Kapitals steht in Wirklichkeit das Konzept, positive Anreize zu schaffen, um zu verhindern, dass die mexikanischen und zentralamerikanischen MigrantInnen in die USA abwandern.

### Aufwind für MigrantInnen

Dass dieses Konzept nicht unbedingt zum Nachteil der MigrantInnen ist, zeigt das Vorhaben AMLOs, 40 Milliarden US-Dollar eigenes und 10 Milliarden an US-Kapital in die Entwicklung des mesoamerikanischen Südens zu investieren, was dem bekannten Fürsprecher der MigrantInnen Padre Alejandro Solalinde einen Freudenschrei entlockte: „Endlich werden nicht nur die tragischen Folgen, sondern auch die Fluchtursachen bekämpft. Jetzt bekommt jeder Flüchtling einen Ausweis, der ihm die (verlängerbare) Aufenthaltserlaubnis in Mexiko samt Zugang zu den sozialen Einrichtungen garantiert.“

Es sind vor allem einige der groß angelegten Megaprojekte, welche der neuen Regierung zusetzen. Zwar hatte AMLO noch vor seinem Amtsantritt den neuen Flughafen für die Hauptstadt, den sein Vorgänger in der Tiefebene von Texcoco gegen den Willen der Einheimischen und fast aller Umweltorganisationen bei den mexikanischen Großkapitalisten in Auftrag gegeben hatte, gerade noch stoppen können; dafür hat er das Milliarden schwere *Proyecto Integral Morelos*, das u.a. eine gigantische Thermoenergieanlage in unmittelbarer Nähe des Popocatepetl-Vulkans vorsieht, entgegen seines während des Wahlkampfes gemachten Versprechens durchgepeitscht.

„Als er am 10. Februar nach Morelos kam und die protestierende Menge als „linksextreme, fortschrittsfeindliche Randalierer“ auf das ärgste beschimpfte, standen vielen von uns die Tränen in den Augen“, erzählte die dort ansässige Sozialanthropologin Alicia Castellanos. Als dann drei Tage später der allseits beliebte Umweltschützer Samir Flores Soberanes vor seinem Haus brutal ermordet wurde, war in Morelos, der Heimatprovinz von Emiliano Zapata, der Teufel los. Am 10. April, dem Todestag Zapatas, fand in der Hacienda von Chinameca, wo er vor genau 100 Jahren ermordet worden war, eine viel beachtete Protestdemonstration statt.

### Megaprojekte als Modernisierungsfallen

Dabei hatte López Obrador in Morelos und zwei benachbarten Bundesstaaten, durch die die enormen Gasleitungen des Projekts führen, eine so genannte *consulta* abhalten lassen, bei der sich an die 60 Prozent der wenigen TeilnehmerInnen aus der Region für den Bau des Kraftwerks ausgesprochen haben. Doch war bei der Umsetzung dieser Befragung, die nach den Bestimmungen von Art. 169 des ILO-Ver-

trags für indigene Völker vorgesehen ist, nicht gewährleistet, dass die Bevölkerung „rechtzeitig, frei und informiert“ abstimmen konnte.

Einen noch größeren Aufstand wird es voraussichtlich bei zwei anderen Großprojekten geben: dem so genannten *Tren Maya*, einem modernen Hochgeschwindigkeitszug, der im Südosten Mexikos durch den teilweise von Indígenas bewohnten Regenwald zwecks Erbauung ausländischer Touristen führen soll (knapp 90% stimmten dafür). Aber auch im Isthmus von Tehuantepec im Bundesstaat Oaxaca schärfen die Mixteken und Zapoteken bereits symbolisch ihre Speere, um den Bau einer Straßen- und Eisenbahnlinie vom Pazifik zum Atlantik zu verhindern.

Alle diese Megaprojekte, zu denen noch die 3000 km breite und 25 km schmale „größte Freihandelszone der Welt“ an der Grenze zu den USA kommen soll, die López Obrador bei seinem Amtsantritt angekündigt hat, kommen nicht von ungefähr. Dahinter steht der Wunsch der US-Regierung, sowohl die mexikanischen als auch die zentralamerikanischen Flüchtlinge festzusetzen, um zu verhindern, dass sie die US-amerikanische Grenze erreichen. Das wurde u.a. bei einem



„privaten“ Abendessen des mexikanischen Präsidenten mit dem

für Mexiko zuständigen Schwiegersohn Trumps im Haus des Vizechefs des größten mexikanischen Fernsehkonzerns *Televisa* besprochen.

Dass die politische Realität allerdings nicht immer synchron zu den von der Regierung angekündigten Plänen verläuft, zeigte sich, als Millionen von ArbeiterInnen im nördlichen Bundesstaat Tamaulipas so genannte „wilde“ Streiks veranstalteten, die relativ erfolgreich verliefen.

Aber auch diesmal schlug die Realität den ins Auge gefassten Plänen von López Obrador ein Schnippchen. Als im April 5.000 von insgesamt 20.000 HonduranerInnen die mexikanischen Bundesstaaten Chiapas und Oaxaca erreichten, wurden sie von den dem Innenministerium unterstehenden Migrationsbehörden festgenommen und zurückgeschickt. Der Wirbel, den dieses Verhalten in der Hauptstadt auslöste, war jedoch derart groß, dass sich

López Obrador veranlasst sah, die einschlägigen Kompetenzen vom Innen- ins Außenministerium zu übertragen.

Weitaus geteilter ist da die Meinung der MexikanerInnen zu den Vorstellungen der mexikanischen Regierung zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens, das Mexiko bereits seit Dekaden in Angst und Schrecken versetzt. Statt die total korrumpierte Polizei und Armee aufzulösen oder zumindest ihre Spitzen unter Hausarrest zu stellen, schuf der neue Präsident gleich nach seinem Amtsantritt die so genannte Nationalgarde, in der Hoffnung, dass dabei die gesunden Äpfel in seinem Obstgarten die faulen wieder gesund machen können – eine Hypothese, die noch zu beweisen sein wird. Tatsache ist jedenfalls, dass die Führung der Nationalgarde einigen Generälen der Armee – an der Spitze Luis Rodríguez Bucio – überantwortet wurde.

## Lackmustest Verbrechens- und Korruptionsbekämpfung

Dass Andrés Manuel López Obrador nach wie vor sein guter Wille nicht abgesprochen wird, zeigt die Zustimmungsrate von ca. 80 Prozent. Wie lange dieser politische Honeymoon allerdings noch dauern wird, ist schwer zu sagen. Vor allem sein Versprechen, die Korruption nicht nur zu bekämpfen, sondern abzuschaffen, würde eine grundlegende Reform des Justizwesens voraussetzen, von der im Augenblick noch nicht viel zu spüren ist. Dass auch das kein leichtes Unterfangen ist, beweist die Tatsache, dass die Anzahl von Gewaltverbrechen mit tödlichem Ausgang im Vergleich zum Vorjahr sogar leicht angestiegen ist (über 8000 Morde im 1. Quartal).

Allerdings zeigt sich die Regierung AMLOs um eine schonungslose Aufklärung der vergangenen Gräueltaten bemüht. Ob das allerdings zur Verurteilung und Bestrafung der eigentlichen Drahtzieher hinter diesen Gewaltverbrechen in Wirtschaft und Politik führen wird, ist mehr als ungewiss.

Auf alle Fälle wäre eine Vorverurteilung ad personam, wie sie derzeit die Zapatisten betreiben, ebenso ungerechtfertigt wie eine sorglose Jubelpropaganda, die bei vielen AktivistInnen von AMLOs MORENA-Partei um sich gegriffen hat. Denn letztendlich geht es, wie fast immer in Mexiko, um eine Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen politischen Kulturen, in denen der Präsident nur die Spitze eines der vielen Eisberge bildet. ■

# JUSTIZ TRIFFT WAHLENTSCHEIDUNG

Am 16. Juni werden in Guatemala Präsident oder Präsidentin und das Parlament neu gewählt. Zu Beginn des Wahlkampfes Mitte März lagen mit Sandra Torres, Thelma Aldana und Zury Ríos drei Frauen in den Umfragen voran, doch Mitte Mai verwehrt ein Spruch des Verfassungsgerichts den beiden letzteren die Teilnahme. Haben die RichterInnen des Landes anstelle der WählerInnen darüber entschieden, wer Guatemala ab dem 14. Jänner 2020 regieren wird?

**Z**ury Ríos, die Tochter von Ríos Montt, wurde von den Wahlen durch das Verfassungsgericht (CC) im März ausgeschlossen, weil laut Verfassung nahe Angehörige ehemaliger Staatshäupter nicht kandidieren dürfen; Mitte Mai wurde diese Entscheidung bestätigt. Zu den Wahlen im Jahr 2015 war Zury noch zugelassen worden.

**Sandra Torres** versucht es nun zum vierten Mal. 2015 durfte sie nicht teilnehmen, weil ihr Mann, Álvaro Colom, noch Präsident war. Sie ließ sich scheiden, um das Verbot zu umgehen, kam damit aber nicht durch; 2015

kam sie in die Stichwahl – und verlor. Sie kontrolliert die UNE, von der jeden Tag deutlicher wird, dass ihr ursprünglich vager sozialdemokratischer Ansatz nicht mehr existiert. Die UNE hatte schon immer dunkle Verbindungen zu legalem und illegalem Kapital, Drogenbörse eingeschlossen, aber in der aktuellen Kampagne lässt sie auch den letzten demokratischen Ballast hinter sich; sie agiert mit der Mehrheit ihrer Abgeordneten als Teil des Paktes der Korrupten aus UnternehmerInnen, PolitikerInnen und StaatsdienerInnen und lebt seit langem von Korruption und illegaler Finanzierung.

Es gibt nach wie vor arme Landbevölkerung, die auf sie setzt, weil sie sich an die Lebensmittelpakete der UNE erinnert und Sandra baut darauf auf; es handelt sich aber um einen reinen Köder. Die Partei setzt längst auf Militärs, Drogenkartelle, korrupte Politiker und die Kontrolle der Justiz. Sie hat Frieden mit dem Unterneh-

merverband CACIF geschlossen, auch wenn sie nicht seine große Liebe ist, was sie aber davor bewahrt hat, von den Wahlen ausgeschlossen zu werden. Die Staatsanwaltschaft unter Consuelo Porras hat zwar gerade – auf Druck der CICIG, der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala – ein Strafverfahren wegen illegaler Finanzierung gegen sie eingeleitet (Wahlen 2015), hat das aber 24 Stunden nach ihrer Einschreibung als Kandidatin getan. Wie die CICIG Anfang April öffentlich machte, war der Antrag auf Haftbefehl gegen Sandra Torres bereits



Foto: Oliver de Ros

Thelma Aldanas Kandidatur wurde erfolgreich verhindert

seit 117 Tagen fertig, bevor er dem Richter vorgelegt wurde. Die Generalstaatsanwältin hatte nicht Francisco Sandoval, den Chef der Abteilung, die eng mit der CICIG zusammenarbeitet, mit dem Fall betraut, sondern einen willfähigen Ankläger, der den Antrag zurückhielt. Damit besaß Torres wie alle KandidatInnen Immunität und war aus dem Schneider – und Consuelo Porras hat einmal mehr als Komplizin des Paktes agiert.

Im März hatte die ehemalige Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes und angesehene Anti-Korruptionsstaatsanwältin

⇒ von Seite 21: GUATEMALA

**Thelma Aldana** ihre Kandidatur erklärt. Der „Pakt der Korrupten“ wollte jedoch eine Anti-Korruptions-Kämpferin um jeden Preis verhindern. Aldana als Präsidentin wäre ein Albtraum für die Eliten, weswegen verschiedene Strafanzeigen gegen sie konstruiert wurden, unter anderem wegen einer angeblich betrügerischen Anstellung des heutigen Dekans der Rechtsfakultät der USAC in der Staatsanwaltschaft ... Es dauerte etwas länger, bis sie einen Richter fanden, der Haftbefehl erließ, und zwar 24 Stunden vor der Eintragung ins Wahlregister. Aldana wurde trotzdem eingeschrieben, da dem Register der Haftbefehl noch nicht bekannt war.

Am 1.4. lehnte dann das Oberste Wahltribunal (TSE) Thelma Aldanas Präsidentschaftskandidatur ab. Dass ein korrupter Richter am Tag vor ihrer Einschreibung einen absurden Haftbefehl auf Grundlage „gestrickter“ Tatsachen gegen sie erlassen hatte, reichte der Mehrheit des TSE aus, ihre Einschreibung zu widerrufen. Nur eine Richterin des TSE stellte sich dagegen, Shenny Mijangos. In ihrem Gegenvotum schrieb sie klar und deutlich: „Es existiert eine wahrhaftige Verschwörung gegen die Teilnahme Thelma Aldanas an den Wahlen“. Sie belegt alles im Detail und benennt die Hexenjagd gegen Aldana und die Bewegung *Semilla*, die sie nominierte. Die Elite weiß einen Großteil der Justiz auf ihrer Seite und reizt das schamlos aus.

Die Bewegung *Semilla* ist eine gerade erst entstandene Partei eher demokratischer Kräfte, die auf die ehemalige Generalstaatsanwältin und die Säuberung des politischen Systems setzen. Aldana war sicher schon immer Teil des Systems, erkannte aber 2015 die Zeichen der Zeit und schlug sich auf die Seite der CICIG. Die Eliten hassen sie und sie sollte auf keinen Fall in die Stichwahl. Unterdessen sitzt sie in El Salvador und muss bei einer Rückkehr (wie schon ihre Vorgängerin Claudia Paz) mit ihrer Festnahme rechnen.

Noch bis Mitte Mai hätten die Kandidaturen von Sandra Torres und anderer ungeeigneter Kandidaten gestoppt oder die von Thelma Aldana zugelassen werden können. Das Verfassungsgericht (CC) hatte mehrere dieser Verfahren in der Hand, stand aber unter enormem Druck. Auch die Akte von Aldana wurde willkürlich zurückgehalten. Das Oberste Gericht (CSJ) schickte sie erst drei Wochen später

an das Verfassungsgericht; dessen Entscheidung gegen Aldanas Zulassung fiel schließlich am 17. Mai. Der in den Umfragen bis dahin an vierter Stelle gelegene Alejandro Giammattei könnte vom Ausschluss von Thelma Aldana und Zury Ríos profitieren und es bei seinem vierten Antritt hinter Sandra Torres in die Stichwahl schaffen.

### Skandalöser Tiefpunkt

Mitte April platzte eine Bombe, die all das oben Beschriebene noch übertrifft: Am 17. April wurde bekannt, dass Mario Estrada, Präsidentschaftskandidat der UCN, in den USA wegen Drogenhandel, Waffentransport und Verschwörung festgenommen wurde; die Anleitung dazu schien einem billigen Drehbuch zu entstammen. Er und der Finanzchef seiner Partei, Gonzalez Mayorga, wollten zwölf Millionen Dollar vom größten Kartell Mexikos (Sinaloa, früher Chapo Guzmán) für den Wahlkampf; im Gegenzug garantierten sie dem Kartell freien Zugang zu den Grenzen, Flughäfen und Häfen und außerdem Personal in den wichtigsten Stellen des Innenministeriums; dazu wollte Estrada noch Morde an zwei seiner Kontrahenten. Das hört sich alles unglaublich an, beschreibt aber nur die traurige Realität eines verkauften Landes.

Die wirklich komische Seite dieser Satire kommt aber erst zur Geltung, wenn wir uns vorstellen, wer die Vertreter des Sinaloa-Kartells waren, mit denen Estrada verhandelte: Es waren verdeckte Agenten der DEA (Drogenpolizei der USA), die Estrada dann auch noch baten, doch zur endgültigen Abstimmung der Pläne bitte in die USA zu kommen. Er war so vertrauensvoll, in die USA zu reisen – und da ist er heute noch, in Untersuchungshaft. Diesmal war das TSE sehr schnell. Es erkannte ihm innerhalb von sieben Tagen seine Kandidatur ab, nur auf Grundlage der Zeitungsberichte.

Kurz nach der Festnahme erklärte Thelma Aldana von El Salvador aus, dass sie eine der beiden KandidatInnen sei, die Estrada umbringen wollte, und dass sie es für einen Skandal hielt, dass ihre Nachfolgerin als Generalstaatsanwältin, Consuelo Porras, absolut nichts zu ihrem Schutz unternommen habe. Auch sie sprach, wie Jenny Mijangos, von einer breiten Konspiration gegen ihre Kandidatur und dass sie nicht nach Guatemala könne, wenn ihre Sicherheit und Freiheit nicht garantiert würden.

Die Linke hat es auch diesmal nicht geschafft, sich auf eine gemeinsame Kandidatur zu einigen. Sowohl die URNG (Pablo Ceto, Blanca Estela Colop), die *Convergencia* (Benito Morales, Claudia Valente) und WINAQ (Manuel Villacorta, Liliana Hernández) haben eigene Kandidaten für das Amt von PräsidentIn bzw. VizepräsidentIn aufgestellt. Dazu kommt die vom Komitee für bäuerliche Entwicklung (CODECA) gegründete Bewegung für die Befreiung der Völker (MLP) mit Thelma Cabrera und Neftaly López als KandidatInnen. Seit Gründung dieser neuen linken Basispartei wurden bereits drei ihrer Mitglieder ermordet (wie im Jahr 2018 auch schon sechs ihrer maßgeblichen Gründungsmitglieder).■

Miguel Mörth (deutscher Anwalt in Guatemala; Auszüge aus seinen Ende März bzw. April erstellten Monatsberichten 44 und 45); Aktualisierung und letzter Absatz: Hermann Klosius

## GUATEMALA NACH DEN WAHLEN

Perspektiven für das krisengeschüttelte Land

26. Juni, 19:00 Uhr, LAI-Europasaal, Türkenstraße 25, 1090 Wien

Podiumsgespräch und Buchpräsentation mit **Christina Buczko**, **Carlos Morán** und **Ralf Leonhard** (Moderation)

Guatemala ist als größtes zentralamerikanisches Land, in dem die Hälfte der EinwohnerInnen Indigene sind, immer noch geprägt durch die Folgen des 36 Jahre währenden Bürgerkriegs und ein Korruptionsnetzwerk, das alle Institutionen des Staates durchdringt.

Welche Kräfte wollen das Land weiterhin in den Händen der Oligarchen und Drogenpolitiker belassen und welche widersetzen sich diesem Plan? Gibt es Chancen, aus einem „failed state“ demokratische Strukturen zu generieren und den alles durchdringenden Rassismus gegen die Maya-Bevölkerung zu überwinden? Die Wahlen am 16. Juni lassen bereits erste Analysen über die Weichenstellungen und Perspektiven für Guatemala zu, bevor es dann am 11. August in die Stichwahl zur Präsidentschaft geht.

Veranstalter: LAI, Guatemala Solidarität Österreich und Motz Maya

## BRÜCHIGER FRIEDE UND SOZIALER KAMPF

Präsident Iván Duque ist noch kein Jahr im Amt, taumelt aber von einer Krise in die nächste. Das von seinem Vorgänger unterzeichnete Friedensabkommen mit der FARC-Guerilla ist noch immer nicht vom Kongress abgesegnet, aber Verstöße dagegen häufen sich.

Von Ralf Leonhard

Am 22. April wurde der ehemalige Guerillero Dimar Torres in seiner Heimatgemeinde Catatumbo, Departement Norte de Santander, von einem Korporal der Armee erschossen. Gemeindeglieder fanden den Leichnam, als Soldaten ein Grab aushoben, in dem sie den Toten, dem man die Genitalien abgeschnitten hatte, offenbar verschwinden lassen wollten. Trotz dieses Vertuschungsversuchs und der ungewöhnlichen Verstümmelung sprach Verteidigungsminister General Guillermo Botero von einem „Unfall“ und ersparte verwunderten Journalisten nicht die Bemerkung: „Irgendetwas wird er schon angestellt haben“. Ganz anders General Diego Villegas, der Kommandant der verantwortlichen Einheit, der vor dem versammelten Dorf um Verzeihung bat und lückenlose Aufklärung versprach: „Es wurde nicht irgendein Zivilist getötet, sondern ein Mitglied dieser Dorfgemeinschaft, und die Täter waren Soldaten der Streitkräfte“.

Iván Cepeda, Senator des linken *Polo Democrático*, sprach nach einem Lokalaußenschein von einer „außergerichtlichen Hinrichtung, einem Versuch des Verschwindenlassens und einem Verbrechen gegen das Friedensabkommen“. Mit Dimar Torres sind seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens 130 ehemalige FARC-Mitglieder, die die Waffen niedergelegt hatten, ermordet worden. Das Ende 2016 von Präsident Juan Manuel Santos und der FARC-Guerilla unterzeichnete Abkommen, das fünf Jahrzehnte bewaffneten Konflikts beendete, wird von der neuen Regierung unter Iván Duque in weiten Teilen in Frage gestellt und bekämpft.

So hat Duque sechs Einsprüche gegen die Sondergerichtsbarkeit (JEP) in den Kongress geschickt. Die JEP sieht für Mitglieder aller Konfliktparteien Strafminde- rung vor, wenn sie ihre Verbrechen gestehen. Für Duque und seinen Mentor, den

rechtsextremen Ex-Präsidenten Álvaro Uribe, ist es aber unerträglich, dass Soldaten und Offiziere mit dem gleichen Maß gemessen werden wie „Terroristen“, die sich gegen den Staat erhoben haben, obwohl mehr Verstöße gegen die Menschenrechte auf Seiten der staatlichen Akteure dokumentiert sind. Besonders umstritten ist der Punkt, der die Auslieferung von Geständigen an Drittstaaten untersagt. Für Duque und seinen Generalstaatsanwalt Néstor Humberto Martínez schützt dieser Artikel Drogenhändler. Auch die USA machen Druck.

Nach achtwöchigen Debatten wurden die Einsprüche im Repräsentantenhaus abgelehnt. Als sich auch im Senat, der über jedes Gesetz befinden muss, eine Mehrheit gegen die Regierungsfraktion abzeichnete, begannen die Regierungsleute, unbequemen Senatoren ihre Mandate abzuerkennen. Mit Argumenten, die für viele Kommentatoren an den Haaren herbeigezogen waren, gelang ihnen, den prominenten Oppositionellen Antanas Mockus aus dem Senat zu werfen. Auf ähnliche Weise war das Abgeordnetenmandat von Ángela María Robledo, einer Parteifreundin von Oppositionsführer Gustavo Petro, annulliert worden. Trotzdem fanden Uribes Leute nicht die notwendige Mehrheit, worauf die Sache an den Verfassungsgerichtshof zur Entscheidung weitergereicht wurde. Bevor sich das Höchstgericht noch mit der Frage befassen konnte, wurde bekannt, dass dessen Richter illegal abgehört wurden. Ob eine kriminelle Bande dahinter steckte oder politische Kreise, war Gegenstand von Untersuchungen. Für Gerichtspräsidentin Gloria Ortiz ging es jedenfalls darum, Details aus dem Privatleben der Richter auszuspionieren und zur Erpressung zu verwenden.

Der Streit im Kongress und eine hitzige Debatte über eine Steuerreform drängten im April eine Anzahl von sozialen Konflikten in den Hintergrund, die das Land wochenlang lahmgelegt hatten. Am 11. März hatten die Indigenen im Cauca, im Südwesten des Landes, begonnen die



Blockade der Panamericana durch den CRIC

Panamericana und andere Hauptverkehrswege zu besetzen, um alte Landforderungen durchzusetzen. Federführend war der *Consejo Regional Indígena* (Indigener Regionalrat des Cauca, CRIC). Die Indigenen riefen eine *minga* aus. *Minga* heißt eigentlich Gemeinschaftsarbeit, ist aber mittlerweile in Kolumbien zum Synonym für gemeinsamen Protest geworden. Cali, die drittgrößte Stadt des Landes, war wochenlang praktisch vom Rest des Landes abgeschnitten. Es ging um ein Ende der Mordwelle gegen indigene und andere politische Aktivisten, die Umsetzung des Friedensvertrags und die Erfüllung von mehr als 1000 nicht erfüllten Abkommen und Verpflichtungen des Staates. Statt zu verhandeln, schickte Präsident Duque die Repressionskräfte, neun junge *Guardias Indígenas* starben bei einer Explosion, deren Ursache noch ungeklärt ist. Nicht nur afrokolumbianische Organisationen, *Campesinos* und Landarbeiter schlossen sich dem Streik an, sondern auch Studierende in mehreren Städten. Wochenlang wurden die Universitäten bestreikt. Es folgte ein Ausstand der Lehrgewerkschaft.

Als Präsident Duque schließlich in ein Treffen einwilligte, wurden angebliche Attentatspläne aufgedeckt, die sein Erscheinen verhinderten. Aber immerhin sagte die Regierung Investitionen von umgerechnet 230 Millionen Euro für die Region zu und gab Sicherheitsgarantien für bedrohte AktivistInnen ab. Wie viel diese Zusagen wert sind, muss sich erst zeigen. Es wäre nicht das erste Mal, dass die kolumbianische Regierung ihre Versprechen gebrochen hat. Am 3. Mai wurde jedenfalls, breiten Protesten zum Trotz, ihr „Nationaler Entwicklungsplan“ verabschiedet. ■

## RECHTSRUCK UNTER PRÄSIDENT MORENO?

Zahlreiche politische Beobachter sprechen zwar von einem „Rechtsruck“ in Ecuador seit der Amtsübernahme von Lenín Moreno, doch bereits die Regierung von Rafael Correa hatte Sparmaßnahmen durchgeführt und Konzessionen für die ergiebigsten Erdölvorkommen des Landes an transnationale Konzerne erteilt. Moreno hat dieses Modell lediglich vertieft, in anderen Bereichen jedoch einen progressiveren politischen Kurs eingeschlagen. Die jüngsten Kommunalwahlen haben dem Correísmo eine empfindliche Niederlage zugefügt. Gleichzeitig haben sie ein Gleichgewicht zwischen der Rechten, dem Morenismo und den sozialen und indigenen Bewegungen aufgezeigt. Im Widerstand gegen die neue (Un)Ordnung lassen sich mögliche Keimzellen für das Heranwachsen einer alternativen Ordnung ausmachen.

Pablo Ospina Peralta

Vor zwei Jahren hat Lenín Moreno Rafael Correa, einen der Vorzeigerespräsentanten der südamerikanischen Linken, als Ecuadors Präsident abgelöst. Seit einiger Zeit jedoch sprechen zahlreiche politische Beobachter von einem „Rechtsruck“ in der ecuadorianischen Politik seit der Amtsübernahme durch Moreno. Das geht so weit, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) am 29. März 2019 mitteilte, er habe mit der ecuadorianischen Regierung eine Vereinbarung im Rahmen der erweiterten Fondsfazilität abgeschlossen: Als Gegenleistung für eine Kreditlinie über etwas mehr als zehn Milliarden Dollar verpflichtet sich darin die Regierung zu raschen und drakonischen Maßnahmen, um das Haushaltsdefizit innerhalb von zwei Jahren zu senken. Bewahrheitet sich somit die Rede vom „Rechtsruck“, wie ihn die Anhänger von Rafael Correa innerhalb und außerhalb Ecuadors behaupten?

Wenn auch die ecuadorianische Wirtschaftspolitik durchaus als „rechts“ bezeichnet werden kann, so ist es doch fraglich, ob wir mit Moreno überhaupt einen Kurswechsel erlebt haben. Nach den heterodoxen Anwendungen in den ersten Jahren des Correísmo hat die Regierung von *Alianza País* diese mit der Zeit nachhaltig und grundlegend aufgegeben. Man kann darüber diskutieren, wann genau diese Abkehr eingesetzt hat. Unbestritten bleibt, dass sie sich ab dem Jahr 2014 verstärkt hat, als der Zyklus steigender Rohstoffpreise und im Besonderen des Erdöls endete. Die Wirtschaftspolitik Morenos weist mehr Kontinuität als Brüche mit jener der vorherigen Regierung auf. Rafael Correa hatte bereits Sparmaßnahmen

durchgeführt, die dem orthodoxesten aller Abkommen mit dem IWF Ehre machten: Die Ausgaben im Staatshaushalt sanken von 44,3 Milliarden Dollar im Jahr 2014 auf 37,6 Milliarden im Jahr 2016 (unter Lenín Moreno stiegen sie 2017 wieder auf 38 Milliarden). Die Inlands- und Auslandsverschuldung des Staates, die ihm 2012 2,8% des BIP kostete, forderte 2016 schon 8,1% und 2017 9% des BIP.

Die dringende Notwendigkeit, um jeden Preis Finanzierungsquellen zu erschließen, hatte bereits Rafael Correa dazu gebracht, die Goldreserven mit *Goldman Sachs* zu verhandeln, Entschädigungen an *Texaco* zu zahlen, Konzessionen für die reichsten ecuadorianischen Erdölvorkommen an transnationale Konzerne wie *Schlumberger* zu vergeben, in die Pensions- und Krankenkassen der Arbeiter zu greifen, ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen sowie Rohöl an China und Thailand für Kredite zu verpfänden.

Das hieß, jegliche antiimperialistische Geste der Vergangenheit dem Vergessen anheim zu geben. Lenín Moreno hat denselben Weg weiter beschritten, sowohl was die Erhöhung der Schuldenlast betrifft als auch die ökumenische Versöhnung mit den Hütern der neoliberalen Orthodoxie. Um genauer zu sein, Expräsident Rafael Correa selbst war es, der im Jahr 2014 den IWF wieder ins Land holte, mit der deklarierten Absicht, ein Abkommen vorzubereiten (auch wenn er es hinauszuzögern versuchte), um die Kreditlinien zu erhalten, zu denen sein Nachfolger Zugang erhielt. Das Zurückstecken ist weit davon entfernt, eine Erfindung von Moreno zu sein.

Einige spezifische Regierungsmaßnahmen des Morenismo sind in der Tat eher ein Linksruck: So wurde akzeptiert, dass die Schulden der Regierung bei der Krankenkasse der Sozialversicherungsanstalt beglichen werden müssen, die vom Correísmo nicht anerkannt wurden; auch wurde die jährliche Beitragszahlung zum Pensionsfonds in Höhe von mehr als einer Milliarde Dollar wieder ins Budget aufgenommen, die sein Vorgänger abgeschafft hatte – eine der unrühmlichsten Entscheidungen Correas. Andere Maßnahmen stellen einen klaren Rechtsruck dar, wie gewisse Auftritte auf dem internationalen Parkett, die schmerzlich unterwürdig ausfielen. Auf der linken Seite zählen einige seiner neuen Initiativen für das Bildungswesen, sowohl im Grundschulbereich als auch bei den Höheren Schulen, sowie die Haltung der Regierung beim Thema der reproduktiven und sexuellen Gesundheit. Auf der rechten Seite wiederum seine Ankündigung der Privatisierung von rentablen öffentlichen Unternehmen, während die verlustreichen (wie die Fluggesellschaft *Tame*) in Händen des Staates verbleiben sollen. Wie Alberto Acosta<sup>1</sup> und John Cajas Guijarro<sup>2</sup> brillant zusammengefasst haben<sup>3</sup>, gleicht der Gang der Regierung dem Schwanken eines Betrunkenen von einer Seite zur anderen.

Die Neuigkeiten liegen momentan ganz woanders, weit weg von der Charakterisierung der Regierungspolitik. Das Wahlpanorama, das sich aus den Lokalwahlen vom Sonntag, dem 24. März 2019, ergeben hat, ist vielleicht der beste Ausdruck dieser neuen Situation, die der Morenismo verkörpert und die ihn vom Correísmo unterscheidet. Überall macht sich Fragmentierung und Zersplitterung breit, ausgelöst durch die Implosion von *Alianza País*, der dominanten Partei des letzten Jahrzehnts. Einerseits ist der Einfluss lokaler Bewegungen stark angestiegen (sie haben diesmal 42 Bürgermeistersessel erobert, im Vergleich zu 26 vor fünf Jahren), während der Morenismo bessere Resultate erzielt hat als erwartet (45 Bürgermeister von *Alianza País* zusammen mit Verbündeten); dies erklärt sich weniger durch die Attraktivität einer von Tag zu Tag unpopulärer Regierung als vielmehr durch das Kalkül vieler lokaler Caudillos und Führer, die sich von dort Unterstützung er-





Simón Bolívar lebt in Ecuador offenbar nicht nur in der Erinnerung und ist sogar politisch aktiv

hoffen, wie sie in einem Land mit äußerst geringer Autonomie bei der Finanzierung von Lokalregierungen auch dringend notwendig ist.

Der Correísmo hat eine deutliche Wahlniederlage erlitten (er konnte keinen einzigen Bürgermeisterstuhl ergattern, obwohl sich 46 KandidatInnen in 13 Provinzen der Wahl stellten; 30 von ihnen haben weniger als 10% der gültigen Stimmen in ihrem Wahlbezirk erzielt). Einzige Ausnahmen stellten ein unerwarteter Wahlsieg in Quito dar sowie eine stabile Wählerschaft in den Provinzen Guayas und Manabí, so dass der Correísmo, wenn er auch isoliert bleibt, doch erwartungsvoll in die Zukunft blickt, weil er auf eine treue Wählerschaft zählen kann, die zwar zahlenmäßig abnimmt, aber weiterhin „en plancha“, das heißt ganze Listen in Bausch und Bogen wählt.

Die politische Rechte wächst zwar signifikant, bleibt aber gespalten in zwei Optionen, die sich unversöhnlich gegenüberstehen und auch von den Lokalwahlen nicht dazu bewegt wurden, die Kontroverse über ihre zukünftigen Möglichkeiten beizulegen. Eine von ihnen, die Christlich-Soziale Partei (*Partido Social Cristiano*) konnte ihre regionale Präsenz an der Küste konsolidieren und ist von 11 Bürgermeisterposten auf 35 gewachsen, von denen die meisten in der Provinz Guayas konzentriert sind, darunter auch Guayaquil, wo sie ihre alte Vorherrschaft bestätigen konnte. Die andere, der Wahlapparat des Ban-

kiers Guillermo Lasso aus Guayaquil, hat zwar in den großen Städten verloren, hat aber von 18 auf 32 Bürgermeisterposten zugelegt, die sich gleichmäßig über das gesamte Staatsgebiet verteilen (18 an der Küste und 12 in der Sierra). *Pachakutik*, die der indigenen Bewegung verbundene Partei, konnte ihren Einfluss auf wichtige Provinzen der ecuadorianischen Anden ausdehnen (sie hat die Provinzpräfekturen von Azuay und Tungurahua errungen, wo sie noch nie gewonnen hatte); zwar konnte sie mehrere ihrer traditionellen Bastionen halten, jedoch ist die Anzahl ihrer Bürgermeisterposten von 26 auf 16 gesunken, dafür hat sie in zwei Provinzhauptstädten gewonnen.

Es gibt also keine großen Gewinner: Die Kräfte gleichen sich aus, WechselwählerInnen nehmen zu und die Stimmen zerstreuen sich. Ein weiteres Zeichen der nie dagewesenen Fragmentierung ist es, dass viele Bürgermeister oder Präfekten mit weniger als 20% der Stimmen gewonnen haben (wie z.B. der Bürgermeister von Sangolquí, einer Satellitenstadt von Quito, mit 14% der Stimmen).

Die Fragmentierung und Zersplitterung erreichen auch die Zentralregierung, die nicht über ausreichende Machtmittel verfügt, um ihre ökonomische und soziale Agenda durchzusetzen und jegliche Opposition im Keim zu ersticken, wie es der Correísmo tat. Nichts illustriert dies vielleicht besser als der Sieg der (gleichzeitig mit den Kommunalwahlen stattfindenden)

lokalen Volksbefragung über den Bergbau in der Gemeinde Girón, in der Nähe von Cuenca, in der südlichen Sierra, wo die Gegnerschaft zum Bergbauprojekt von Kimsacocha mit 87% der Stimmen gewann. Schon die Möglichkeit einer lokalen Volksbefragung zu diesem Thema war während der Jahre des Correísmo vollständig blockiert. Weder das Justizsystem noch die für das Wahlsystem zuständigen Stellen haben sie zugelassen. Die Regierung von Lenín Moreno, wie ihr Vorgänger darauf bedacht, den Metallbergbau im großen Stil voranzutreiben, wollte sie ebenfalls nicht, war aber nicht imstande sie zu verhindern.

Genau dies ist im Moment die wichtigste Neuigkeit: Gegen die jetzige Regierung

kommen die sozialen Bewegungen leichter an. Ihre Politik ist weder besser noch schlechter; einige Maßnahmen sind besser, andere schlechter. Das zentrale Thema ist, dass sie ihre politische Zerbrechlichkeit verletzlicher und daher Zugeständnissen zugänglicher macht. Im Widerstand gegen die neu entstehende (Un)Ordnung lassen sich mögliche Keimzellen für das Heranwachsen einer alternativen Ordnung ausmachen.

P.S.: Ein solches Erfolgserlebnis brachte am 26. April eine Gerichtsentscheidung für die indigenen *Waorani*, die Ölbohrungen in ihren Territorien (eine 180.000 Hektar große Fläche in der Provinz Pastaza) untersagte. ■

Dieser Beitrag ist am 10. April auf der Seite <http://nuso.org> erschienen und wurde von Erna Pfeiffer aus dem Spanischen übersetzt.

<sup>1</sup> *Ecuadorianischer Wirtschaftswissenschaftler, Politiker und Intellektueller. Auf Deutsch von ihm erhältlich: Buen Vivir: Vom Recht auf ein gutes Leben. oekomverlag, München 2015*

<sup>2</sup> *Ecuadorianischer Ökonom an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universidad Central del Ecuador, derzeit Doktorand in Entwicklungsökonomie bei FLACSO Ecuador*

<sup>3</sup> *Vgl. ihren Artikel „Improvisaciones, deuda y concesiones“, in: La Línea de Fuego, 6. Februar 2019, <https://lalineadefuego.info/2019/02/06/improvisaciones-deuda-y-concesiones-por-alberto-acosta-john-cajas-guijarro/>*



## SCHATTEN DER VERGANGENHEIT

Das politische Uruguay ist im Wahljahr in Bewegung geraten. Die erste auch für die Öffentlichkeit sichtbare Veränderung geschah am 12. März: Präsident Tabaré Vázquez setzte den Armeekommandanten General Manini Ríos ab. Er hatte sich in der Öffentlichkeit kritisch über die Justiz geäußert und damit seine Kompetenzen klar überschritten. Seitdem kokettiert er mit einer Kandidatur bei den Präsidentenwahlen im Oktober. Sein Nachfolger, General José González, übernahm das Amt sechs Tage später, doch sein Wirken sollte nur 15 Tage andauern. In nur drei Wochen wurden insgesamt sieben Generäle, der Verteidigungsminister Jorge Menéndez und ein Staatssekretär entlassen. Was war geschehen?

Von Roberto Kalmar

Im September 2017 hatte Verteidigungsminister Menéndez entschieden, Ehrengerichte (*Tribunales de Honor*) wieder einzusetzen, deren Aufgabe die Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen sein sollte. Es ging um die Fälle von Jorge „Pajarito“ Silveira, Luis Alfredo Maurente y José Nino Gavazzo, die schon wegen mancher Verbrechen verurteilt worden waren. Bei den aktuellen Befragungen berichtete Gavazzo freimütig davon, im März 1973 die Leiche des *Tupamaro* Roberto Gomensoro in den Río Negro gekippt zu haben, Silveira hatte später die Tochter des Dichters Juan Gelmán verschwinden lassen. Am 1. Februar 2019 lehnte das Berufungsgericht die Einsprüche der Angeklagten ab, die Verwendung von Uniform und Dienstgrad wurde ihnen weiterhin verwehrt. Aber sonst geschah nichts.

starb am 11. April an Bauchspeicheldrüsenkrebs).

Dann kam es zur Kritik des Armeekommandanten, zu seiner Absetzung und zur Ernennung von General González als Nachfolger. Dieser wiederum war ja Mitglied des Ehrengerichts gewesen, und als der Journalist Leonardo Haberkorn, der schon ein Buch über Nino Gavazzo geschrieben hatte, weitere Details des Falles veröffentlichte, kam es zu den weiteren Entlassungen. Zu allem Überflus wurde zu diesem Zeitpunkt auch bekannt, dass der ehemalige Oberst Juan Carlos Gómez mehr als drei Jahre unschuldig im Gefängnis hatte verbringen müssen. Dies war auch seinen Kameraden durchaus bekannt, die ja wussten, wer für welche Taten verantwortlich war, aber offensichtlich keinen Anstoß daran nahmen, dass ein Unschuldiger für andere büßen musste.

Am 8. April übernahm General Claudio Feola als Armeekommandant und nutzte das erste Fettnäpfchen, das sich bot: Als die Familien der Verschwundenen eine Verurteilung des Staatsterrorismus während der Militärdiktatur verlangten, bedauerte er, sich nicht für Ereignisse der Vergangenheit entschuldigen zu können, da er nicht wisse, ob es sie gegeben habe. Binnen Stunden war er erzwungen sich zu entschuldigen.

Zwei Tatsachen sind an diesen Ereignissen bemerkenswert: Als ich vor etwas mehr als zwei Jahren eine Arbeit über die Zeit nach der Militärdiktatur verfasste, haben nahezu alle Gesprächspartner den mangelnden Willen zur Aufarbeitung mit der Angst vor dem Militär erklärt – dieses habe ja noch immer die Waffen. Nun scheint die politische Führung sich sicher genug zu fühlen, um

gegen die Spitze der Streitkräfte vorzugehen. An zweiter Stelle muss erwähnt werden, dass die Opposition keine Kritik an den vom Präsidenten getroffenen Maßnahmen geäußert hat, sondern nur seine Untätigkeit in den Wochen davor bemängelt hat.

Ein Thema, das im Oktober 2019 in Südamerika im Vordergrund stehen wird, wirft offenbar seine Schatten voraus: In drei Ländern werden Wahlen stattfinden, Bolivien wählt am 20., Uruguay und Argentinien am 27. Oktober. Über Bolivien nur so viel: Evo Morales will zum 4. Mal Präsident werden, was weder der Verfassung noch dem Ergebnis einer Volksabstimmung im Februar 2018 entspricht. In den Umfragen führt er vor Carlos Mesa (Präsident zwischen 2003 und 2005).

In Uruguay gibt es weiterhin keine Wiederwahl: Seit die *Frente Amplio* 2015 an die Macht gekommen ist, waren Tabaré Vázquez, José Mujica und wieder Tabaré Präsidenten. Im Juni werden alle Parteien ihre Kandidaten bei „elecciones primarias“ bestimmen, und so wie es derzeit aussieht, wird Daniel Martínez, der kürzlich zurückgetretene Bürgermeister von Montevideo, das Rennen machen. Aktuelle Umfragen sagen ihm ein mehr oder weniger knappes Rennen mit dem Kandidaten des *Partido Blanco* voraus. Das könnte (wieder) Luis Lacalle Pou werden. Bei den *Blancos* ist allerdings vor kurzer Zeit ein Überraschungskandidat aufgetaucht, der in Umfragen immer stärker wird: Juan Sartori. Das ist ein 38jähriger, im Ausland aktiver Geschäftsmann, der in der Schweiz studiert hat und mit der Tochter eines russischen Oligarchen verheiratet ist, der wiederum Besitzer des AS Monaco FC ist. Sartori ist „shareholder“ beim Sunderland AFC.

Und da wären noch die *Colorados*, die mittlerweile unbedeutend sind und keine bessere Idee haben, als den zweimaligen Präsidenten Julio María Sanguinetti aufzustellen, der mittlerweile 83 Jahre alt ist. Nicht gerade ein Zeichen für die Jugend.

Der Vollständigkeit halber seien noch die Wahlen in Argentinien erwähnt. In dem wieder einmal in einer existentiellen wirtschaftlichen Krise steckenden Land dürfte es auf ein Duell zwischen Macri und dem Anwalt Alberto Fernández hinauslaufen, als dessen Vize die frühere Präsidentin Cristina Fernández kandidiert. ■



Präsident Vázquez legte sich mit den Militärs an

Die entsprechenden Protokolle wurden dem Verteidigungsminister übergeben, dieser besprach sie auch in der Folge mit dem Präsidenten. Der verlangte ihre Digitalisierung, aber es geschah weiterhin nichts. Am 6. März musste Minister Menéndez einen Krankenstand antreten (er

## TROTZ CANNABISLEGALISIERUNG: KEINE RAUCHSCHWADEN ÜBER URUGUAY

Im Dezember 2013 machte das Parlament in Montevideo den Weg zu einer Legalisierung von Produktion und Vertrieb von Cannabis/Marihuana frei. Uruguay war damit (nach einer Reihe von Bundesstaaten verschiedener Länder) der erste Nationalstaat, der in diesem Punkt offen gegen die UN-Drogenkonvention verstieß. Der Chef des in Wien ansässigen UN-Suchtstoffkontrollrats INCB, Raymond Yans, bezeichnete das kleine südamerikanische Land daraufhin als „Piratenstaat“. Fünf Jahre später spürte Robert Lessmann dort süßlichen Rauchschwaden nach und interviewte mit Julio Calzada einen der Architekten der neuen Politik, seinerzeit Präsident des Nationalen Drogenrats.

Von Robert Lessmann

Es ist gar nicht einfach, eine der Apotheken zu finden, die wöchentlich bis zu zehn Gramm Cannabis an registrierte KundInnen abgeben dürfen. Diese werden dazu unter anderem mit einem Fingerabdruck registriert. Sie müs-

ebenfalls staatlich lizenzierte Firmen dürfen (auf dem Gelände eines Hochsicherheitsgefängnisses) zur Versorgung der Apotheken bis zu vier Tonnen pro Jahr produzieren. Die tatsächliche Produktion liegt derzeit bei rund einer Tonne.



Ende 2013 wurde die Cannabis-Legalisierung beschlossen

sen mindestens 18 Jahre alt sein und die uruguayische Staatsbürgerschaft oder eine permanente Aufenthaltsgenehmigung besitzen. Ein Joint kostet dann umgerechnet etwas mehr als einen Euro. In einer Apotheke auf der Avenida 18 de Julio, der wichtigsten Einkaufsstraße im Zentrum der Stadt, finden wir eine erste Spur: „No vendemos Cannabis“ (wir verkaufen kein Cannabis), wimmelt das Schild in der Auslage Kaufwillige ab. In der Tat scheint die Aufregung um das Gesetz No. 19.172 vom Dezember 2013 in keiner Relation zu den Fakten zu stehen. Im ganzen Land gibt es bisher nur 16 als Verkaufsstellen lizenzierte Apotheken, und in 8 der 19 Departements des Landes gar keine. Daneben können KonsumentInnen einem registrierten Cannabis-Club beitreten oder bis zu sechs Pflanzen zuhause anbauen. Zwei

von Rechnungen“ und dergleichen. „Das wollten wir abstellen“, sagt Julio Calzada, den wir in einem Café im Herzen von Montevideo treffen: „Ziel war es, den illegalen Markt durch einen regulierten, einen mit staatlich kontrollierter Produktion und festgesetzten Preisen zu ersetzen. Oberziel war der Schutz der Gesundheit und die Austrocknung des illegalen Drogenhandels. Wir wollten den kriminellen Banden die Geschäftsgrundlage entziehen.“ Erlaubt, aber selten: Joint-Genuss vor dem Kongress

Gelungen sei das nur zum Teil, sagt Calzada: „Wichtig ist festzuhalten: Es gab keinen Anstieg des Konsums oder der Probleme im Zusammenhang damit, also etwa gesundheitlicher Art. Aber ein illegaler Markt besteht weiterhin. Er wird aus dem Ausland versorgt und oft mit qualitativ minderwertiger Ware. Und paradoxerweise hat die Gewalt um diesen geschrumpften Markt erst einmal zugenommen. Niemand weiß, wie groß er wirklich ist. Vielleicht konnten wir ihn um 50 Prozent verringern – aber es gibt ihn noch.“

Was den legalen Markt betrifft, so wird die Cannabis-Politik in Uruguay genauestens überwacht. Ein *Instituto de Regulación y Control de Cannabis* (IRCCA) veröffentlicht dazu detaillierte Vierteljahresberichte. Seit der Einführung der Legalisierung seien dem illegalen Markt 22 Milliarden US Dollar entzogen worden, schätzt das IRCCA. Und diese liegt de facto erst anderthalb Jahre zurück. So lange hat es von der Verabschiedung des Gesetzes gedauert, bis das System funktionierte. Und noch immer wird für die bestehende Nachfrage zu wenig produziert, läuft die Bewilligung von Lizenzen für Cannabis-Clubs und Apotheken schleppend und mit bürokratischen Hindernissen. „Eine Implementierung mit angezogener Handbremse“, klagt Calzada und sieht als Ursache nicht die internationale Kritik und Skepsis. Der Politikwandel war ein Projekt des vorherigen Präsidenten Pepe Mujica, das der seit März 2015 amtierende Nachfolger Tabaré Vázquez nicht mit dem gleichen Nachdruck verfolgte. Kritiker sehen



## DROGENPOLITIK: ERFOLGE ODER ERNÜCHTERUNG?

Kommentar von Robert Lessmann

hier moralische Gründe und insbesondere den Einfluss seiner streng katholischen Frau am Werk. Sie glauben aber nicht daran, dass die neue Politik nach den Wahlen vom Herbst 2019 wieder gänzlich gekippt werden könnte. Auch wenn es sein könne, dass die Zeit der absoluten Mehrheiten der linken *Frente Amplio* zu Ende geht.

### Gestiegene Akzeptanz

Die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber der neuen Politik ist gestiegen, seit klar geworden ist, dass die Implementierung keine Probleme mit sich bringt; anfänglich war eine Mehrheit in Umfragen dagegen. Ihre Architekten hatten mit bis zu 150.000 potenziellen Konsumenten gerechnet. Bis zum 30.11.2018 waren es 41.376, etwas mehr als ein Prozent der Bevölkerung; davon sind 31.565 als Bezieher über Apotheken registriert, 6.980 Eigenanbauer und 2.831 Mitglieder von insgesamt 110 Cannabis-Clubs. Die Konsumenten sind überwiegend junge Männer. Von den Apothekeneinkäufern sind 49,1 Prozent zwischen 18 und 29 Jahre alt, 33,6 Prozent zwischen 30 und 44 und 17 Prozent älter als 45. 70,1 Prozent sind männlich. Als wir nach längerem Suchen schließlich im Hafenviertel von Montevideo eine Apotheke finden, die Cannabis verkauft, finden wir dort eine völlig unaufgeregte Atmosphäre vor. In der Warteschlange vor der Tür stehen Männer und Frauen aller Schichten im Alter von schätzungsweise 20 bis 60. Und nachdem im Juni 2018 mit Kanada das erste G-7-Land den Weg für eine Legalisierung frei machte, hat auch der internationale Druck auf Uruguay weiter nachgelassen.

Trotzdem gibt es noch immer öffentliche Debatten darüber. Ein häufiges Argument lautet, man solle sich lieber um die eigentlichen sozialen Probleme kümmern als um diese Randerscheinung. Calzada schmunzelt, als das Gespräch auf diesen Punkt kommt: „Seit 2015 bin ich ja nicht mehr Generalsekretär des Nationalen Drogenrats. Heute bin ich Sozialdezernent von Montevideo und kümmere mich genau um diese Dinge. Und ich darf Ihnen sagen: Würden wir die neue Politik entschlossener umsetzen, dann hätten wir mehr Geld in der Kassa, genau das zu tun.“ ■

Das Gespräch mit Julio Calzada fand am 30.10.2018 im Café Tribunales an der Plaza Cagancha im Herzen von Montevideo statt.

Im März ist in Wien die 62. *UN Commission on Narcotic Drugs* ohne besondere Vorkommnisse zu Ende gegangen. Der ehemalige Kokabauer und bolivianische Staatspräsident Evo Morales, einst Hoffnungsträger, las ein uninspiriertes Statement ohne Neuigkeiten vom Blatt ab. Der russische Außenminister Sergei Lawrow stand für den regressiven Part: strikte Einhaltung der UN Drogenkonventionen. Keine Experimente!

Eine Woche vorher hatte das INCB, die UN-Organisation, die über die Einhaltung dieser Konventionen wacht, in ihrem Jahresbericht vor einer Aufweichung der Cannabis-Prohibition gewarnt. Eine wachsende Zahl von Mitgliedsstaaten macht Politik am äußersten Rand oder jenseits ihrer Bestimmungen. Im Oktober hatte mit Kanada das erste G7-Land den Cannabis-Konsum freigegeben und Mexiko mit seinen 125 Millionen Einwohnern steht kurz davor.

Die wohl interessanteste Veranstaltung war gleich am ersten Tag ein „side event“ zur „Zukunft der Alternativen Entwicklung“, das sind Programme, um Lebensalternativen zu offerieren für Bauern, die sogenannte Drogenpflanzen anbauen. Organisiert von Deutschland, Österreich, der EU, dem UNODC und moderiert von der deutschen GIZ warb ein hochkarätig besetztes Podium wortreich für diesen Ansatz und stellte Erfolgsgeschichten vor: die

Drogenbeauftragte der deutschen Bundesregierung, die ständige Vertreterin Österreichs, Funktionäre des UNODC und der EU, je ein Minister aus Kolumbien und Peru, ein Marschall aus Thailand.

Nun hatte ich die Ehre, zur Jahrtausendwende selbst eine umfangreiche Broschüre (für die damals noch GTZ) zum Thema zu verfassen: „Drogen und Entwicklung in Lateinamerika“. Etwa die Hälfte der alljährlichen Commissions habe ich selbst besucht oder verfolgt, seit Ende der 1980er, Anfang der 90er Jahre, als ich meine Dissertation über den Kampf gegen den Drogenhandel begann. Seitdem höre ich dort diese Berichte über erfolgreiche Projekte, schlüssige Strategien, „geteilte Verantwortung“, „entschlossenes Engagement“ und „ausgewogene Ansätze“ (*balanced approach*). Die alljährlichen Welt-Drogenberichte des UNODC berichten indessen von einem stetigen Anstieg des Konsums, der 2015 weltweit 450.000 direkte Todesopfer gefordert hat; 76 Prozent davon durch Opiode wie Heroin. Die globale Kokainproduktion hat mit 1.410 Tonnen ein Allzeithoch erreicht und die Opiumproduktion ist nach Jahren stetiger Zuwächse nur durch eine Trockenheit in Afghanistan eingebremst. Statt sich weiter an der eigenen Großartigkeit zu berauschen, um sich an gescheiterte Politiken zu klammern, wäre es dringend angezeigt, neue Wege auszuprobieren. ■



Foto: Robert Lessmann

## EXTREMADURA, LAND DER EROBERER

Am Karfreitag 1519 legte der spanische Edelmann Hernán Cortés mit 15 Schiffen und 400 Mann an der mexikanischen Ostküste an und gründete die Stadt Veracruz. Damit begann die Eroberung des amerikanischen Festlandes für die spanische Krone. Ein mehr als zweijähriger Feldzug gipfelte in der Unterwerfung des Aztekenreiches. Eine damals heroische Tat, die aus mexikanischer Sicht mit einem Völkermord einherging. Heldentat oder Verbrechen? Die Kontroverse über die politische Einordnung der *Conquista* dauert bis heute an. Aber woher kam Cortés und was trieb ihn an? Wie viele der namhaftesten Eroberer wurde er in der Extremadura geboren, der heute noch ärmsten Region Spaniens, aus der damals Tausende Abenteurer, Glücksritter oder schlicht Leute ohne Perspektive aufbrachen, um in der Neuen Welt ein neues Leben zu beginnen.

Von Ralf Leonhard (Text und Fotos)



Cortés-Statue in Cáceres: Andenken an den Eroberer nicht nur in Medellín

Die Stadt Medellín ist von der Größe her und mit ihrer beschaulichen Atmosphäre ein Dorf. Anders als in der gleichnamigen Schwesterstadt, die mit 2,5 Millionen Einwohnern die zweitgrößte Metropole Kolumbiens ist, leben hier nicht einmal 3000 Menschen. Auf dem Hauptplatz erinnert eine Bronzestatue an den berühmtesten Sohn der Ortschaft, der um das Jahr 1485 hier das grelle Licht der Welt erblickte. Hernán Cortés steht in Helm und Rüstung auf einem hohen Sockel, den linken Arm um eine Fahne gelegt, den linken Fuß auf den Trümmern eines aztekischen Götterbildes. Auf seitlich montierten Tafeln wird an die vier großen Schlachten erinnert, mit denen er das Aztekenreich unterwarf: Méjico, Otumba, Tlaxcala und Tabasco.

Vom Wohnhaus der Familie Cortés ist nichts erhalten. Ein Gedenkstein zeigt an, in welchem Zimmer der berühmte Eroberer vermutlich geboren wurde, wo das Vieh und der Futterspeicher untergebracht waren.

Medellín, gegründet im ersten vorchristlichen Jahrhundert vom römischen Konsul Quintus Caecilius Metellus Pius, blickt auf eine mehr als 2000jährige Geschichte zurück. Das römische Theater dient heute wieder Freiluftaufführungen, in der daneben gelegenen Kirche San Ignacio ist ein Museum für die Ausgrabungen eingerichtet. Auf einer Anhöhe darüber steht die von den Mauren errichtete Burg, Schauplatz mittelalterlicher Familienfehden. Der Stadtkern von Medellín bietet wenig Sehenswertes. Im Laufe der

Jahrhunderte hat er so viel Gewalt gesehen, dass die Bausubstanz sichtbar gelitten hat. Am meisten im Spanischen Bürgerkrieg, als die republikanische Luftwaffe im März 1938 die in der Stadt verschanzten Truppen von General Franco zehn Stunden lang bombardierte. Mehr als 100 Jahre davor, nämlich im Jahr 1809, unterlag die spanische Armee vor den Toren der Stadt den napoleonischen Truppen unter Marschall Claude-Victor Perrin in einer der blutigsten Schlachten der spanischen Geschichte. 14.000 Soldaten sollen binnen weniger Stunden niedergemetzelt worden sein. Noch 150 Jahre später stieß man auf deren notdürftig verscharrte Überreste.

Darunter 403 in der Kirche versteckte junge spanische Rekruten, die als Spione füsiliert wurden, weil es für sie keine Uniformen mehr gab. Davon berichtet mit spürbarem Entsetzen der badische Rheinbundoffizier Karl Franz von Holzing, der in einem hessischen Regiment auf der Seite Napoleons kämpfen musste. Er beschreibt in seinen Erinnerungen die Kriegsgräuere in sehr anschaulichem, teils makabrem Detailreichtum. Von den 458 Häusern blieben nur 170 stehen, auch Klöster wurden von der französischen Soldateska verwüstet, der Viehbestand drastisch dezimiert.

Die Mauern der maurischen Festung, die sich über dem römischen Amphitheater erhebt, erlauben einen freien Blick über das ehemalige Schlachtfeld, wo sich das aus spanischer Sicht vernichtende Massaker abgespielt hat. Daneben Medellín, wo sich auf den Türmen und Giebeln die Störche eingerichtet haben. Ganz ähnlich mag es auch vor 500 Jahren ausgesehen haben, denn die Kleinstadt zählt heute kaum mehr Einwohner als damals.

Um das Jahr 1500 lag die Landwirtschaft der Extremadura nach einer langen Dürreperiode darnieder. Dazu kam noch der Krieg um die Nachfolge auf dem Thron von Kastilien, unter dem vor allem die drei Städte Trujillo, Medellín und Mérida litten. Felder wurden niedergebrannt, die Männer waren auf dem Schlachtfeld statt auf dem Acker beschäftigt.

Extremadura, im Westen Spaniens entlang der portugiesischen Grenze gelegen, ist heute noch die ärmste Region des Lan-



des. Mit 42.000 km<sup>2</sup> etwa halb so groß wie Österreich, zählt sie gerade eine Million Einwohner. Man stelle sich eine karge, großteils flache Landschaft vor, wo man Kilometer lang keinem Menschen und keinem Anzeichen menschlichen Lebens begegnen kann. Neben Steppenlandschaften erstrecken sich die sogenannten *Dehesas*, ausgedehnte Stein- und Korkeichenwälder, wo das schwarze iberische Schwein, das sich von Eicheln ernährt, ausreichend Nahrung findet.

Die Latifundienwirtschaft, wo wenige reiche Großgrundbesitzer einer großen Zahl armer Kleinbauern gegenüberstehen, erinnert an Lateinamerika. Vor nicht einmal 50 Jahren, knapp vor dem Tod des Langzeit-Diktators Franco, wurde mit der *Universidad de Extremadura* die erste Hochschule der Region gegründet. Allerdings ist die Wirtschaft der Region bis heute nicht in der Lage, die akademisch gebildete Elite angemessen zu beschäftigen, wie José Luis Bernal, der Dekan der geisteswissenschaftlichen Fakultät auf dem Campus der Stadt Cáceres, beklagt: „Extremadura ist die Region mit der höchsten Arbeitslosigkeit und dem geringsten Prokopfeinkommen. Die Talente ziehen weg. Um konkret zu sein: Die Kinder der Mitglieder des Universitätsrates hier sind fast alle weg. Extremadura kann die eigenen Akademiker nicht unterbringen“.

Extremadura habe immer schon mit dem Problem der Auswanderung gekämpft. *Extremeños* finde man überall in der Welt. Insofern hat sich in den vergangenen fünf Jahrhunderten nicht viel verändert. Der emeritierte Literaturwissenschaftler Ignacio Úzquiza in Cáceres zählt die Faktoren auf, die damals die Einwohner der Extremadura in die Ferne trieben: „Entvölkerung, Armut und die Notwendigkeit, die eigene Zukunft in die Hand zu nehmen. Für viele auch die Aussicht auf Reichtum. Denn viele waren *Hidalgos*, also niedrige Adelige ohne Vermögen. Und die arabische Herrschaft hat die Region fast entvölkert zurückgelassen“.

Die Familie Cortés war nicht untypisch, wie Tomás García, der Chronist von Medellín, weiß: „Sie waren *Hidalgos*. Der Großvater war Ritter vom goldenen Sporn, der für seine Verdienste bei der Schlacht von Granada mit Ländereien belohnt wurde. Damit war er zwar ein reicher Mann. Aber er hatte elf Söhne, da blieb für jeden Enkel nicht viel übrig“. Cortés besaß eine Mühle am Río

Ortiga und einen Landsitz in der Mercha-na bei Don Benito. Von mütterlicher Seite gab es noch eine sehr fruchtbare Finca in Verbena la Serena. Er war also jemand, der keine wirtschaftliche Not litt, aber auch nicht übermäßig reich war.

Magdalena Núñez, die Bibliothekarin der mittelalterlichen Stadt Trujillo, 75 Straßenkilometer nördlich von Medellín gelegen, weiß noch andere Gründe, warum ausgerechnet die Extremadura bei der Eroberung Amerikas eine überproportionale Rolle spielte. In Trujillo steht vor der Kathedrale ein Reiterstandbild des Eroberers von Peru, Francisco Pizarro. Der Haudagen, der weder lesen noch schreiben konnte, war ein älterer Cousin von Hernán Cortés und hatte in zahlreichen Kriegen in Europa gefochten, bevor er zu seiner Expedition aufbrach. Granada, die letzte Bastion der maurischen Herrschaft, war 1492 gefallen. Núñez: „Seither hatten die Soldaten nichts zu tun. Hier gab es jede Menge Offiziere und Soldaten, die neue Aufgaben suchten. Und in Amerika wartete ein weites Betätigungsfeld auf diese arbeitslosen Krieger“.



Tomás García, der Chronist von Medellín auf dem Alcázar der Stadt

Auf Hernán Cortés trifft das nicht zu. Er hatte keine militärische Ausbildung und war für die Begriffe seiner Zeit eher ein Intellektueller, wie Tomás García, der Chronist von Medellín, mit hörbarer Sympathie für den großen Sohn seiner Stadt schildert: „Er war gebildet, charismatisch und ein Autodidakt. Er war zwar mit seinem Onkel in der Universitätsstadt Salamanca, hat aber die Uni nie

betreten. Vielmehr machte er ein Praktikum bei einem Notar und arbeitete als Schreiber. Er war auch kokett und hat sich das Haar hell gefärbt“. Anders als sein Cousin Pizarro, der in Italien gekämpft hatte, hatte er keine Kriegserfahrung. Aber man weiß, dass er Caesars Buch über den Gallischen Krieg gelesen und die Lehren daraus in Amerika angewandt hat.

Für seine letztlich erfolgreiche Eroberung, die Unterwerfung des Reichs der Mexica, meist Azteken genannt, wurde Cortés von Kaiser Karl V. mit Ländereien in der Neuen Welt und dem Titel eines Markgrafen, *Marqués del Valle de Oaxaca*, belohnt. Auch durfte er weitere Expeditionen, etwa nach Kalifornien, unternehmen. Die angestrebte Position des Vizekönigs von Neuspanien blieb ihm aber verwehrt. Dafür hatte er zu wenig blaues Blut.

In den folgenden Jahrzehnten machten sich Tausende Spanier auf den Weg in die Neue Welt. Dieser Weg führte über Sevilla, die Hauptstadt der Region Andalusien, von wo anfangs auch die Karavellen nach Amerika lossegelten. In Sevil-

la befand sich auch die *Casa de Contratación*, jene von den Katholischen Königen eingerichtete Stelle, bei der nicht nur alle Schiffe und Waren, die über den Atlantik gingen, registriert werden mussten. Auch jede und jeder, der in die Neue Welt reisen wollte, hatte dort um eine Erlaubnis anzuschauen. Das war ein langwieriger und kostspieliger Amtsweg, auf dessen Erledigung man wochenlang warten musste.



⇒ von Seite 31: EXTREMADURA,  
LAND DER EROBERER

Rocío Sánchez Rubio vom historischen Institut an der *Universidad de Extremadura* erklärt sich mit der räumlichen Nähe von Sevilla, warum besonders viele Andalusier und Extremeños sich auf den Weg machten. Allein bis 1630 waren es 15.400, das sind 16 Prozent aller Ausreisenden. Gemessen an der geringen Bevölkerungszahl ein überproportionaler Anteil. Die Städte und Dörfer, aus denen die meisten Extremeños um eine Erlaubnis ansuchten, lagen entlang der Silberstraße, einer wichtigen Nord-Süd-Verbindung, die direkt zum Hafen von Sevilla führte.

Die Entscheidung zur Emigration bedurfte keiner Begründung. Einige waren aber von vornherein ausgeschlossen, nämlich Mauren und Juden oder jüngst zum Christentum Bekehrte. Später kamen dann noch Leute auf die Verbotsliste, die Probleme mit der Inquisition hatten, was sich auch auf die Kinder und Enkel erstreckte. Außerdem, so Sánchez: „Zigeuner und Ausländer“.

Gerade weil die moderne Entwicklung lange Zeit an der Extremadura vorbeigegangen ist, haben sich Naturschönheiten und historische Baudenkmäler erhalten, die längst von der Filmindustrie entdeckt wurden. Gute BeobachterInnen mögen in der Burg von Trujillo einen Schauplatz der Erfolgsserie *Game of Thrones* wiedererkennen. In der Ebene von Malpartida de Cáceres wurde die spektakuläre Schlacht der siebenten Staffel gedreht. Auch für andere Historienfilme griff man auf das mittelalterliche Setting der zahlreichen Burgen zurück.

Extremadura – Land der Konquistadoren. So bewerben Fremdenverkehrsunternehmen ihre Pakete für Pauschaltouristen. Das Erbe der Eroberer spielt also für die Identität der Region immer noch eine bedeutende Rolle. Nicht nur Hernán Cortés, der Eroberer Mexikos, und Francisco Pizarro, der das Inkareich in Peru unterwarf, kamen aus der Extremadura, sondern auch Vasco Núñez de Balboa aus Badajoz, der Entdecker des Pazifiks in Panama und Francisco de Orellana, der Entdecker des Amazonas, geboren in Trujillo. Ebenso Pedro de Valdivia, der Chile für die spanische Krone in Besitz nahm. „Erstmals unterwarfen Europäer einen hoch organisierten Staat außerhalb der ihnen bis dahin bekannten Welt“, schreibt der deutsche

Historiker Stefan Rinke in seinem jüngst erschienen Buch „*Conquistadoren und Azteken*“ über die Eroberung Mexikos. „Damit schufen sie die Basis“, so Rinke, „für die ersten weltumspannenden Kolonialreiche. Schon im 16. Jahrhundert sahen spanische Chronisten und Historiker ihr Land als legitimen Nachfolger des Römischen Reichs, das durch sie sogar noch übertroffen wurde“. Soweit das Zitat. In Spanien und speziell in der Extremadura wurden die Konquistadoren daher Jahrhunderte lang als Helden verehrt. Besonders unter der martialischen Diktatur von Francisco Franco wurde diese Heldenverehrung auf die Spitze getrieben. Nach dem Tod des Caudillos 1975 setzte langsam ein Umdenken ein. Die Helden wurden von ihren Pferden geholt, als die sozialdemokratische PSOE 1982 die Regierung in Madrid und 1983 auch in der Extremadura übernahm. Damit beginnt ein Diskurs, der die Notwendigkeit einfordert, den lateinamerikanischen Gesellschaften auf einer Ebene der Gleichheit und Brüderlichkeit zu begegnen.

Unbestritten ist, dass die gesamte Frühgeschichte der Eroberung eine Geschichte der Plünderung war. Die *Tainos* auf den karibischen Inseln wurden krank oder töteten sich selbst. Frühe Chroniken des Hieronymus-Ordens berichten davon, dass die Ureinwohner, um der Zwangsarbeit zu entgehen, massenweise den Freitod wählten. Es gab den Glauben, dass man durch den Tod in einem magischen Winkel der Insel landen würde, wo die Invasoren nicht hin kämen.

Auch in Mexiko war der Blutzoll enorm. Wer das Land kennt, weiß wie dort das Erbe der präkolumbischen Kulturen hochgehalten wird und allgegenwärtig ist. Deswegen kam es auch nicht überraschend, dass der neue Präsident Andrés Manuel López Obrador, ein Hoffnungsträger der Linken, das Jubiläum zum Anlass nahm, um vom spanischen König und Papst Franziskus eine Entschuldigung für die Gräueltaten der *Conquista* und der Zwangsmissionierung der indigenen Bevölkerung einzufordern. Die Abfuhr folgte auf dem Fuß – die dominante Sichtweise ist in Spanien nach wie vor eine ganz andere.

Tomás García, der Chronist von Medellín, der Heimatstadt von Hernán Cortés, hat diese Polemik satt. Er hat einen internationalen Kongress organisiert, bei dem Anfang April die spanische und die mexikanische Version diskutiert wurden: „Die jungen Leute kommen mit einem Schuldkomplex von den Universitäten und meinen, man müsse die Statuen entfernen und die Mexikaner um Verzeihung bitten. Die Intellektuellen haben aber inzwischen die Position des mexikanischen Nobelpreisträgers Octavio Paz übernommen. Dass man nämlich Hernán Cortés mit seinen Licht- und Schattenseiten sehen müsse. Weder ein Engel noch ein Teufel, sondern ein Kind seiner Zeit, das für Lateinamerika eine Zeitenwende gebracht hat“. Die



Blick auf die Burg von Trujillo

Leute, die am Kongress teilnahmen, sahen das mehrheitlich so. García: „Cortés war eine historische Figur und hat getan, was von ihm erwartet wurde. Niemand kommt auf die Idee, sich für Alexander den Großen oder Julius Caesar zu entschuldigen“.

Auch in der Regionalregierung der Extremadura gab es eine Polemik zwischen Sozialdemokraten und Konservativen, ob es opportun sei, der 500. Wiederkehr der Fahrt des Hernán Cortés zu gedenken. Die konservative Volkspartei PP der autonomen Region richtete ihren energischen Protest an die Zentralregierung wegen der „Entscheidung, Cortés aus der kulturellen Agenda des Jahres zu verbannen“. Der Sozialdemokrat Pedro Sánchez gehöre zu der Fraktion, die wegen der Eroberung mit Komplexen behaftet sei und „ein negatives Spanienbild in der Welt“ verbreite.

Die Debatte endete mit dem bequemen Verweis der Gegner einer solchen Feier, der vergangenes Jahr abgesetzte konservative Premier Mariano Rajoy habe kein Budget dafür vorgesehen. Auch so kann man sich dem Dilemma der historischen Bewertung der *Conquista* entziehen. ■

# TANZ UM DIE TOTE KUH

## Einblicke in die argentinische Energiepolitik

Die Regierung unter Mauricio Macri setzt weiter den Rotstift bei Subventionen für Strom, Gas und neuerdings auch den öffentlichen Verkehr an. Dabei hätte das Land, dank seiner Ressourcenvielfalt und technischen Möglichkeiten, die Chance zu einem Vorreiter in diversifizierter und nachhaltiger Energiepolitik in Lateinamerika zu werden.

Von Laurin Blecha

Alles scheint auf die „Tote Kuh“ hinaus zu laufen. Sie ist sozusagen die „goldene Gans“ der argentinischen Energiepolitik, die in den nächsten Jahrzehnten dem Fortschritt und dem Energiehunger geopfert werden soll. *Vaca Muerta* – auf Deutsch „Tote Kuh“ – ist eine Gesteinsformation, die sich über 35.000 km<sup>2</sup> und insgesamt vier Provinzen (La Pampa, Mendoza, Neuquén und Río Negro) im Westen Argentiniens erstreckt. Etwa 3000 m unter der Erdoberfläche sollen Schätzungen zufolge 60% des nicht konventionellen Erdöls und 40% des nicht konventionellen Erdgases Argentiniens lagern. Das *Ministerio de Producción y Trabajo* nennt es in seinem Produktionsfilm daher den „tesoro energético“, der Argentinien für die nächsten 150 Jahre mit Energie versorgen soll.<sup>1</sup>

Der US-amerikanische Paläontologe und Geologe Charles E. Weaver entdeckte die Gesteinsformation von *Vaca Muerta* bereits in den 1920er Jahren, jedoch existierten zu jener Zeit noch keine entsprechenden Technologien, um das tief im Gestein verborgene Gas und Erdöl zu fördern. Der wiederverstaatlichte argentinische Energiekonzern *Yacimientos Petrolíferos Fiscales* (YPF) verkündete dann aber am 11. November 2011 die Entdeckung einer „spektakulären“ Lagerstätte in Neuquén.<sup>2</sup> Seither wurden Konzessionen an bisher zwölf Unternehmen vergeben, u.a. an internationale Konzerne wie *Total* (Frankreich), *Shell* (Großbritannien), *Wintershall* (Deutschland), *Pluspetrol* (international), *Chevron* und *Exxon Mobil* (beide USA), sowie an die argentinischen Unternehmen *Pan American Energy*, *GyP*, *Tecpetrol*, *capex*, *Pampa energía* und eben auch YPF.



Vaca Muerta gilt als die weltweit zweitgrößte Lagerstätte von Schieferöl

Die Rahmenbedingungen zur Erschließung dieses „energetischen Nationalschatzes“ schuf die Regierung von Cristina Fernández de Kirchner. Nachdem YPF 2011 die Erdöl- und Gasvorkommen bestätigte, half die Regierung mit staatlichen Subventionen beim Ausbau der Erschließung und der Infrastruktur von Vaca Muerta. Denn der Energiehunger der ArgentinierInnen hatte sich in der letzten Dekade stetig vergrößert. Die wirtschaftlichen Boomjahre unter Nestor und Cristina Kirchner hatten nicht nur die Lebenssituation vieler ArgentinierInnen verbessert, sie hatten auch dafür gesorgt, dass sie mehr von ihrem Geld ausgeben konnten. Dies taten viele im Land selbst und der Massenkonsum erreichte viele Gesellschaftsschichten. Dank der staatlich gestützten und leistbaren Strompreise etwa kauften sich viele ArgentinierInnen Klimaanlage und Ventilatoren für die heißen Sommermonate. Die allgemein hohe Mobilität in Argentinien steigerte sich nochmals durch Billigflugangebote nationaler (z.B. *Aerolíneas Argentinas* und *Flybondi*) oder internationaler Fluglinien (z.B. *LATAM Airlines* und *Jetstar Airways*) sowie den Ausbau von Busverbindungen durch das ganze Land. Die staatlichen Stellen verabsäumten es aber, Bewusstsein für die ökologi-

schen Aspekte und die Konsequenzen eines noch immer auf fossilen Rohstoffen basierten Energiesektors langfristig mitzudenken und zu fördern.

### Erneuerbare unbedeutend

Denn generell erfolgt die Stromerzeugung in Argentinien immer noch auf sehr konventionellem Weg. Laut einer Studie des deutschen *Bundesverbandes Solarwirtschaft* aus dem Jahr 2015 werden mehr als 64% des Stroms aus fossilen Brennstoffen (Gas, Kohle und Erdöl) gewonnen, 31% aus Wasserkraft, 4% ist Atomstrom, 1% wird aus den Nachbarstaaten importiert und nur 0,5% aus Solar- und Windkraft erzeugt. Argentinien ist somit sehr abhängig von fossilen Brennstoffen und deren Förderung. Hinzu kommt, dass deren Verbrauch saisonal stark schwankt: Im Winter wird naturgemäß sehr viel Flüssiggas verbraucht (Heizen, Kochen) und im Sommer sehr viel Strom (Klimaanlagen, Kühlsysteme).

Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien hat vor allem durch Investitionen in die Windkraft in der letzten Dekade an Schwung gewonnen. Laut den Statistiken der *Compañía Administradora del Mercado Mayorista Eléctrico* (CAMMESA) lag der Anteil der Windenergie am Gesamt-

## ⇒ von Seite 33: ARGENTINIENS ENERGIEPOLITIK

volumen aller erneuerbaren Energiequellen (Biodiesel, Biomasse, Wind, Solar, Wasserkraft, Biogas) im Jahr 2018 bei 42%. Im Jahr 2011 lag dieser Wert noch bei 1%. Besonders an den Küsten Patagoniens entstanden zahlreiche Windparks, wie jener bei Rawson (Provinz Chubut), einer der größten ganz Lateinamerikas. Während Windkraft an Bedeutung gewinnt, nimmt die Energiegewinnung durch Wasserkraft stetig ab: 2011 betrug ihr Anteil an der erneuerbaren Energie noch 89%, 2018 nur mehr 42%, Tendenz weiter fallend.<sup>3</sup>

Bei der Solarenergie zeigt sich ein langsamer Ausbau, der v.a. durch die nach wie vor – auch global gesehen – hohen Anfangsinvestitionen zu erklären ist. Deshalb macht die Solarenergie auch derzeit nur etwa 3% vom Gesamtvolumen aller erneuerbaren Energien Argentiniens aus. Nichtsdestoweniger ist in den letzten Jahren v.a. im Nordwesten Argentiniens, in den Provinzen Salta, Jujuy, Santiago del Estero, La Rioja, San Juan, Tucumán und Catamarca, das Potenzial erkannt worden. In Jujuy ist derzeit der *Parque Solar Cauchari* in Bau, der bis zu 750 Megawatt an Energieleistung liefern soll. Finanziell und technologisch wird das Projekt vom chinesischen Unternehmen *China Shanghai Electric* verwaltet. Die Provinzen im Norden zeichnen sich auch durch ihren Energiemix aus. Viel wird noch durch Wasserkraft gedeckt, aber in Wind-, Solarenergie und auch Biomasse wird hier investiert. Die Vergärung von Biomasse (Pflanzenreste und Mist von Tieren), die in einem längeren Prozess verrotten bzw. vergären, wobei brennbares Gas, v.a. Methan, entsteht, ist ein wichtiger Baustein.

Dass es jedoch auf nationaler Ebene zu einer großen Initiative kommt, erneuerbare oder zumindest diversifizierte Energiequellen in Zukunft stärker zu nutzen, ist nicht in Sicht. Eher das Gegenteil passiert seit einiger Zeit, und anhand des Mega-Projektes *Vaca Muerta* sind auch sozial wie ökologisch weitreichende Folgen exemplarisch deutlich sichtbar. Da wäre etwa die ehemals verschlafene Provinzstadt Añelo (Provinz Neuquén), die sich in den letzten Jahren rasant zur wichtigsten Ortschaft von Vaca Muerta entwickelte. Heute leben hier ca. 8000 Einwohner und arbeiten hauptsächlich im Energiesektor und dessen angeschlossenen Wirtschaftszwei-

gen (Lebensmittelhandel, Baugewerbe, etc.). Aufgrund der starken Zuwanderung hat die Provinzregierung die Infrastruktur seit einigen Jahren stark verbessert: Krankenhäuser, Schulen und Straßen werden gebaut und bald soll eine Bahnlinie die Region mit der Küstenstadt Bahía Blanca verbinden. Ob dies nur eine auf Güter spezialisierte Strecke sein wird, bleibt abzuwarten. Die Dezentralisierung von hochtechnologischen Berufsgruppen in die „Provinz“ sorgt sicher auch für eine Entlastung der großen urbanen Ballungsräume wie Buenos Aires.

### Ökologisch und sozial bedenklich

Die ganze Sache hat jedoch v.a. einen ökologisch bedenklichen Beigeschmack: Das Gas und Erdöl werden nicht konventionell gewonnen, da sie in Ölschiefer eingeschlossen sind und daher durch umstrittene Fracking-Methoden gewonnen werden müssen. Dazu werden große Mengen an Wasser und Chemikalien in den Bohrschacht gepumpt, um das im Gestein eingeschlossene Gas und Öl freizusetzen. Die Chemikalien, wie etwa Benzol, stellen dabei eine erhebliche Gefahr für das Grundwasser dar und können den Boden auf Jahrzehnte verseuchen. Auch die Entsorgung des kontaminierten Wassers stellt ein oft ungelöstes Problem dar. In den USA, zweifelhafter „Vorreiter“ beim Einsatz von Fracking-Methoden, kam es schon zu zahlreichen Unfällen und Verstößen gegen Umweltauflagen.

Die Gewinne des Extraktivismus sind jedoch für PolitikerInnen, egal ob PeronistInnen, Konservative oder Liberale, zu verlockend, als dass sie darauf verzichten wollten, ohne Rücksicht auf die ökologischen oder sozialen Auswirkungen. Letztere treffen (wieder einmal) auch indigene Gemeinschaften, denn Vaca Muerta erweist sich als neo-kolonialistisches Projekt der nationalen Eliten und globalen finanzkapitalistischen Mechanismen. Sieht man sich die Videoclips der Ministerien an und lauscht den Reden der argentinischen PolitikerInnen, so scheint es, als ob sie nun Leben in die Wüste bringen würden, da das Gebiet von Vaca Muerta sehr arid und trocken ist. Nur: wie auch schon bei der so genannten Wüstenkampagne von Julio Argentino Roca in den Jahren 1878-1880, die die beinahe totale Auslöschung der Indigenen der Pampa und Patagoniens zur Folge hatte, ist auch in diesem Fall die Wüste nicht leer. Etwa zwanzig indigene

Gemeinschaften leben im weitläufigen Gebiet von Vaca Muerta und stehen im Konflikt mit den lokalen Behörden, v.a. bei der Frage der Landvergabe. Obwohl ihnen die Verfassung der Provinz Neuquén aus dem Jahr 2006 das Recht auf ethnisch und kulturell respektierte Existenz als „Ureinwohner“ der Provinz verspricht, ist davon in der Praxis nichts zu bemerken.

Hier tut sich auch ein oft übersehenes Paradox während der Regierung der Kirchner auf: Einerseits forcierte man die öffentliche Anerkennung und gesetzliche Besserstellung der indigenen Gemeinschaften Argentiniens. Andererseits wurde Land, das eigentlich indigene Gemeinschaften als kommunales Land benützten, dem Extraktivismus und dem damit verbundenen Entwicklungsmodell geopfert. Dieses Modell von Modernisierung–Entwicklung–Fortschritt eint dann auch schließlich so genannte progressive wie konservative und neoliberale PolitikerInnen in Argentinien.

In aktuellen Debatten spielen die ethnischen Minderheiten Argentiniens nur eine untergeordnete Rolle. Viele ArgentinierInnen müssen mit den enorm gestiegenen Lebenserhaltungskosten und der galoppierenden Inflation zurechtkommen. In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres haben sich die Preise beim öffentlichen Verkehr um bis zu 38% erhöht, bei den Preisen für Wasser um 48% und bei Gas und Elektrizität um geschätzte 55%. Die Lohnerhöhungen kommen da nicht mehr mit, vor allem bei Familien und Menschen mit niedrigem oder strukturell unregelmäßigem Einkommen.

Übrigens: woher der Name „Tote Kuh“ kommt, ist nicht geklärt. Manche meinen, von oben sähen die Umriss des Gebiets aus wie die eines Kuhskeletts. Andere sagen, in diesem Klima könne keine Kuh überleben. Wenn konventionelle Energiepolitik weltweit auch in den nächsten Dekaden anhalten sollte, werden wir global gesehen viele tote Lebewesen zu verantworten haben. ■

<sup>1</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=p6MRv3dNFt8&t=181s>.

<sup>2</sup> <https://www.lanacion.com.ar/1421209-ypf-descubrio-en-neuquen-uno-de-los-yacimientos-mas-grandes-del-mundo>.

<sup>3</sup> Siehe: <https://despachorenovables.com/ mesa.com/>

# ADIÓS, ENRIQUE!

Enrique Cisneros, der mexikanische Theatermacher und Kulturrevolutionär ist nicht mehr.

Nachruf von **Leo Gabriel**

**E**l llanero solitito, el llanero solitario ha muerto – Viva Enrique Cisneros!“ (Der einsame Steppenwolf, der solidarische, ist gestorben – es lebe Enrique Cisneros!). Diesen Ruf hörte man dieser Tage öfters bei Versammlungen der Lehrgewerkschaft, aber auch bei Sitzungen in Atenco, wo der monströse Flughafenbau am Lago de Texcoco erfolgreich verhindert werden konnte. Ja sogar im neugewählten Senat gab es eine Gedenkfeier, die nicht zuletzt das Ziel verfolgte, Spenden für ein Kulturzentrum zu sammeln, das unter dem Namen *Guarida del Llanero Solitito* in einem der Armenviertel der mexikanischen Hauptstadt errichtet werden soll.

Wie bei fast allen Menschen, die zu Lebzeiten im Bewusstsein ihrer MitstreiterInnen tiefe Spuren hinterlassen haben, gab auch der Herzinfarkt, der den 71-jährigen Enrique Cisneros Luján am 3. März 2019 auf seinem Heimweg aus dem Leben gerissen hat, den Anlass, eine ganze Epoche in Erinnerung zu rufen, mit der das Leben des auf seine Weise einzigartigen Theatermanns untrennbar verbunden war.

Wie bei vielen seiner Generation war die Studentenbewegung im denkwürdigen Jahr 1968 mit seinem Massaker an Tausenden DemonstrantInnen auf dem Platz der Drei Kulturen (*Tlatelolco*) der Auslöser für eine Radikalisierung seines Lebensweges. Noch ahnten die aus einer spanischen Einwandererfamilie stammenden Brüder Enrique und Luis Cisneros nicht, dass die Besetzung des Foro Isabelino, des im Zentrum der Hauptstadt gelegenen Theaters der mexikanischen Nationaluniversität UNAM, an der sie sich federführend beteiligten, ihr ganzes Leben bestimmen sollte.

Gemeinsam mit anderen Theaterleuten, MusikerInnen und Filmemachern gründeten sie 1972 ebendort das *Centro Libre de Experimentación Teatral y Artística* (CLETA), ein linksradikales Kulturzentrum, an dem auch der Schreiber dieser Zeilen im Namen der vom heute weltbekannten Schriftsteller Paco Ignacio Taibo



Foto: Leo Gabriel

gegründeten *Cooperativa del Cine Marginal* aktiv beteiligt war. Ziel der in CLETA zusammengeschlossenen Künstlergruppen war und ist es, die erfolgreichen Kämpfe der unabhängigen Gewerkschaften, Campesino- und Indígena-Organisationen in ganz Mexiko auf eine einfache, teilweise pamphletarisch wirkende Weise wiederzugeben, um an anderen Orten den Menschen an der Basis Mut zu machen weiterzukämpfen.

## Enriques Vermächtnis

Der eigentliche Durchbruch gelang Enrique aber erst Mitte der 1980er Jahre, als er nach der teilweise durch die Repression und teilweise durch interne Zwistigkeiten bedingten Auflösung seiner Straßentheatergruppe aus der Not eine Tugend machte und den *Llanero Solitito* kreierte. Mit dieser kabarettartigen Selbstinszenierung, die ihm eine gewisse „Narrenfreiheit“ verschaffte, war er überall dabei, wo es brannte: in Chiapas während des Zapatistenaufstands, im von der APPO-Volksbewegung besetzten und von der Polizei gestürmten Oaxaca, bei den Streiks der ElektrizitätsarbeiterInnen und der LehrerInnen, im Kampf gegen die Errichtung des Flugplatzes in Texcoco, etc.

Aber auch außerhalb von Mexiko wurde der Schüler von Augusto Boal und Enrique Buenaventura durch seine oft mit lokalen SchauspielerInnen innerhalb weniger Tage inszenierten Improvisationen bekannt. So ging er auch mehrmals in Österreich auf von der Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA) organisierte Tourneen, einmal um das so genannte „Lichtermeer“ gegen Rassismus und Xenophobie und dann wieder die Clean

Clothes-Kampagne zu unterstützen. Dass er auch bei den 40 Jahr-Feiern dieser Zeitschrift die Regie führte, ergab sich daraus als logische Folge.

Doch Enrique Cisneros war mehr als ein begnadeter Schauspieler. Wo immer er auftrat, mischte er sich politisch ein und trieb oft eigene Organisationsprozesse voran: die OPC (*Organización político-cultural*) CLETA versuchte mit ihren kaum bis gar nicht vorhandenen Mitteln den Mediengiganten *Televisa* und *Televisión Azteca* dadurch Paroli zu bieten, dass sie die soziale und politische Realität mitszenierte, anstelle sich – wie die meisten Theater- und Kunstproduktionen – in eine unterhaltsame Scheinwelt zu flüchten.

Ob es sich um Theaterproduktionen oder die Herausgabe der organisations-eigenen Monatszeitung *El Machete* handelte oder um die vom Verfasser dieser Zeilen gegründete *Agencia Periodística de Información Alternativa* (APIA), war die Finanzierung durch Subventionen nie ein ernsthaftes Thema: „Entweder wir bekommen Geld, oder wir machen es à la CLETA“, war eine der stehenden Redewendungen von Enrique Cisneros. Dass das auch in der Praxis funktionierte, war auf die aus der Studentenbewegung des Jahres 1968 gewachsene Erkenntnis zurückzuführen, dass die Bündelung politischer Energien tatsächlich Berge versetzen kann.

In diesem Sinne ist Enrique Cisneros mit seiner krausen Löwenmähne zum Symbol einer politischen Kulturrevolution geworden, die weit über die Grenzen seines Landes hinaus ausstrahlt. Mögen andere sich an seinem erfüllten Leben ein Beispiel nehmen! ■

## KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlichen Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL und anderen (jeweils angegebenen) Quellen; deutsche Ausgabe bei: Nachrichtenpool Lateinamerika, Köpenicker Str. 187/188, D-10997 Berlin  
Tel: +49-30/789 913 61, Internet: <http://www.npla.de>  
E-mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de); als Email-Abo kann POONAL bei obiger Adresse gegen Spende bestellt werden.

### MEXIKO

#### Massive Waldbrände verursachen Umweltnotstand

Eine Kombination aus Hitze, Trockenheit und Waldbränden hat Mitte Mai in Mexiko zu einer katastrophalen Luftverschmutzung geführt, unter der die Bewohner mehrerer Bundesstaaten des Landes zu leiden hatten. Davon war auch die Hauptstadt Mexiko betroffen. Für ganze sechs Tage waren die Schadstoffwerte in der Hauptstadt so hoch, dass die Behörden einen Umweltnotstand ausriefen. Die größte Verschmutzung ging von Feinstaubpartikeln aus, die durch Waldbrände in der Umgebung der Megalopolis verursacht wurden.

Viele Kommentatoren kritisierten die späte und zögerliche Kommunikation der Hauptstadtverwaltung unter der neuen Stadtpräsidentin Claudia Sheinbaum von der Linkspartei *Morena*. Der Umweltnotstand offenbarte auch fehlende Protokolle zum Umgang mit dieser atmosphärischen Situation, die keineswegs neu ist. Aber auch die Lokalregierungen der umliegenden Bundesstaaten des mexikanischen Hochplateaus reagierten einzig mit der Schließung von Schulen und der Empfehlung, anstrengende Aktivitäten im Freien zu unterlassen.

Greenpeace Mexiko und andere Organisationen forderten von der mexikanischen Zentralregierung die Aktivierung des Katastrophenplans D-III des Militärs zur Bekämpfung der Waldbrände, von denen die südlichen Bundesstaaten Oaxaca, Chiapas und Guerrero am meisten betroffen sind. In einer Woche brannten in Oaxaca 21.409 Hektar, der größte Teil davon im Chimalapas-Regenwald. Dieser ist, wie der Großteil Mesoamerikas, von einer anhaltenden Dürreperiode betroffen. David León Romero, Direktor der Zivilschutzbehörde, bestritt die Notwendigkeit

eines solchen Katastropheneinsatzes, da die Gesamtfläche der Waldbrände dieses Jahres (152.000 Hektar) diejenige des Vorjahres (210.000) bisher nicht übersteige. Dem gegenüber kritisieren Vertreter von indigenen Gemeinden, dass Freiwilligenbrigaden die

Waldbrände in ihren Territorien oft tagelang mit rudimentären Mitteln bekämpfen müssen, da die staatlichen Mittel für den Waldschutz von der neuen Regierung weiter gekürzt wurden.

Die atmosphärische Verschmutzung in und um die Hauptstadt hat sich durch starke Regenfälle inzwischen wieder entspannt. Doch die Diskussion über die Ursachen der gefährlich schlechten Luftqualität und die notwendigen Schritte zur Verhinderung einer nächsten Krise ist voll im Gang. Die Weltgesundheitsorganisation WHO gab bekannt, dass allein 2017 aufgrund der Luftverschmutzung 14.288 Menschen in 20 Städten Mexikos vorzeitig starben.

*Philipp Gerber, amerika21*

### HONDURAS

#### Weiter Todesdrohungen gegen AktivistInnen von Copinh

Die Menschenrechtsverteidigerin Rosalina Domínguez sowie weitere Mitglieder des Zivilgesellschaftlichen Rates der Volks- und Indigenen-Organisationen von Honduras (*Copinh*) aus der Gemeinde Río Blanco werden seit Anfang Mai mit dem Tod bedroht. Namentlich bekannte Mitglieder der Familie Madrid und zwei ortsbekannte Auftragsmörder schüchterten Domínguez und mindestens sechs weitere Personen mehrfach ein und drohten ihnen tagelang mit Macheten und Feuerwaffen.

Ende April 2019 begannen Bauern und Bäuerinnen aus der Gemeinde Río Blanco, darunter Domínguez und mehrere Jugendliche, Mais auf einem Landstück anzusäen, für das die Gemeinde einen Landtitel aus dem Jahr 1883 besitzt. Das Terrain wird jedoch auch von der später zugezogenen Familie Madrid beansprucht. Die Familie steht in engem Kontakt mit dem Unternehmen *Desarrollos Energeticos S.A.*

(*Desa*), das dieses Gelände für Arbeiten am Wasserkraftwerk *Agua Zarca* nutzen wollte. Trotz der Verwicklung der *Desa* in das Mordkomplott gegen Berta Cáceres im März 2016 sowie illegaler Genehmigungsverfahren wurde die Konzession für das Wasserkraftwerk bisher nicht zurückgezogen.

*Copinh* informierte den nationalen Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger und erstattete Anzeige wegen der Morddrohungen. Man bat die Polizei und Staatsanwaltschaft, Ermittlungen aufzunehmen und Haftbefehle auszustellen. Da seither nichts geschah und Rosalina Domínguez Mitte Mai erneut von einem Mitglied der Familie Madrid bedroht wurde, startete die Organisation eine internationale Eilaktion für die Sicherheit der AktivistInnen.

Bereits im Dezember 2018 und im März dieses Jahres waren ein 18-jähriges *Copinh*-Mitglied und der Sohn einer Leitungsperson der Gemeinde Río Blanco gewaltsam zu Tode gekommen. Ermittlungen stehen noch aus. *Copinh* vermutet in beiden Fällen einen Zusammenhang mit den lokalen Auftragsmördern, die nachweislich enge Verbindungen zur *Desa* haben.

*Andrea Lammers, amerika21*

### KOLUMBIEN

#### Gewalttätiger Angriff auf Umweltaktivistin Francia Márquez

Die Umweltaktivistin Francia Márquez ist zusammen mit anderen SprecherInnen von Afro-Organisationen am Abend des 4. Mai in Santander de Quilichao brutal angegriffen worden. Márquez und ihre KollegInnen blieben dabei unversehrt. Zwei Leibwächter des nationalen Sicherheitspersonals wurden allerdings verletzt und in ein nahe gelegenes Krankenhaus gebracht. Der Vorfall rief international Kritik an der Sicherheitslage für AktivistInnen in Kolumbien hervor.

Bereits seit dem 3. Mai waren die AktivistInnen versammelt, um ein Treffen mit der Regierung für den 8. Mai vorzubereiten. Am 4. Mai haben sie dann plötzlich mehrere bewaffnete Männer zuerst beleidigt und bedroht, dann auf sie geschossen und zwei Granaten geworfen. Alle AktivistInnen flüchteten umgehend und es kam zu Schusswechseln mit deren Leibwächtern. Die Art und Weise des Angriffs zeigt

laut Márquez, dass die Täter alle vor Ort umbringen wollten. Den Grund für die Attacke sieht sie im Engagement der AktivistInnen für die Verteidigung des Lebens, des Territoriums und der Umwelt begründet.

Präsident Iván Duque und das Innenministerium verurteilten den Angriff scharf. Duque äußerte umgehend die Vermutung, DissidentInnen der *Farc* könnten das Attentat verübt haben. Zum vereinbarten Treffen am 8. Mai erschien er nicht, sondern sandte lediglich seine Vizeministerin für Inneres. Márquez hingegen hielt sich mit Verdächtigungen zurück. Dies sei nun Aufgabe der ErmittlerInnen. Allerdings hob sie hervor, dass wenige Stunden vor dem Angriff der Kongress dem Bau des Megahafens Tribugá zugestimmt und die Regierung von Duque die umstrittene Fracking-Methode zugelassen hatte. Márquez hatte sich in Kampagnen gegen beide Projekte engagiert.

Die Generalbundesanwaltschaft kündigte gemeinsame Ermittlungen mit der Nationalpolizei an. International wurde das Attentat heftig kritisiert. Das Institut für Menschenrechte der Vereinten Nationen und die Wahrheitskommission Kolumbiens drängten darauf, die AktivistInnen umgehend besser zu schützen. Die Vereinten Nationen geben an, dass dieses Jahr bereits 29 führende SozialaktivistInnen getötet wurden.

Im vergangenen Jahr wurde Márquez mit dem renommierten Goldman Umweltpreis für ihr Engagement gegen illegalen Bergbau im kolumbianischen La Toma geehrt. Ihr Einsatz gilt aber auch dem Kampf gegen Sexismus, Rassismus und Korruption in La Toma. Trotz des Angriffs signalisiert Márquez, dass sie Cauca nicht verlassen und weiterhin für die Umwelt und das Recht auf ein Leben in Frieden kämpfen werde.

**Friederike Schwarz, amerika21**

## BRASILIEN

### Mehr gegen als für Bolsonaro

Bei einer Befragung durch *Atlas Político* bewerteten 36,2 Prozent der BrasilianerInnen die Regierung Bolsonaro Mitte Mai als schlecht oder sehr schlecht. Die Ablehnung der Bevölkerung übertraf bei dieser Befragung zum ersten Mal die Zustimmung zur Regierung des ultrarechten Präsidenten Jair Bolsonaro. Nur noch 28,6

Prozent bewerten die Regierung als gut oder sehr gut, 31 Prozent als mittelmäßig. Seit der letzten Befragung im April ist die Zustimmung um fünf Prozent gesunken.

Die Befragung gibt auch Auskunft über weitere Einstellungen der Befragten. So schlugen sich die Proteste gegen die Kürzungen im öffentlichen Bildungssektor, die der Präsident angekündigt hatte, nieder. Mit 51 Prozent sprach sich über die Hälfte der Befragten gegen diese Kürzungen aus, 45 Prozent hingegen unterstützen die Einfrierung des Haushalts. Hinzu kommt, dass die Generalstaatsanwaltschaft gegen Flávio Bolsonaro, den Sohn des Präsidenten, wegen Finanztransaktionen ermittelt. Die starke Präsenz des Falls in den Medien dürfte die öffentliche Meinung zusätzlich beeinflusst haben. Über die Hälfte der Befragten wollen Bolsonaro Junior im Gefängnis sehen.

Auch Brasiliens Indigene lehnen die Regierungspolitik ab. Vom 24. bis 26. April campierten rund 4.000 Indigene aus allen Regionen Brasiliens in Brasília, um gegen zunehmende Menschenrechtsverletzungen und den Verlust von Landrechten zu protestieren. Sie kritisierten auch die Erleichterung des Besitzes von Schusswaffen. Diese würden von GroßgrundbesitzerInnen immer wieder gegen Landlose, Indigene und KleinbäuerInnen eingesetzt.

**amerika21**

## ARGENTINIEN

### Historischer Freispruch für indigene Mapuche in Landkonflikt

Ein Gericht der südargentinischen Provinzhauptstadt Neuquén hat unlängst sechs wegen widerrechtlicher Aneignung und Hausfriedensbruch angeklagte Mapuche in allen Punkten freigesprochen. Für das Volk der Mapuche in Argentinien ist es ein historisches Urteil, weil es erstmals ihr internationales und verfassungsgemäßes Gebietsrecht berücksichtigt. Land der betroffenen Gemeinde Lof Campo Maripe sollte ursprünglich an das Fracking-Vorhaben *Vaca Muerta* angeschlossen werden.

Während der Verfahrenseröffnung Mitte April hatte der Sprecher der Mapuche-Konföderation von Neuquén, Jorge Newel, bereits auf die Absurdität des Vorwurfs der Aneignung hingewiesen. Die Gemeinde Campo Maripe werde angeklagt, obwohl die Beschuldigten auf dem Territorium geboren und dort aufgewach-

sen seien. Soziale Organisationen und Menschenrechtler der Region unterstützten die Gemeinde während des Verfahrens.

Hintergrund des Streits ist das Mega-Projekt *Vaca Muerta*, bei dem mit Hilfe der umstrittenen Fracking-Methode Öl- und Gasvorkommen gefördert werden sollen. Das Projekt ist nicht nur wegen der nicht absehbaren Umweltschäden umstritten, sondern auch aufgrund regelmäßiger tödlicher Arbeitsunfälle in den Förderstätten.

Der historische Ursprung des konkreten Landkonflikts reicht bis in die letzte argentinische Militärdiktatur (1976-1983) zurück, als die Unternehmerfamilie Vela Eigentumstitel für Land erworben und seitdem mehrfach versucht hatte, die Mapuche-Gemeinde vom Territorium zu entfernen. Das Gebiet der Gemeinde Lof Campo Maripe war 2014 in Absprachen zwischen dem staatlichen argentinischen Ölkonzern YPF und dem US-amerikanischen Energiekonzern Chevron für die Förderung von Öl und Gas vorgesehen. Nach Angaben der Mapuche-Konföderation hatten die Unternehmen allerdings lediglich die Zustimmung der Familie Vela eingeholt. Laut internationaler ILO-Konvention 169 zu indigenen Rechten, die auch Argentinien ratifiziert hat, ist ein solches Vorgehen ohne vorherige, informierte, einvernehmliche Konsultation der Gemeinde nicht zulässig. Auch in der argentinischen Verfassung ist das indigene Recht auf Territorium verankert.

In seiner Urteilsbegründung erklärte das Gericht, dass nicht nachgewiesen werden konnte, dass die Angeklagten mutwillig gehandelt hätten. Es sei ferner nicht abschließend festzustellen, wem das Land der Mapuche-Gemeinde nun zusteht. Damit berücksichtigte der Richter die internationalen und argentinischen Rechte der Indigenen, nicht ausschließlich die Eigentumsrechte der Familie Vela. Die Mapuche-Konföderation von Neuquén feierte das Urteil als einen historischen Sieg. Zum ersten Mal seit vielen Jahren habe man als Mapuche das Gefühl, dass bestehende Rechte vor den Behörden zum Tragen kommen.

Neben vielfältigem Protest versuchen Mapuche-Gemeinden in den letzten Jahren, vermehrt nun über Gerichte, ihr Recht auf Land einzufordern. Ein erster Präzedenzfall in Argentinien liegt nun vor.

**David Rojas-Kienzle, Denis Mainka, amerika21**



## BUCHBESPRECHUNG

### KOLUMBIENS BLUTIGE GESCHICHTE

Juan Gabriel Vásquez: *Die Gestalt der Ruinen*.

Verlag Schöffling&Co., Frankfurt am Main, 2018. 525 Seiten, 26 Euro

Zwei Knochen spielen eine zentrale Rolle in diesem Roman: ein Rückenwirbel von Jorge Eliécer Gaitán und die Schädeldecke von Rafael Uribe Uribe. Reliquien für Carlos Elécer Carballo, den zentralen Protagonisten, der vom Ehrgeiz besessen ist nachzuweisen, dass der folgenschwerste politische Mord in der Geschichte Kolumbiens nicht die Tat eines geistig verwirrten Fanatikers gewesen sein kann. Jorge Eliécer Gaitán, ein liberaler Politiker und begnadeter Redner, wird am 9. April 1948 wenige Schritte von seinem Anwaltsbüro im Zentrum von Bogotá erschossen. Der Täter, der bald als der Steinmetz Juan Roa Sierra identifiziert wird, überlebt sein Opfer nicht. Er wird von einer wütenden Menge gejagt, erschlagen und sein Leichnam geschändet. Der Aufmarsch von Militärs und Scharfschützen auf den Dächern erstickte das Treiben des Mobs im Blut von geschätzten 3000 Todesopfern. Dieses Massaker, das als Bogotazo in die Geschichte einging, löste einen neunjährigen Bürgerkrieg aus, der 200.000 Tote forderte und bis heute nachwirkt. Die Hintergründe des Attentats, das mutmaßlich einen fulminanten Wahlsieg des liberalen Reformers verhinderte, wurden nie aufgeklärt.

Der Ich-Erzähler, der den Namen und auch weitgehend die Biographie des Autors teilt, lernt den Verschwörungstheoretiker zufällig bei einem Freund, dem Arzt Francisco Benavides, kennen, der im Besitz eines angeschossenen Rückenwirbels Gaitáns ist, weil sein Vater als Gerichtsmediziner die exhumierte Leiche einst obduziert hatte. Obwohl ihm der Verschwörungstheoretiker auch körperlich unangenehm ist, lässt er sich von dessen Spekulationen immer weiter in die an politischer Gewalt reiche Geschichte Kolumbiens hineinziehen und von dessen Neugier, die weißen Flecken aufzudecken, anstecken. Ganze Tage und Nächte muss er sich mit dem geheimnisvollen Mord an einem anderen liberalen Politiker, dem Ge-



neral und Senator Rafael Uribe Uribe, befassen. Der wurde im August 1914, als Europa gerade in den Ersten Weltkrieg taumelte, auf offener Straße von zwei Tischlern mit Äxten erschlagen. Ähnlich wie im Fall von Jorge Eliécer Gaitán

deutet vieles auf eine Verschwörung hin. Da Polizei und Staatsanwaltschaft offenbar keinen Wert auf die Ausforschung allfälliger Hintermänner legen, beauftragt ein Bruder des Ermordeten den jungen Juristen Marco Tulio Anzola mit einer inoffiziellen Nachforschung. Über unzählige Zeugen gelingt es diesem, reichlich Indizien für eine Konspiration, die vom Polizeichef über die oligarchischen konservativen Familien bis zum Jesuitenorden reicht, zusammenzutragen. Das Buch, in dem er seine Erkenntnisse zusammenschreibt, wird von der Presse als Enthüllungswerk gefeiert, doch als er vor Gericht Beweise für seine Anschuldigungen liefern soll, verheddert sich Anzola in Widersprüche und wird schließlich selbst verhaftet. Ob er selbst ein Opfer der Verschwörer wurde oder einem Hirngespinnst nachjagte, bleibt offen.

Der Arzt Benavides liefert einen der Schlüsselsätze des Romans: „Die Verschwörungstheorien sind wie Schlingpflanzen, Vásquez, sie krallen sich an allem fest, wollen emporklettern und klettern immer weiter, wenn man ihnen nicht den Halt entzieht“. Deswegen sei die Leiche von Gaitán exhumiert worden, damit man einen zweiten Schützen ausschließen könne. Juan Gabriel Vásquez gelingt es, die Leser hineinzuziehen in diesen politischen Sumpf, wo Konservative und Liberale einander über viele Generationen belauern und in Schach gehalten haben und keiner dem anderen über den Weg traut und wo politische Kontroversen mit der Waffe ausgetragen werden. Obwohl der Autor einer Generation angehört, die den magischen Realismus des Nobelpreisträgers Gabriel García Márquez hinter sich

gelassen hat, kommt der Altmeister der kolumbianischen Literatur doch zu Wort, etwa wenn seine Schilderung des Bogotazo als Beleg für eine Verschwörung herangezogen wird. Und für General Aureliano Buendía, eine der tragenden Gestalten aus „Hundert Jahre Einsamkeit“, stand der ermordete Politiker Rafael Uribe Uribe Pate. Zu Recht wird „Die Gestalt der Ruinen“ als Meisterwerk der lateinamerikanischen Literatur gepriesen.

Ralf Leonhard

### VOM GLÜCK DES EROBERERS

Stefan Rinke: *Conquistadoren und Azteken. Cortés und die Eroberung Mexikos*

München, C.H. Beck, 2019, 399 Seiten, 28 Euro

Anlässlich der vor 500 Jahren erfolgten Landung von Hernán Cortés an den Küsten des heutigen Yucatán und der darauffolgenden Eroberung des Aztekenreiches legt der deutsche Historiker Stefan Rinke ein kompaktes und sich an Fakten orientierendes Buch vor. Zur rechten Zeit, denn die vor einem halben Jahrtausend erfolgte Eroberung Mexikos hat schon – und wird es weiter tun – öffentliche Debatten über die Vergangenheit in Mexiko ausgelöst. Vor kurzem etwa durch die Forderung des neuen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador, der spanische König Felipe IV und Papst Franziskus sollten sich stellvertretend für die Kirche und Spanien (obwohl Felipe IV einem anderen Königshaus angehört) bei den indigenen Völkern entschuldigen.

Rinkes Buch ist der (gelungene) Versuch, eine der entscheidenden Episoden der Globalgeschichte auf eine wissenschaftliche und faktenorientierte Ebene zu bringen. Schon in der Einleitung geht er auf die in der älteren Forschung dies- und jenseits des Atlantiks vorherrschenden Bilder und Interpretationen der Eroberung des Aztekenreiches ein und dekonstruiert allerhand Mythen und ideologisierte Interpretationen. Hernán Cortés, der in der Geschichtsschreibung als „Held“, aber auch als „Schlächter“ bezeichnet wurde, wird im Kontext seiner Zeit betrachtet: Aus dem niederen Landadel in der Extremadura stammend, mit wenig Aufstiegschancen und Perspektiven in Spanien in Aussicht, segelt er – mit wichtigen juristischen Grundkenntnissen ausgestattet – in die Ka-



ribik. Er schafft sich Netzwerke, fügt sich in bestehende Hierarchien ein, intrigiert geschickt, wo es notwendig ist, erkennt Chancen und agiert, wenn nötig, brutal gegen seine Konkurrenten. Ein facettenreiches Bild entsteht, was ihn nicht von seinen und den von den Europäern verübten Grausamkeiten freispricht. Rinke berichtet darüber ebenso, anhand von zeitgenössischen Berichten und Abbildungen.



Rinke entmythisiert auch ein Stück weit die indigenen Gesellschaften, gestützt durch die rezente ethnohistorische Forschung. Krieg, Neid und Intrigen waren auch hier Merkmale ausdifferenzierter und komplexer Gesellschaften, die sich in einer Umbruchphase befanden. Die Spanier nutzten viele politische Konstellationen zu ihrem Vorteil, um sich Verbündete zu schaffen, und konnten sich schließlich die innenpolitisch geschwächte Position von Montezuma II. zunutzen machen. Dieser war zwar ein intelligenter, vorsichtiger, aber eben auch teilweise von der Situation überforderter Herrscher, der eventuell vom Tempo und der Brutalität der Spanier überrascht wurde, als er noch versuchte, einen Ausgleich zu finden.

Die Spanier waren bald keine Götter mehr in den Augen der indigenen Völker Mexikos, sondern vielmehr Barbaren, die Tod und Zerstörung brachten. Ihre letztlich technologische Überlegenheit konnten diese aber auch nur unter Zuhilfenahme von lokalen indigenen Kontingenten ausspielen. Ohne diese indigene Basis an Kriegern und die Versorgung mit Lebensmitteln wären die Konquistadoren schon bald wieder vertrieben worden. Rinkes Resümee, dass Cortés und seine Truppe nur eine „Nebenrolle“ in der langen Geschich-

te von kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den indigenen Gemeinschaften Mexikos gespielt haben und die „Gunst der Stunde“ nutzten, während sich andere Völker von der jahrelangen Beherrschung durch die *Mexicas* lösen wollten, ist ein diskussionswürdiger und für die Forschung willkommener Anstoß für weitere Debatten. Für den oder die LeserIn ist es somit ein informatives und auch mit einem Spannungsbogen versehenes Buch.

*Laurin Blecha*

## LATEINAMERIKAS „WAHRER ENTDECKER“

**Dorothee Nolte: Die Humboldts. Lebensbilder in Anekdoten**

Eulenspiegel Verlag, Berlin, 2019;  
Hörbuch in 2 CDs, 19,60 Euro

Natürlich geht es auch gründlicher, umfassender. Zum Beispiel mit Andrea Wulfs Bestseller „Alexander von Humboldt und die Erfindung der Natur“ (dt. 2018). Doch der Titel des eben beim Eulenspiegel Verlag erschienenen Hörbuchs ist eine Untertreibung: Hier geben zwei professionelle Schauspielerstimmen abwechselnd und von kurzen Musikeinlagen unterbrochen ein ziemlich umfassendes Panorama des Lebens, nicht nur des Universalgenies Alexander, von dem Simón Bolívar nach seiner Amerika-Expedition (1799-1804) sagte, er sei der wahre Entdecker Amerikas. Auch das Leben von Bruder Wilhelm wird hier behandelt. Zwei Freigeister im Zeichen der Aufklärung, die sich nicht von Herrschaftsinteressen vereinnahmen ließen. Alexander trat, als wissenschaftlicher Popstar seiner Zeit, stets entschieden gegen Sklaverei, Kolonialismus und die Unterdrückung der Indigenen auf.

Das Hörbuch bietet nebenbei auf kurzweilige und leicht verdauliche Weise höchst interessante Einblicke in die Entstehung eines aufgeklärten Europas und ist so nicht zuletzt auch für junge Menschen geeignet. Es verdeutlicht Positionen und Haltungen des vielseitig interessierten Brüderpaars, die zweihundert Jahre danach nichts von ihrer Wichtigkeit verloren haben. Beiden war stets ein ganzheitlicher Blick auf die Welt zu eigen. Ganz im Gegensatz zum neo-nationalistischen Stuss, mit dem wir unserer Tage bombardiert werden.

*Robert Lessmann*

## REISELAND PORTUGAL

**Baedeker Smart: Portugal**

Verlag Baedeker, Ostfildern, 2019,  
234 Seiten, 17,50 Euro

**Baedeker Smart; Lissabon**

Verlag Baedeker, Ostfildern, 2019,  
234 Seiten, 17,50 Euro

Die beiden Reiseführer sind Neuauflagen im Smart-Format. Die Bände sind nicht gebunden, sondern als Ringbücher für jede Hand- oder Manteltasche geeignet. Man kann sie aufgeschlagen einstecken. Diese Technik wird als praktische Neuerung beworben. Neben einem separaten Übersichtsplan bzw. einer Landkarte finden sich Karte und Plan auch gestückelt im Inneren. Beide Führer sind nicht nur in Ausflüge gegliedert, sondern enthalten auch Hintergrundinformation, wie etwa *Die Kunst der Azulejos* über die landestypischen Kacheln oder „Der Tag des Schreckens“ über das Erdbeben von 1755, das Lissabon in Trümmer legte und ein neues Gesicht geben sollte. Man erfährt, mit welcher Straßenbahn man zum Lokaltarif eine Tour durch die pittoreske Altstadt machen sollte und welche Strände auch außerhalb der Badesaison einen Besuch wert sind. Hinweise auf Märkte, Festivals und Nachtleben ergänzen die Informationen über Hotels und Restaurants. Beide Reiseführer sind praktisch und informativ.

*Ralf Leonhard*

## Round-table: Mit indigenen Völkern Zukunft gestalten

25. Juni, 19 Uhr, im Europasaal des LAI, Türkenstraße 25, 1090 Wien

Erfahrungen mit dem Klimawandel und Erkenntnisse zu bedrohlichen Veränderungen in Ökologie und Natur beschäftigen heute nicht nur indigene Völker mit relativ starker Beziehung zu ihren Territorien. Auch die Lebensbedingungen im hoch technisierten Mitteleuropa sind betroffen. Debatten über die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen in der Lebensgestaltung werden immer drängender und bedeutender. Die Veranstaltung wird sich der Frage nach Herausforderungen widmen, die sich für eine partnerschaftliche Kooperation mit indigenen Völkern auf Augenhöhe stellen, mit Blick auf Möglichkeiten einer nachhaltigen Lebensgestaltung.  
Moderation: Ralf Leonhard (Journalist)